

MÜNCHENER HISTORISCHE STUDIEN  
ABTEILUNG BAYERISCHE GESCHICHTE

HERAUSGEGEBEN VON ANDREAS KRAUS

BAND XIII

**Die Bewertung der Friedenspolitik  
des Kurfürsten Maximilian I. von Bayern  
1639–1648 in der Historiographie**

von

GERHARD IMMLER

VERLAG MICHAEL LASSLEBEN KALLMÜNZ OPF.

1989

42575443



ISBN 3784730132

Satz, Druck und Einband:

Buchdruckerei Michael Laßleben, D 8411 Kallmünz

K91/3226

## Vorwort

Das Thema dieses Buches, einer Münchner Zulassungsarbeit zum wissenschaftlichen Staatsexamen für das höhere Lehramt, mag auf den ersten Blick befremden. Es ist aber nicht ohne Vorbilder; wie die Geschichte der Historiographie zeigt, ist das Beständige in ihrer Entwicklung der stete Wandel des Urteils über Ereignisse wie Persönlichkeiten der Geschichte, der von vielen Faktoren abhängig ist. Diese aufzuhellen, bedeutet Verständnis zu schaffen für den stets sich wandelnden Geist vergangener Zeiten.

Bedeutsam ist eine solche Untersuchung vor allem für das Verständnis jener Gestalt selbst, die in ihrem Mittelpunkt steht. Die Beurteilung Kurfürst Maximilians I. von Bayern, an dem sich schon zu seinen Lebzeiten die Geister schieden, hat schon immer die Objektivität der Historiker auf eine harte Probe gestellt; noch heute wirkt der parteiische Geist des Säkulums, in dem er lebte, bis in Einzelheiten hinein nach. Die Entstehung der gegenwärtigen Urteile – und Fehlurteile – über den großen bayerischen Kurfürsten aufzudecken und sie einer kritischen Prüfung ihrer Voraussetzungen zu unterziehen – der Abhängigkeit vor allem von der Quellenlage und von den Urteilen durch berühmte Vorgänger wie etwa Ranke – soll die Basis für einen neuen Versuch schaffen, der Gestalt dieses bayerischen Fürsten gerecht zu werden.

Der Herausgeber



## INHALTSANGABE

1.	Einleitung . . . . .	1
2.	Überblick über die herangezogenen Werke der Geschichtsschreibung . .	3
2. 1.	Die bayerische Landesgeschichtsschreibung . . . . .	4
2. 1. 1.	Werke zur bayerischen Geschichte . . . . .	4
2. 1. 2.	Biographien Kurfürst Maximilians I. . . . .	6
2. 2.	Ältere deutsche Literatur zum Westfälischen Frieden und Dreißigjährigen Krieg (bis zum Werk von Fritz Dickmann) . . . . .	8
2. 3.	Neueste Bücher zur Zeit von 1639 bis 1648 . . . . .	12
2. 4.	Überblick über die herangezogene ausländische Literatur . . . . .	13
3.	Die erste Phase der bayerischen Friedenspolitik in der Sicht der Historiographie . . . . .	16
3. 1.	Die Einsiedelner Konferenz und ihre Vorbereitung . . . . .	16
3. 2.	Der Nürnberger Kurfürstentag . . . . .	19
3. 3.	Der Regensburger Reichstag von 1640/41 . . . . .	21
4.	Die Mission Vervaux' nach Paris 1645 . . . . .	25
5.	Die bayerische Politik gegenüber Frankreich auf dem Westfälischen Friedenskongreß . . . . .	33
6.	Zur Pfalzfrage und zur Meinung, sie habe den Frieden verzögert . . . .	48
7.	Die Bedeutung des religiösen Moments in Maximilians Politik . . . . .	56
8.	Zum bayerisch-spanischen Verhältnis . . . . .	63
9.	Im Umkreis des Ulmer Waffenstillstandes . . . . .	67
9. 1.	Der Abschluß des Ulmer Waffenstillstands und die bayerisch-französi- schen Verhandlungen in Paris . . . . .	67
9. 2.	Die Kündigung des Waffenstillstandes und die Rekonjunktion mit dem Kaiser . . . . .	77
10.	Schluß: Zusammenfassung der Ergebnisse . . . . .	86
11.	Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .	90
12.	Personenregister . . . . .	95



## 1. Einleitung

“To start by trying to understand what a man appears to himself, and only when that has been done, to try him by the standard of the judgment of others, is in my opinion the first canon of historical portraiture; and it is one which till very recent times, has been more neglected by writers on the Thirty Years’ War than by students of any other portion of history.”<sup>1</sup>

Diese Bemerkung eines britischen Historikers über die Geschichtsschreibung des Dreißigjährigen Krieges ist nun über hundert Jahre alt. Ist sie deswegen vollständig und endgültig überholt, da ja unsere Kenntnisse über den Dreißigjährigen Krieg sich durch die seitherige Forschung stark verbessert haben? Galt sie überhaupt nur für das 19. Jahrhundert, in dem Erdmannsdörffer bemerkte, die ganze zeitgenössische Literatur zum Thema Dreißigjähriger Krieg und Westfälischer Friede sei polemisch geworden?<sup>2</sup> Damals war dies im Hinblick auf konfessionelle Voreingenommenheiten der Autoren sowie angesichts der Bedeutung gesagt, die die Auseinandersetzung zwischen Kleindeutschen und Großdeutschen in der Diskussion um jene geschichtliche Epoche einnahm. Dies ist heute verschwunden; doch haben wir deswegen schon eine Geschichtsschreibung, die allen damals am Krieg und den Friedensverhandlungen beteiligten Parteien gerecht wird? Dazu wäre notwendig, daß die Politik jeder Macht und jedes Herrschers und Staatsmannes aus ihren eigenen Voraussetzungen verstanden und beurteilt würde. Wenn wir jedoch die neuere Literatur zu den Westfälischen Friedensverhandlungen und ihrer Vorgeschichte betrachten, so stellt sich heraus, daß dies keineswegs der Fall ist. Zumindest in Deutschland – dem Schwerpunkt der Erforschung dieser Verhandlungen – ist die Rolle der spanischen Politik bisher kaum beachtet worden; der Grund mag darin liegen, daß die spanisch-französischen Verhandlungen erfolglos blieben und Spanien in den das Reich betreffenden Verträgen daher nicht als Vertragspartner erscheint. Weniger verständlich ist, daß die Rolle des Kurfürsten Maximilian von Bayern auch in neueren Arbeiten immer noch vorwiegend nach kaiserlichen und französischen Akten sowie nach den Ansichten älterer Historiker beurteilt wird. Damit aber befindet man sich – trotz aller Verbesserungen im Detail – immer noch in der Lage, die eingangs als typisch für die Zeit vor hundert Jahren angeführt wurde, wenn es sich um die Person und Politik des Kurfürsten Maximilian handelt.

Diese Arbeit hat nun nicht die Aufgabe, dem Mangel an einer neueren Beschreibung der bayerischen Politik von 1639 bis 1648 abzuweichen; dies ginge weit über den Rahmen einer Zulassungsarbeit hinaus. Sie soll nur zeigen, wie in den nahezu 350 Jahren, die seit den Ereignissen vergangen sind, die Rolle Bayerns von Historikern gesehen wurde, wie hierbei persönliche Sympathie und Antipathie die Darstellung beeinflussen haben, wo eine eingeschränkte Quellenlage zu Irrtümern

<sup>1</sup> Gardiner, vii.

<sup>2</sup> Erdmannsdörffer, 5.

und falschen Vermutungen geführt hat. Wo möglich, sollen bestimmte Anschauungen auf ihren Urheber zurückverfolgt werden. Auf offene Fragen gilt es aufmerksam zu machen. So kann eine Ausgangsposition gewonnen werden für eine spätere Bearbeitung der aufgeworfenen Probleme anhand des bayerischen Archivalienbestandes und der kontinuierlich fortschreitenden *Acta Pacis Westphalicae*.

Es bleibt mir, Herrn Prof. Dr. Andreas Kraus zu danken für die Hinweise, die er mir bei der Erarbeitung des Themas gegeben hat.

München, Juli 1985

## 2. Überblick über die herangezogenen Werke der Geschichtsschreibung

Natürlich ist es im Rahmen einer Zulassungsarbeit nicht möglich, sämtliche in irgendeiner Weise auf die bayerische Politik der Jahre 1639 bis 1648 bezugnehmende Literatur auch nur annähernd zu erfassen. Von kurzen Zeitschriftenaufsätzen bis zu mehrbändigen Werken liegt eine ungeheure Fülle an historischem Schrifttum zum Dreißigjährigen Krieg und Westfälischen Frieden vor. Daraus galt es eine sinnvolle Auswahl zu treffen.

Bei einer Arbeit zur bayerischen Geschichte wird selbstverständlich die bayerische Historiographie im Vordergrund stehen müssen. Es wurden daher Werke, die schon von ihrer Themenstellung her die bayerische Friedenspolitik besonders ins Blickfeld nehmen, wenigstens bis ins 19. Jahrhundert möglichst vollständig erfaßt. Es handelt sich dabei um Gesamtdarstellungen der bayerischen Geschichte von den unter dem Namen des bayerischen Kanzlers Johann Adelzreiter von Tettenweis erschienenen „Annales Boicae gentis“ des P. Johannes Vervaux SJ (1662) bis zu der neuesten, der Geschichte Bayerns von Andreas Kraus (1983). Ferner wurden alle erreichbaren Biographien des Kurfürsten Maximilian, soweit sie die Jahre 1639 bis 1648 noch umfassen, sowie eine Reihe von wichtigen Monographien und Aufsätzen des 19. und 20. Jahrhunderts herangezogen.

Bei der außerbayerischen Literatur konnte selbstverständlich nicht in solcher Ausführlichkeit verfahren werden. So wurden nur die wichtigsten Gesamtdarstellungen des Dreißigjährigen Krieges und des Westfälischen Friedens aus dem deutschen Sprachraum in die Betrachtung einbezogen, wobei die ganz unter staatsrechtlichem Blickwinkel stehenden Arbeiten des 18. Jahrhunderts sich fast sämtlich als im Sinne unserer Fragestellung unergiebig erwiesen. Dagegen wird auf die Quellensammlungen eben dieses Jahrhunderts, vor allem auf die auch darstellende Teile enthaltenden „Acta Pacis Westphalicae publica“ von Meiern einzugehen sein. Aus der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts wurden bewußt auch einige wenig bedeutende Werke untersucht, um zu zeigen, wie bestimmte Urteile und Auffassungen von unselbständigen Autoren aufgenommen und verbreitet wurden. Erfaßt wurden ferner wichtige Monographien zu Detailfragen des Westfälischen Friedens, wie sie seit etwa 1900 in zunehmender Zahl erschienen sind, insbesondere die in neuester Zeit in der Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der neueren Geschichte veröffentlichten.

Berücksichtigung finden auch wichtige Werke der französischen und englischen Historiographie zur Epoche des Dreißigjährigen Krieges, wobei sich die Auswahl jedoch auf das 19. und 20. Jahrhundert beschränkt – mit einer wichtigen Ausnahme, Bougeants „Histoire du traité de Westphalie“. Als wenig ergiebig erwies sich die spanische Historiographie, jedoch wurde noch ein ins Deutsche übersetztes Werk eines schwedischen Historikers berücksichtigt. Auch die Kirchengeschichtsschreibung konnte nicht ganz außer Acht gelassen werden; so

findet sich auch Pastors „Geschichte der Päpste“ im Literaturverzeichnis zu der vorliegenden Arbeit.

## 2. 1. Die bayerische Landesgeschichtsschreibung

### 2. 1. 1. Werke zur bayerischen Geschichte

Die Reihe der den Dreißigjährigen Krieg behandelnden Werke zur bayerischen Geschichte beginnt mit den „Annales Boicae gentis“, die 1662 unter dem Namen des damaligen kurfürstlich-bayerischen Kanzlers Johann Adelzreiter von Tettensweis erschienen. Das Werk war jedoch von dem auch in politischer Mission tätigen Beichtvater des Kurfürsten Maximilian, Pater Johannes Vervaux SJ, verfaßt und 1653, zwei Jahre nach dem Tode des Kurfürsten, vollendet worden, konnte jedoch wegen Bedenken des Ordensgenerals erst neun Jahre später und unter dem Namen eines Anderen veröffentlicht werden; nicht bekannt ist, ob dabei auch gegenüber dem Manuskript Vervaux' Änderungen vorgenommen wurden. Der gesamte dritte Band ist der Zeit Maximilians gewidmet, den der Verfasser panegyrisch als Vorbild eines katholischen Fürsten darstellt; dabei ist Vervaux verschwiegen, wo es sich um Staatsgeheimnisse handelt.

Ganz anderen Charakters ist das 1749 unter dem Pseudonym H. von Finsterwald erschienene Werk „Des Buchs vom gantzen Bayerischen Hause und dessen sämtlichen Staaten Dritte Abteilung“. Zwar bekennt sich der Autor, dessen wirklicher Name Christian Friedrich Hempel war, in der Vorrede zur Unparteilichkeit und zur pragmatischen Geschichtsschreibung, doch erweist er sich im Text dann als eifriger Protestant und Katholikenhasser<sup>1</sup>. Offen bekennt er sich dazu, eine Gegenposition zu Adelzreiter einzunehmen<sup>2</sup>. Selbstverständlich handelt es sich bei dem Verfasser um einen Nicht-Bayern. Dies war auch Johann Heinrich von Falkenstein, der Verfasser der „Vollständigen Geschichten der alten, mittleren und neuern Zeiten des grosen Herzogthums und ehemaligen Königreiches Baiern“, die 1763 in drei Bänden erschienen sind. Falkenstein, vermutlich Schlesier von Geburt, trat 1717 vom lutherischen zum katholischen Glauben über und war als Beamter in fürstbischöflich-eichstättischen und markgräfllich-ansbachischen Diensten tätig. Wie die mangelnde Ordnung und die unkritische Quellenbenutzung zeigen, war er als Geschichtsschreiber ein barocker Kompilator. Seine Haltung gegenüber Bayern und dem Kurfürsten Maximilian ist wohlwollend<sup>3</sup>.

Knapper, dabei gründlicher ist die „Bayerische Geschichte“ des Jesuitenpaters und Erziehers des Kurfürsten Max III. Joseph, Daniel Stadler. Ein selbständiger Forscher ist allerdings auch er nicht, meistens richtet er sich nach Bougeant und Adelzreiter-Vervaux, er hat jedoch auch den Protestanten Finsterwald herangezogen.

Ein bedeutender Historiker war Lorenz Westenrieder, der sich aber zugleich nicht scheute, als publizistisch tätiger Patriot Werke populären Stils zu verfassen. Westenrieder war Geistlicher und Vertreter der Aufklärung, deren radikale Richtung er jedoch nach 1785 mehr und mehr ablehnte<sup>4</sup>. Von ihm sind hier zu erwähnen der 1785 erschienene Band seiner „Geschichte von Baiern für die

<sup>1</sup> Vgl. z. B. Finsterwald, 1893.

<sup>2</sup> Ebd., Vorrede: „... dannenhero meine gegenwärtige Ausführung fast die Gestalt einer förmlichen Widerlegung des Adelzreiters bekommen hat.“

<sup>3</sup> Vgl. Falkenstein I, Vorrede, Baader I 1, 160 u. Kraus, Bayer. Historiographie, 174–177.

<sup>4</sup> Vgl. Spindler, Von der bayerischen Geschichte, 82 f.

Jugend und das Volk“ und der dritte Band seiner die bayerischen Ereignisse und die bayerische Politik in den Mittelpunkt stellenden „Geschichte des dreißigjährigen Krieges“.

Von unterschieden aufklärerischem Geist geprägt ist die 1804 erschienene „Geschichte von Baiern“ von Johann Georg Feßmeier; da jedoch der Schwerpunkt auf die innere und Rechtsentwicklung gelegt ist, erwies sich das Werk für unsere Themenstellung als wenig fruchtbar.

Rationalistisch ist auch noch die „Bayerische Geschichte“ des Landshuter Historikers Konrad Mannert, die 1826 in Leipzig erschien. Geprägt vom Geist der Zeit Montgelas' sieht er das Handeln Maximilians bestimmt von den Geboten der Staatsräson<sup>5</sup>.

Einen ganz anderen Charakter zeigt der fünfte Teil der „Baierischen Geschichten“ Zschokkes, der als schmales Bändchen in dritter Auflage 1828 in Aarau in der Schweiz erschien. In volkstümlichem Erzählton gehalten, treten in dem Werk nach dem Vorbild antiker Geschichtsschreiber sogar erfundene Reden der handelnden historischen Gestalten auf<sup>6</sup>. Trotz seiner oberflächlichen Begründungen ist er einer eigenen Sicht der Politik Maximilians gefolgt: Er stellt den Kurfürsten als Förderer des Friedens dar<sup>7</sup>.

Im Jahre 1851 erschien als achter Band der „Geschichte Bayerns“ von Andreas Buchner die „Geschichte von Bayern während des dreißigjährigen Krieges“. Der wissenschaftlichen Methodik nach veraltet, doch kenntnisreich und im Urteil zurückhaltend schließt das Werk sich an den Geist Westenrieders an<sup>8</sup>, auch auf Bougeant greift der Autor noch gerne zurück. Im Kurfürsten Maximilian sieht Buchner vor allem einen bayerischen Patrioten, eine Haltung, die seiner eigenen entsprochen haben dürfte.

Ein insgesamt unbedeutendes Werk, nicht mehr als einen kurzen Abriß, stellt das „Lehrbuch der bayerischen Geschichte“ von Sattler, einem Geschichts- und Religionslehrer, dar. Auffällig ist immerhin, daß sich in einem zum Gebrauch an bayerischen Schulen gedachten und 1868 erschienenen Buch eine dem damaligen Regierungskurs widersprechende kaisertreu-habsburgfreundliche Gesinnung artikulieren konnte, wie anhand der Darstellung des Dreißigjährigen Krieges gezeigt werden wird.

Durch seine ungenaue Arbeitsweise und mangelnde Kenntnis der alten Reichsverfassung fällt der königlich-bayerische Hofkaplan Wilhelm Schreiber als Verfasser einer 1889 erschienenen „Geschichte Bayerns in Verbindung mit der deutschen Geschichte“ auf. Das Anliegen des Autors war es offensichtlich, anschließend an seine Maximilian-Biographie den großen Kurfürsten als Vorkämpfer des katholischen Glaubens darzustellen.

Als das vom wissenschaftlichen Standpunkt genauso unzuverlässige liberale Gegenstück zu dem klerikalen Schreiber erscheint die „Illustrierte Geschichte von Bayern“ von Matthieu Schwann. Der nicht aus Bayern stammende Autor<sup>9</sup> enthüllt sein mangelndes Verständnis für die bayerische Tradition, indem er in penetranter Weise sein nationalliberales Protestantentum herauskehrt<sup>10</sup>. Der Erforschung der Geschichte Bayerns in der Endphase des Dreißigjährigen Krieges

<sup>5</sup> Vgl. Spindler, Von der bayerischen Geschichte, 83 f.

<sup>6</sup> Zschokke, 51.

<sup>7</sup> Ebd., 50.

<sup>8</sup> Spindler, Von der bayerischen Geschichte, 83.

<sup>9</sup> Schwann, Vorwort, S. V.

<sup>10</sup> Vgl. z. B. ebd., 418.

widmeten sich wenig später Historiker mit wissenschaftlichem Anspruch. Innerhalb weniger Jahre erschienen um 1900 die Akademieabhandlungen Sigmund Riezlers über „Bayern und Frankreich während des Waffenstillstandes von 1647“, die – allerdings durch unvollständige Benutzung selbst der bayerischen Quellen enttäuschende – Dissertation von Hermann Freiherrn von Egloffstein über „Baierns Friedenspolitik von 1645 bis 1647“, die Monographie Michael Doeberls „Bayern und Frankreich“, die einleitend noch kurz auf die Zeit Maximilians Bezug nimmt, schließlich die Dissertation von Rudolf Rast über „Die bayerische Politik in den Jahren 1640–45“.

Die Ergebnisse all dieser Arbeiten sind eingegangen in den fünften Band der „Geschichte Baierns“ von Sigmund Riezler, der 1903 erschien. Der erste Inhaber des Lehrstuhls für Bayerische Geschichte an der Universität München hat damit die bis heute gültige ausführlichste Darstellung der Politik Maximilians im Dreißigjährigen Krieg im Rahmen einer Gesamtdarstellung der bayerischen Geschichte geschaffen. Freilich hat Riezler, bestimmt vom Geist seiner Zeit, trotz seiner Abneigung gegen das alte Reich die „nationalen“ Antriebe in Maximilians Politik über- und die religiösen unterschätzt<sup>11</sup>.

Knapper, bewußt nur das Wesentliche der Entwicklung erfassend, ist die „Entwicklungsgeschichte Bayerns“ von Michael Doeberl. Obwohl noch derselben Epoche angehörig, war Doeberl gegenüber dem nationalen Interesse viel unbefangener, bewußt ordnet er die bayerische Politik nicht nur in den deutschen, sondern auch den europäischen Zusammenhang ein<sup>12</sup>. Den religiösen Antrieben wird jedoch auch Doeberl in seiner nüchternen Art nicht ganz gerecht.

Aus neuester Zeit liegen vor die einschlägigen Arbeiten von Benno Hubensteiner, Dieter Albrecht und Andreas Kraus. Hubensteiner, vor allem kulturhistorisch interessiert, beschäftigt sich in seinem Aufsatz „Bayern und Spanien“ und in seinem Werk „Vom Geist des Barock“ auch mit der Geschichte des Dreißigjährigen Krieges; die politischen Aspekte stehen freilich nicht im Mittelpunkt. Auf eine Heranziehung der „Bayerischen Geschichte“ Hubensteiners wurde zugunsten der späteren und spezielleren Werke verzichtet. Albrecht lieferte in seinem Beitrag zur 1. Auflage des „Handbuches der bayerischen Geschichte“ eine knappe Darstellung gerade der politischen Entwicklung aufgrund des gegen Ende der 60er Jahre erreichten Forschungsstandes<sup>12a</sup>. Neben der reinen Darstellung auch Wertung und Kommentar bietet der den Krieg und die Friedensverhandlungen behandelnde Abschnitt der „Geschichte Bayerns“ von Andreas Kraus. Vom selben Historiker liegt eine Untersuchung zum Thema „Kurfürst Maximilian I. von Bayern und die französische Satisfaktion (1644–1646)“ vor. Außerdem hat sich Karl Schweinesbein in seiner Dissertation „Die Frankreichpolitik Kurfürst Maximilians I. von Bayern 1635–1645“ mit diesem Abschnitt bayerischer Geschichte befaßt.

### 2. 1. 2. *Biographien Kurfürst Maximilians I.*

Eine besondere Stellung nehmen unter den einschlägigen Werken der bayerischen Geschichtsschreibung die Biographien Maximilians ein. Geht es hier doch besonders um die Würdigung seiner Persönlichkeit, somit nicht so sehr um die

<sup>11</sup> Vgl. Spindler, Von der bayerischen Geschichte, 92 und Kraus, Großes Jahrhundert.

<sup>12</sup> Z. B. Doeberl, Entwicklungsgeschichte, 597: Ausführungen zur bayerischen Einstellung zum habsburgisch-bourbonischen Konflikt. Zu Doeberl als Historiker im allgemeinen vgl. Kraus, Großes Jahrhundert.

<sup>12a</sup> Die 2. Auflage von 1988 bringt im hier einschlägigen Abschnitt kaum Änderungen.

Erforschung einzelner politischer Vorgänge, sondern um eine Abwägung der vorherrschenden Antriebe.

Weitgehend einer Maximilian-Biographie kommt der schon oben erwähnte dritte Band der „Annales Boicae gentis“ gleich. Eine kurze Biographie des Kurfürsten verfaßte Lorenz Westenrieder in seinem Aufsatz „Betrachtungen über einige Helden des dreyßigjährigen Krieges“ aus dem Jahre 1806. Westenrieder fühlt sich darin bemüßigt, Maximilian gegen Anschuldigungen – gemeint war wohl vor allem Feßmaier<sup>13</sup> – zu verteidigen, er habe die Interessen Bayerns denen der Kirche hintangesetzt. Außerdem mochte dem Patrioten Westenrieder, wie der Titel des Aufsatzes das ja andeutet, der erste Kurfürst Bayerns als Vorbild eines tüchtigen Herrschers in kriegerischer Zeit gelten, somit als eine damals sehr aktuelle historische Figur.

Die große vierbändige Maximilianbiographie der Montgelaszeit, die „Geschichte Maximilians I. und seiner Zeit“ Wolfs (1807–1811) erreicht die Spätphase des Dreißigjährigen Krieges genausowenig wie Aretins vom Geist der Romantik geprägte „Geschichte des bayerischen Herzogs und Kurfürsten Maximilians I.“ (1842), die jedoch für eine positivere Haltung bei der Beurteilung der religiösen Antriebe der Politik Maximilians entscheidend wurde<sup>14</sup>.

In zu einseitiger Weise unter Vernachlässigung von Gegenargumenten und unzulänglicher Auswertung der Quellen hat Schreiber in seiner Biographie „Maximilian I., der Katholische“ diese Tendenz weiterverfolgt. Weitgehend als verkürzte Form der Schreiberschen erweist sich die Biographie „Maximilian I., der Große“ von der Hand eines anderen Dilettanten, des Lehrers und Journalisten Otto Denk, der sie unter dem Pseudonym Otto von Schaching 1876 publizierte<sup>15</sup>. Eine gewisse Verschiebung der Tendenz kommt jedoch in dem anderen Beinamen, der dem Kurfürsten im Titel des Buches beigelegt wird, treffend zum Ausdruck.

Ursprünglich aus dem Jahre 1882 stammt die knappe Biographie „Kurfürst Maximilian I. von Bayern“ von Felix Stieve. Der durch seine Mitarbeit an den „Briefen und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges“ ausgewiesene Historiker suchte den Kurfürsten gegen die gehässigen Angriffe zeitgenössischer außerbayerischer Historiker zu verteidigen, zugleich dem Politiker Maximilian gegenüber einer einseitigen Betonung seiner kirchlichen Gebundenheit wieder zu seinem Recht zu verhelfen. Freilich war sein Hauptaugenmerk auf eine weit frühere Phase im Leben des Fürsten gerichtet.

Biographien Maximilians sind seither nicht mehr erschienen, wenn man von der kulturhistorisch ausgerichteten und im politischen Bereich ganz fehlerhaften Arbeit Pfisters<sup>16</sup> absieht. Eine Berücksichtigung dieses Buches erübrigt sich. Nicht unberücksichtigt bleiben kann jedoch der Aufsatz „Kurfürst Maximilian I. von Bayern. Das neue Bild eines großen Fürsten“ von Andreas Kraus. Zwar handelt es sich hier nicht um eine Biographie, sondern um eine Auseinandersetzung mit Ansichten anderer Historiker zu wichtigen politischen Entscheidungen Maximilians, doch gerade das ist auch meine Aufgabe in dieser Zulassungsarbeit, so daß gegebenenfalls auf den genannten Aufsatz wird verwiesen werden können.

<sup>13</sup> Dessen Ansichten vgl. Feßmaier II, 808.

<sup>14</sup> Dotterweich, 10.

<sup>15</sup> Vgl. Bosls Bayerische Biographie, 133.

<sup>16</sup> Die Inkompetenz des Autors äußert sich außer in der Unkenntnis der Ergebnisse neuer Forschungen auch in solchen Fehlern wie dem, daß er Melander und Holzzapfel für zwei verschiedene Personen hält (Pfister, 283).

## 2. 2. Ältere deutsche Literatur zum Westfälischen Frieden und Dreißigjährigen Krieg (bis zum Werk von Fritz Dickmann)

Wenn in der Überschrift dieses Abschnitts von Literatur die Rede ist, so sollen darunter Druckwerke aller Art verstanden werden, die nicht reine Quellenpublikationen darstellen. Einbezogen werden also auch die darstellenden und kommentierenden Abschnitte von Johann Gottfried von Meierns großer Quellenedition „Acta Pacis Westphalicae“ ebenso wie die „Relatio historica de pacificatione Osnabrugo-Monasteriensi“ des Adam Adami, ein subjektiv gefärbter Bericht über den Friedenskongreß von einem seiner Teilnehmer. Inbegriffen werden sollen hier auch die „Commentariorum de rebus Suecicis libri XXVI ab expeditione Gustavi Adolphi regis in Germaniam ad abdicationem usque Christinae“ des in schwedischen Diensten stehenden deutschen Historiographen Samuel Pufendorf.

Kaum etwas von den politischen Verhandlungen berichtet der in erster Auflage 1647 erschienene fünfte Band des „Theatrum Europaeum“, dessen Verfasser ja keinen Einblick in die Geheimdiplomatie der Mächte besaß, wo nicht diese selbst – zu propagandistischen Zwecken – etwas über den Verlauf von Verhandlungen mitteilten.

Pufendorf war in einer weit besseren Position, standen ihm als schwedischem Reichshistoriographen doch in Stockholm viele Türen offen, die anderen verschlossen waren. Natürlich ist Pufendorf Partei, doch bemüht er sich, auch die Argumente, die für die Gegenseite sprechen, dem Leser bekannt zu machen.

Unfreundlicher gegenüber Bayern als Pufendorf verhielt sich der Verfasser der ersten Darstellung der Westfälischen Friedensverhandlungen, der sächsische Protestant Tobias Pfanner, dessen „Historia Pacis Westphalicae“, ein sehr unübersichtliches Werk in barockem Latein, 1697 in dritter Auflage erschien.

Konkreter faßbar sind die Gründe für die kritische Haltung gegenüber der Politik Maximilians bei Adami, dessen Bericht 1698 erstmals gedruckt wurde; die maßgebliche Edition besorgte Meiern 1737<sup>17</sup>. Adami war als Gesandter des Fürststabs von Corvey und der Reichsprälaten ein Mitglied der extrem katholischen Partei auf dem Friedenskongreß, die hinter der bayerischen Verständigungsbereitschaft unlautere Motive vermutete.

Meierns Hauptwerk, die „Acta Pacis Westphalicae publica“ bieten neben der bis dahin umfangreichsten Publikation von Quellen auch vom Herausgeber stammende darstellende Passagen, die sich freilich stark von den Quellen, die sie erläutern oder verbinden sollen, beeinflusst zeigen. Immerhin hat Meiern mit seinen mehrmaligen Hinweisen auf den bayerischen Friedenswillen im sechsten Band einer positiveren Sicht der Politik Maximilians auch außerhalb Bayerns auf die Bahn geholfen<sup>18</sup>.

Aus dem letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts stammen zwei Darstellungen des Dreißigjährigen Krieges, die beide auf ihre Art bemerkenswert sind: die eine durch die Person ihres Verfassers, die andere dadurch, daß sie beim Thema „Westfälischer Friede“ mit der gerade in den letzten Jahrzehnten so stark gepflegten staatsrechtlichen Darstellungsweise bricht, und, gestützt auf neu erschlossene Wiener Quellen, zu einer historischen Betrachtung seiner Entstehung findet. Friedrich Schiller hat in seiner „Geschichte des dreißigjährigen Krieges“ aller-

<sup>17</sup> Dickmann, 512.

<sup>18</sup> Meiern VI, 345, 348 u. 558.

dings die Zeit nach 1634 sehr stiefmütterlich behandelt. Seine unverkennbare Vorliebe für die protestantischen Staaten und seine bekannte Bewunderung der Figur Wallensteins gaben keinen günstigen Boden für eine gerechte Beurteilung der Politik und Person Maximilians ab<sup>19</sup>. Zudem wird man nicht übersehen dürfen, daß Schiller – nach Neigung und Talent mehr Dichter als Historiker – der literarischen Wirkung hohe Bedeutung auch auf Kosten der Objektivität beimaß. Anders geartet ist das umfangreiche Werk von Michael Ignaz Schmidt „Neuere Geschichte der Deutschen“, dessen elfter und zwölfter Band die Geschichte der Jahre 1643 bis 1657 behandelt. Der Autor, kaiserlicher Archivar, ist geprägt von der Atmosphäre des Hofes Josephs II. – kaisertreu, aufklärerisch und katholisch, jedoch auf josephinische Art<sup>20</sup>. Obwohl er natürlich den kaiserlichen Standpunkt vertritt, bewahrt er sich gegenüber Bayern doch stets ein ruhiges Urteil.

Zum Vergleich bieten sich wiederum zwei fast im selben Jahre entstandene Werke zum Dreißigjährigen Krieg an: Bartholds „Geschichte des großen deutschen Krieges vom Tode Gustav Adolfs ab mit besonderer Rücksicht auf Frankreich“ und Söltls „Religionskrieg in Deutschland“, der einschlägige Band ist jeweils 1843 bzw. 1840 erschienen. Beide Bücher zeichnen sich durch eine deutlich hervortretende polemische Absicht aus. Bei Barthold, vermutlich einem Protestanten, jedoch von irenischer Haltung, richtet diese sich im Sinne des erwachenden deutschen Nationalismus gegen das als Quelle aller Übel betrachtete Frankreich. Den bayerischen Kurfürsten beurteilt Barthold freundlich; er nennt ihn den „besonnensten Fürsten seiner Zeit“<sup>21</sup>. Komplizierter liegen die Verhältnisse bei Sörtl. Dieser war ein gebürtiger katholischer Oberpfälzer und bayerischer Beamter. Doch galt seine heftige, durch Konflikte, die sich aus der Einwirkung kirchlicher Stellen auf seine Beamtenlaufbahn ergaben, noch verschärfte Abneigung dem Katholizismus<sup>22</sup>. Da er außerdem ein Bewunderer des pfälzischen Hauses war<sup>23</sup>, fällt seine Beurteilung Maximilians zwangsläufig unfreundlich aus. Gern übernommen wurden die tendenziösen Urteile Söltls von dem Verfasser der „Geschichte der Rheinischen Pfalz“, Ludwig Häusser, der anscheinend glaubte, den Streit zwischen der Münchener und der Heidelberger Linie des Hauses Wittelsbach auf Seiten der Heidelberger noch einmal ausfechten zu müssen. Da er ungeachtet seines Lokalpatriotismus außerdem ein Propagandist des Nationalstaates war, der die Existenz kräftiger Territorialstaaten als Ergebnis deutscher Geschichte ablehnte<sup>24</sup>, kann seine feindselige Haltung gegenüber Bayern keinem Zweifel mehr unterliegen.

Weniger politisch oder konfessionell bestimmte Voreingenommenheit als vorgefaßte Meinung sowie die Auswahl der Quellen scheinen bei Leopold von Ranke zu Fehleinschätzungen geführt zu haben. Nach Ausweis seiner eigenen Literatur-

<sup>19</sup> Außerdem bezeichnet Schiller sein Werk ausdrücklich als „Kriegsgeschichte“ (Schiller, 313). Das mag mit dazu beigetragen haben, daß er den bayerischen Kurfürsten, der stets Politiker war und das Schlagen von Schlachten seinen Generälen überließ, als Nebenfigur behandelt.

<sup>20</sup> Erdmannsdörffer, 3.

<sup>21</sup> Barthold, 546.

<sup>22</sup> ADB XXXIV, 588 f. Vgl. Sörtl I, 4 f, wo er sich dazu versteigt, die protestantischen Fürsten für ihre Säkularisationen zu loben.

<sup>23</sup> Sörtl I, Vorrede.

<sup>24</sup> Vgl. Häusser, 571.

angaben hat Ranke für die die Westfälischen Friedensverhandlungen erfassenden Abschnitte seiner „Französischen Geschichte“ (erstmalig 1851) nur Adami und die Schlußrelation Contarinis als Quellen herangezogen, nicht die zu seiner Zeit längst vorliegenden umfangreichen Aktenpublikationen. Eine solche Arbeitsweise konnte natürlich leicht zu einer verzerrten Sicht führen; sie war als solche eine Folge des grandiosen Umfangs des Rankeschen Gesamtwerks. Das Fatale war, daß bei dem großen Prestige Rankes seine Ansicht von einer Vielzahl kleinerer Geister unbesehen übernommen wurde, wenn auch je nach deren persönlicher Bewußtseinslage unterschiedlich gebrochen, bei dem großdeutsch-nationalen Katholiken Franz Keym in seiner „Geschichte des Dreißigjährigen Krieges“ (1864) anders als in dem gleichnamigen Werk des Protestanten Paulig (1885) oder in dem vom Geist des kleindeutschen Nationalismus beherrschten Buch von Heinrich Rocholl „Zur Geschichte der Annexion des Elsaß durch die Krone Frankreich“ (1888)<sup>25</sup>.

Freigehalten von diesen Tendenzen hat sich der Historiker Kaiser Ferdinands III., Matthias Koch. Zwar kann man dem Österreicher Koch, dessen Vorfahren väterlicherseits aus Bayern stammten<sup>26</sup>, einseitige Quellenauswahl und eine moralisierende Auffassung von der Geschichte, in der alle Politik an der geforderten Kaisertreue gemessen wird, nicht zu Unrecht vorhalten<sup>27</sup>, aber er hat eben doch viele neue Quellen erschlossen, darunter den Briefwechsel zwischen Kurfürst Maximilian und seinem Schwager Ferdinand III., der bei aller Formelhaftigkeit und Verstellung immerhin eine bessere Quelle ist als die von Ranke angezogenen Meinungen relativ fernstehender Dritter. Entsprechend seinem Maßstab fällt Kochs Urteil über die bayerische Politik im allgemeinen günstig aus, die Frankreichpolitik Maximilians beurteilt er als gutgemeint, erst beim Ulmer Waffenstillstand gerät der Autor in ernsthafte Schwierigkeiten und in unsicheres Schwanken.

Knapp und in mehr populärwissenschaftlichem Ton gehalten ist der Aufsatz des Münchener Professors für allgemeine Geschichte, Karl Theodor von Heigel „Das westfälische Friedenswerk von 1643–1648“ (1888). Getragen vom nationalen Pathos der Zeit, schließt sich der Aufsatz eher an die von Ranke gewiesene Linie an als an die Kochs, zumal der Autor eine dem Kaiser gegenüber kritische Haltung einnimmt<sup>28</sup>.

Scharf fällt die Verurteilung aus, die Jacob in seiner Monographie „Die Erwerbung des Elsaß durch Frankreich im westfälischen Frieden“ (1897) über die Politik Maximilians ausspricht. Zwar ist die Arbeit wesentlich gründlicher als die Rocholls zum selben Thema, doch hat Jacob gerade von den bayerischen Akten nur das herangezogen, was sich in Abschrift in Wien in den Archiven befindet; er hat es nicht für nötig erachtet, in München Nachforschungen anzustellen und äußert doch Ansichten, die unter diesen Umständen als Unterstellungen gelten müssen<sup>29</sup>. Dabei sind bestimmte aus der Situation der eigenen Zeit stammende propagandistische Absichten bei Jacob kaum wahrzunehmen, er folgt einfach der zu seiner Zeit schon verfestigten Tendenz der Geschichtsschreibung, die letztlich

<sup>25</sup> Vgl. Kraus, Maximilian und die französische Satisfaktion, 26.

<sup>26</sup> Österreichisches Biographisches Lexikon IV, 19 f.

<sup>27</sup> Erdmannsdörffer, 35–39.

<sup>28</sup> Vgl. Heigel, 426.

<sup>29</sup> Vgl. Kraus, Maximilian und die französische Satisfaktion, 26.

eine Aufladung der von Ranke herstammenden Ansicht über die Ereignisse mit vom zeitgenössischen Nationalismus bestimmten Werturteilen darstellt.

Freigehalten hat sich davon, begünstigt auch durch die Themenstellung, Steinberger in seinem Buch über „Die Jesuiten und die Friedensfrage in der Zeit vom Prager Frieden bis zum Nürnberger Friedensexekutionshaupttreuß 1635–50“ (1906). Wie er diese so sehr von Vorurteilen bestimmte Fragestellung in differenzierter Weise aufgearbeitet hat, so findet er auch zu einer in der Literatur zur allgemeinen oder deutschen Geschichte zu dieser Zeit sonst ganz ausgestorbenen Würdigung des bayerischen Kurfürsten nach den Maßstäben seiner eigenen Zeit, nicht der wilhelminischen Epoche, zurück, auch wenn die Person Maximilians natürlich nicht im Mittelpunkt steht, daher Unsicherheiten bleiben.

Wenig später zeigt sich Moritz Ritter im dritten Band seiner „Deutschen Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und Geschichte des Dreißigjährigen Krieges 1555–1648“ (1908) zwar immer noch beeinflusst von den Anschauungen seiner Vorgänger, aber er sieht doch besser, welche Interessen Bayern im europäischen Zusammenhang verfolgte und verzichtet auf nationales Moralisieren; er würdigt auch die Leistungen Bayerns für das Reich<sup>30</sup>. Zu seiner ausgewogeneren Darstellung mag auch die Benutzung der französischen Quellen beigetragen haben, die Bayern keineswegs als willfähiges Werkzeug zeigen<sup>31</sup>.

Zu sehr auf die von ihm bearbeitete Quelle hat sich dagegen Friedrich Israel in seiner Monographie „Adam Adami und seine Arcana Pacis Westphalicae“ (1909) verlassen.

Sehr seltsame Ansichten, die durch nichts zu belegen sind, vertritt, wo es um Kurfürst Maximilian geht, Baur im zweiten Band seiner Biographie des Trierer Kurfürsten Philipp von Sötern; ihre Bedeutung ist allerdings die einer Kuriosität, denn Folgen haben sie in der Geschichtsschreibung keine gehabt.

Die vor dem ersten Weltkrieg so stark aufgeblühte historische Beschäftigung mit dem Dreißigjährigen Krieg lebte danach nicht wieder auf. So sollen nur die zwei Handbücher herangezogen werden, die sich in umfassenderem Zusammenhang auch mit dem Krieg und dem Westfälischen Frieden befassen: Die „Geschichte des europäischen Staatensystems 1559–1660“ von Walter Plathoff (1928) und Karl Brandis „Gegenreformation und Religionskriege“ (1930). Plathoffs Werk ist zurückhaltend im Urteil, konzis in der Formulierung, ein Musterbeispiel diplomatischer Geschichtsschreibung im europäischen Rahmen, dabei stark auf die Großmächte und ihre Herrscher und leitenden Staatsmänner bezogen. Stärker erzählend im Ton und mit seinen nationalen Affekten gegen Frankreich<sup>32</sup> deutlicher von der Person des Autors bestimmt ist das Werk Brandis.

Nach dem 2. Weltkrieg trat die Epoche des Dreißigjährigen Krieges in der deutschen Geschichtswissenschaft noch mehr in den Hintergrund. Lediglich die anlässlich des 300jährigen Jubiläums des Westfälischen Friedens entstandene Studie von Max Braubach, die nur eine kurze Zusammenfassung bieten konnte, kann für diese Arbeit herangezogen werden.

Mächtig angeregt wurde die Erforschung der letzten Phase des Dreißigjährigen Krieges und der 1636 beginnenden Friedensbemühungen dann erst durch Fritz

<sup>30</sup> Vgl. Ritter, 623: „Opfervolle Waffengemeinschaft“ mit dem Kaiser.

<sup>31</sup> Vgl. z. B. das Urteil Mazarins bei Ritter, 624.

<sup>32</sup> Vgl. z. B. Brandi, 300.

Dickmanns „Geschichte des Westfälischen Friedens“ (1959). Auf der Grundlage umfangreicher Erforschung neuer Quellen entstanden, wurde Dickmanns Buch als „erste wissenschaftliche Geschichte des Westfälischen Friedens . . . , die diesen Namen verdient“<sup>33</sup>, gefeiert. Trotz der großen Leistungen des Verfassers hat auch dieses Werk seine Schwächen; Dickmann neigt zu einer Idealisierung des kaiserlichen Hauptgesandten Graf Trauttmansdorff<sup>34</sup> und er beurteilt in vergleichbaren Fällen die bayerische Politik kritischer als die protestantischer Reichsstände<sup>35</sup>. Auf die Auswertung ungedruckter bayerischer Quellen hat er, angesichts des ohnedies bereits enormen Arbeitsaufwandes, verzichtet, damit aber ist sein Werk für die bayerische Landesgeschichte nur bedingt von Nutzen.

### 2. 3. *Neueste Bücher zur Zeit von 1639 bis 1648*

Ein großes Verdienst des Dickmannschen Werkes liegt auch darin, daß es der Erforschung des Westfälischen Friedens und der vorausgehenden Friedensbestrebungen einen mächtigen Impuls gegeben hat. Die Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte hat es sich zum Ziel gesetzt, hierzu durch ihre Publikationen beizutragen. Für das Thema dieser Arbeit kommen aus der von der Vereinigung herausgegebenen Schriftenreihe folgende Werke in Frage: „Corpus Evangelicorum und Corpus Catholicorum auf dem Westfälischen Friedenskongreß“ von Fritz Wolff (1966), „Der Kurfürstenrat“ von Winfried Becker (1973) und „Die kaiserliche Politik auf dem Westfälischen Friedenskongreß“ von Karsten Ruppert (1978). Während Wolff über die bayerische Politik recht wenig bietet, da er sich auf den verfassungsgeschichtlichen Aspekt konzentriert, hat Becker einen dezidierten Standpunkt zur Haltung Maximilians von Bayern eingenommen. Dieser ist ganz und gar ablehnend; Becker ist stets geneigt, dem Kurfürsten böswillige Absichten zu unterstellen, ohne diese quellenmäßig zu belegen<sup>36</sup>.

<sup>33</sup> Raumer, 596.

<sup>34</sup> Ebd., 601.

<sup>35</sup> Vgl. Dickmann, 362, wo keine Kritik daran geäußert wird, daß die Protestanten durch Verbindung des konfessionellen Ausgleichs mit der schwedischen Satisfaktionsfrage die Territorialansprüche der Schweden begünstigen, mit seinem Urteil über die bayerische Frankreichpolitik.

<sup>36</sup> Da im Rahmen einer thematisch gegliederten Arbeit auf Vieles nicht eingegangen werden kann, seien hier zwei Beispiele erwähnt: 1.) S. 181 behauptet Becker, die bayerischen Gesandten in Münster hätten dem Herzog von Longueville den Titel „Hoheit“ gewährt, um von ihm als „Exzellenz“ angedredet zu werden – „im Interesse der bayerischen Kur“; dabei schreibt Becker selbst auf S. 178, daß die Franzosen die Bayern schon im Frühjahr 1645 „Exzellenz“ titulierten. 2.) S. 227 f. schreibt Becker, im September 1645 habe Maximilian in „ständefeindlicher“ Absicht versucht, die Herausgabe der kaiserlichen Replik an die Kronen ohne vorhergehende Reichsberatungen zu erreichen, um außer seinem eigenen den Einfluß aller anderen Reichsstände auszuschalten. Völlig übersehen hat Becker, daß diese Auffassung nicht mit der Tatsache vereinbar ist, daß die bayerischen Änderungswünsche in der Fassung, die den Ständen vorgelegt werden sollte, gar nicht aufgenommen waren (Vgl. Acta Pacis Westphalicae s. II Abt. A, Bd. 2, Nr. 213, S. 435–441 u. Nr. 225, S. 460 f. Diese Dokumente hätte Becker kennen müssen, da sie schon bei Gärtner V, nr. 170, S. 815–826 u. VI, nr. 14, S. 73–76 publiziert sind). Vollkommen unerfindlich bleibt schließlich, warum der Rat der Osnabrücker Stände, die Replik unverzüglich zu übergeben, die bayerische Politik als „Schlag ins Wasser“ erwiesen habe, verlangten diese doch dasselbe wie Bayern.

Mängel in Bezug auf Bayern hat auch die Arbeit von Ruppert, doch liegt das nicht an einer gehäßigen Voreingenommenheit des Autors, sondern daran, daß Ruppert bewußt auf die Heranziehung bayerischer Akten weitgehend verzichtet hat, was ihn natürlich zwingt, die bayerische Politik größtenteils nach dem einzuschätzen, was die Kaiserlichen darüber dachten, oder auf die ältere Literatur zurückzugreifen<sup>37</sup>.

Außerhalb der Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte ist die Dissertation von Kathrin Bierther „Der Regensburger Reichstag 1640/41“ erschienen. Da der Umfang der Arbeit sich auf einen einzigen der behandelten Themenkomplexe beschränkt, soll hier nicht weiter auf sie eingegangen werden.

Nicht vergessen werden soll schließlich das neueste Standardwerk über die Epoche, der der hier behandelte Abschnitt der Geschichte angehört, Lutz' in der Reihe der Propyläen Geschichte Deutschlands als Band IV erschienenes Werk „Das Ringen um deutsche Einheit und kirchliche Erneuerung. Von Maximilian I. bis zum Westfälischen Frieden 1490–1648“.

Nachgetragen wurden die Forschungsergebnisse von Bireley und Albrecht, die sie in ihren Beiträgen zu dem 1988 von Konrad Repgen herausgegebenen Band „Krieg und Politik 1618–1648. Europäische Probleme und Perspektiven“ dargelegt haben.

Auf die neuesten Beiträge der bayerischen Landesgeschichte für unseren Themenkreis wurde schon in einem früheren Abschnitt hingewiesen.

#### *2. 4. Überblick über die herangezogene ausländische Literatur*

Das bedeutendste Werk eines nichtdeutschen Geschichtsschreibers über den Westfälischen Frieden stammt zweifellos von dem französischen Jesuiten Guillaume Hyacinthe Bougeant, der 1727 eine „Histoire des guerres et des Négociations qui précédèrent le traité de Westphalie“ und 1743 eine „Histoire du traité de Westphalie“ erscheinen ließ, die so großes Ansehen erlangten, daß 1758 eine deutsche Übersetzung von Friedrich Eberhard Rambach unter dem Titel „Historia des dreißigjährigen Krieges und des darauf erfolgten Westphälischen Friedens“ in Halle herausgebracht wurde<sup>38</sup>. Dadurch, daß Bougeant die Papiere des französischen Kongreßgesandten Graf d'Avaux benutzen konnte<sup>39</sup>, hat seine Geschichte eine bessere Quellenbasis als jede andere vor Schmidts „Neuerer Geschichte der Deutschen“; dabei ist Bougeants Darstellung viel ausführlicher als jede andere vor Dickmann, von der Kochs vielleicht abgesehen. Seine Quellengrundlage ist jedoch einseitig, was sich einmal darin äußert, daß die Person d'Avaux' in den Mittelpunkt gerückt wird, zum anderen darin, daß immer wieder auf dessen und Mazarins Ansichten verwiesen wird. Weit weniger bedeutend für unseren Zusammenhang ist die „Histoire de France pendant la minorité de Louis XIV“ von Adolphe Chêrueil, dem Herausgeber der Mazarin-Briefe, deren hier ein-

<sup>37</sup> Vgl. Ruppert, 8 und Kraus, Acta Pacis Westphalicae, 14.

<sup>38</sup> Benutzt wurden Bougeants Werke in der gemeinsamen dritten Auflage von 1751, in der beide Teile unter ihren eigenen Titeln, jedoch mit durchlaufender Bandzählung erschienen sind.

<sup>39</sup> Dickmann, 522 f.

schlägiger zweiter Band 1879 erschien. Chêruel teilt den Nachteil Bougeants, die Beschränkung auf die französische Sicht<sup>40</sup>, was freilich 1879 einen weit schwereren Mangel bedeutet als gut ein Jahrhundert zuvor. Noch schlechter muß das Urteil über die letzte französische Gesamtdarstellung der Epoche ausfallen, über „La guerre de trente ans 1613–1648“ von Pagès (1949), die nicht nur auf die Rolle Bayerns kaum eingeht, sondern auch in den wenigen Passagen, wo dies geschieht, sehr fehlerhaft ist<sup>41</sup>. Auf neuere französische Untersuchungen zu Einzelproblemen, etwa der Elsaßfrage, soll hier nicht eingegangen werden.

Das Interesse der englischen Geschichtsschreiber an der Geschichte des Dreißigjährigen Krieges und Westfälischen Friedens war zunächst gering, was angesichts der geringen Rolle, die England in der Auseinandersetzung spielte, auch nicht verwunderlich ist. So wollte auch die erste mir bekannte englische Monographie zum Dreißigjährigen Krieg, Gardiners Bändchen „The Thirty Years War“, das ab 1874 mehrere Auflagen erlebte, nicht mehr als eine Einführung in dieses dem englischen Leser wenig vertraute Thema geben. Seine positive Einstellung zu Kurfürst Maximilian<sup>42</sup> wiegt seine Abhängigkeit von der zeitgenössischen deutschen Geschichtsschreibung auf, seine Distanz zu den Vorgängen gibt ihm einen weiteren Blick. Vollkommen anders ist das Urteil über Maximilian bei Cicely Wedgwood, deren Werk, 1939 in englischer Sprache erschienen, 1967 eine deutsche Übersetzung erlebte, die hier benutzt ist. Die Autorin personalisiert sehr stark; dabei erscheint ihr Maximilian-Bild recht unerfreulich, wenn auch im einzelnen etwas schwankend, wohl abhängig von der gerade benutzten deutschen Literatur; sie beurteilt den Kurfürsten als Deutschen, nicht als Bayern<sup>43</sup>, und unterwirft sich und ihn damit einem anachronistischen Kriterium. Weniger an Bayern interessiert als Wedgwood zeigte sich Steinberg in seinem ebenfalls 1967 in deutscher Übersetzung erschienenen Werk „Der dreißigjährige Krieg und der Kampf um die Vorherrschaft in Europa 1600–1660“. Dieser angelsächsische Historiker stellt – verständlicherweise – nicht die innerdeutschen Ereignisse und Streitfragen, sondern die europäischen Entwicklungen in der Auseinandersetzung der Großmächte in den Mittelpunkt, außer dem die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die er für so gravierend, wie traditionell angenommen, nicht hält. Was er über die bayerische Politik schreibt, folgt weitgehend dem Beispiel Wedgwoods, dazu kommen Fehler in der reinen Feststellung von Tatsachen. Als weiteres Beispiel für die englische Geschichtsschreibung, die sich in jüngster Zeit verstärkt – unter gesamteuropäischem Aspekt – der Epoche von ca. 1600 bis 1660 angenommen hat, sei David Malands „Europe at War 1600–1650“ (1980) herangezogen, obwohl auch hier Bayern nur ganz untergeordnete Beachtung findet.

Erstaunlich gering ist das Interesse, das der Dreißigjährige Krieg in seinen Spanien nicht direkt betreffenden Aspekten bei spanischen Historikern gefunden hat. Diese gehen fast immer nur auf die Auseinandersetzung Spaniens mit den Niederlanden und Frankreich ein, wodurch sich auch eine andere Periodisierung ergibt.

<sup>40</sup> Vgl. z. B. Chêruel, 13: Als Einführung in die bayerische Politik führt er das an, was Mazarin 1644 darüber dachte.

<sup>41</sup> Vgl. z. B. Pagès, 240 (Folgen der Schlacht von Zusmarshausen) u. 250 (Bayern erhält achte Kurwürde).

<sup>42</sup> Gardiner, 214 f.: „During the whole course of the war Maximilian of Bavaria was the only man of German birth who rose to eminence“.

<sup>43</sup> Wedgwood, 456.

Das einzige Werk, in dem die Rolle Bayerns überhaupt erwähnt wird, das ich finden konnte, ist die Biographie des Diplomaten Don Diego Saavedra y Fajardo von Manuel Fraga Iribarne, der – heute Politiker – selbst Diplomat war, als er das Buch schrieb<sup>44</sup>. Der Gegenstand des historischen Interesses ist somit die vielschichtige Persönlichkeit Saavedras, weniger die politische Entwicklung.

Von der historischen Literatur einer weiteren der beteiligten europäischen Großmächte, Schwedens, konnte ich nur ein Werk verwerten, das in deutscher Übersetzung vorliegt, Odhners grundlegendes Buch über „Die Politik Schwedens im Westphälischen Friedenscongreß“ von 1877, das für seine Zeit gegenüber Bayern ausgesprochen objektiv ist.

Wegen des Gegenstandes der Darstellung kann in gewissem Sinne auch Pastors „Geschichte der Päpste“ hier eingeordnet werden. Wie es bei einem derart vielschichtigen Werk gar nicht anders sein kann, mußte der Verfasser sich freilich auf die kuriale Ansicht der politischen Ereignisse beschränken, ohne die Quellen der Gegenseite zum Vergleich heranziehen zu können, wodurch sich natürlich Einseitigkeiten und Verzeichnungen nicht immer haben vermeiden lassen.

<sup>44</sup> Vgl. die Widmung an die Kollegen im diplomatischen Dienst.

### 3. Die erste Phase der bayerischen Friedenspolitik in der Sicht der Historiographie

#### 3. 1. Die Einsiedelner Konferenz und ihre Vorbereitung

Von der Einsiedelner Konferenz, mit der Maximilian den seit 1631/32 abgerissenen direkten Kontakt mit Frankreich, das inzwischen offen in den Krieg eingetreten war und als Hauptgegner der bayerischen Armee auftrat, wieder aufnahm, ist in der Geschichtsschreibung über hundert Jahre lang keine Nachricht zu finden. Der erste, der vielleicht gewisse Kenntnis von den damit zusammenhängenden Vorgängen hatte, scheint Stadler gewesen zu sein, der aufgrund seiner Stellung am bayerischen Hof wohl Zugang zu Archivalien hatte, die gegenüber anderen als Staatsgeheimnisse gehütet wurden. Außerdem war Stadler Ordensbruder Vervaux', des Beichtvaters und politischen Vertrauten des Kurfürsten Maximilian. Andererseits legte gerade seine Stellung Stadler wieder die Pflicht zu besonderer Zurückhaltung auf. So berichtet er nur davon, daß Maximilian 1640 auf Anregung des Papstes erste Bemühungen um den Frieden einleitete. Die dann folgende Erzählung von einer Entsendung des Grafen Kurz nach Lübeck durch den Kurfürsten, von wo der Kaiser ihn nach Dänemark weitergeschickt habe, ist allerdings nur geeignet, von der eigentlichen Richtung und Intention der maximilianischen Friedenspolitik abzulenken; offensichtlich liegt ihr eine Verwechslung zwischen dem bayerischen Geheimen Rat Graf Maximilian Kurz und dessen Bruder, dem kaiserlichen Reichsvizekanzler Graf Ferdinand Kurz zugrunde<sup>1</sup>.

Dann findet sich erst wieder etwa hundert Jahre später ein konkreter Hinweis auf die Einsiedelner Verhandlungen, wenn Koch<sup>2</sup> im Zusammenhang mit dem Nürnberger Kurfürstentag erwähnt, Bayern habe den versammelten kurfürstlichen Gesandten mitgeteilt, es sei mit kaiserlicher Einwilligung eine geheime Konferenz mit einem französischen Vertreter abgehalten worden, um „Frankreichs geheime Absichten zu erforschen“; sie sei jedoch ergebnislos geblieben. Der Kaiser wünsche nun eine zweite Konferenz, auf der den Franzosen die Einhaltung des Zustandes von 1630 vorgeschlagen werden solle, was Bayern aber für untunlich halte. Die vom Kaiser vorgeschlagene Besprechung des Themas mit den kurfürstlichen Gesandten habe ergeben, daß Sachsen befürwortete, einen französischen Vertreter nach Nürnberg einzuladen, was Bayern jedoch abgelehnt habe. Kochs Kenntnis von den Geheimen Kontakten Bayerns mit Frankreich dürfe ausschließlich aus Protokollen des Nürnberger Kurfürstentags herühren. Er macht dem bayerischen Kurfürsten keine Vorwürfe wegen der Geheimverhandlungen, wohl aber beschuldigt er ihn, 1639 verhindert zu haben, daß die bayerische Armee eine Gelegenheit ausnutzte, über den Rhein zu gehen;

<sup>1</sup> Stadler, 434 f.

<sup>2</sup> Koch I, 200.

freilich habe Maximilian damit nicht die Franzosen begünstigen wollen, doch sei er aus „allzugroßer Selbstliebe“ nur auf Sicherung der Mainlinie und Bayerns bedacht gewesen<sup>3</sup>.

Eine ausführlichere, aber völlig konfuse Darstellung der Ereignisse gibt Schreiber<sup>4</sup>. Richelieu habe 1639 eine Waffenruhe mit dem Kaiser angestrebt, um das besetzte Elsaß zu ordnen. Ferdinand III. habe daraufhin den Kurfürsten von Bayern mit Unterhandlungen beauftragt, worauf dieser den Pater Vervaux nach Einsiedeln – soweit mir bekannt, wird hier zum ersten Mal der Ort der Zusammenkunft genannt – geschickt habe. Aber der französische Gesprächspartner d’Oissonville habe nicht über einen Waffenstillstand verhandelt, sondern Bayern Vorderösterreich als Preis für den Abschluß eines Neutralitätsvertrags angeboten. Daß er damit widersprüchliche Aussagen über die französischen Absichten trifft, ist dem Verfasser offensichtlich nicht aufgefallen. Abgesehen von der fälschlichen Nennung des Paters Vervaux als bayerischen Unterhändlers hat Schreiber auch die Zeit des Treffens falsch angesetzt; als Quelle gibt er nämlich an: „Staatsarchiv München: Gesandtschaftsberichte, Einsiedeln den 20., 23. Juli; München den 1., 3. August 1639“. Diese seriös aussehende Quellenangabe sollte in der Historiographie noch einige Verwirrung stiften. Am wenigsten verwunderlich ist dabei noch, daß Denk sie gutgläubig abschreibt<sup>5</sup>. Noch Doeberl hat in seiner Monographie über Bayern und Frankreich die Einsiedelner Verhandlungen auf 1639 verlegt<sup>6</sup>, obwohl er neue Einzelheiten mitteilt; er berichtet, daß Maximilian sich durch Kardinal Bichi versprechen ließ, Frankreich werde nichts fordern, was gegen die Treuepflicht gegen Kaiser und Reich verstoße<sup>7</sup>. Ebenso ist erstmals von einem bayerischen Verhandlungsbeitrag die Rede: „Thunlichste Berücksichtigung des französischen Interesses“, bayerisches Drängen auf Räumung des Reichsbodens durch Spanien, Neutralität des Reiches im französisch-spanischen Konflikt. Im Hintergrund habe der Wunsch Maximilians gestanden, Frankreich von Schweden zu trennen und dieses zu isolieren<sup>8</sup>.

Aus bayerischen Akten, wenn auch auf zu schmaler Basis<sup>9</sup>, hat Rast die Geschichte der Einsiedelner Konferenz bearbeitet. Der Ausgangspunkt ist für ihn die Einladung des ehemaligen Nuntius in Paris, Kardinal Bichi, an Kurfürst Maximilian zu einer Konferenz eines seiner Vertrauten mit einem französischen Diplomaten in Straßburg<sup>10</sup>. Die Vorgeschichte der Einladung Bichis hat Rast nicht untersucht, obwohl ihm hätte klar sein sollen, daß weder der Kardinal noch der Papst eine solche Einladung ohne vorherige Sondierung auf beiden Seiten hätten ergehen lassen. Trotz Bedenken habe der Kurfürst aus Hoffnung auf Frieden und französische Unterstützung in der Pfalzfrage die Einladung angenommen; dazu habe ihm auch sein Vizekanzler Richel geraten, der geglaubt habe, Frankreich wolle seine Friedensbedingungen oder doch zumindest die Hindernisse für den

<sup>3</sup> Koch I. 201 (auch Anm. 18). Dabei erklärt Koch selbst, mangelnde Unterstützung durch die Kaiserlichen unter Piccolomini sei Ursache des bayerischen Zögerns gewesen (Koch I, 175).

<sup>4</sup> Schreiber, Bayern, 746.

<sup>5</sup> Schaching, 244 f.

<sup>6</sup> Doeberl, Bayern und Frankreich, 25.

<sup>7</sup> Ebd., 26.

<sup>8</sup> Ebd., 27.

<sup>9</sup> Schweinesbein, 3.

<sup>10</sup> Rast, 8.

Beginn des Kölner Kongresses bekanntgeben<sup>11</sup>. Die Instruktion, die dem bayerischen Abgesandten Tanner mitgegeben wurde, hat Rast wiedergegeben; die Friedens- und die Pfalzfrage gelten ihm darin als von gleicher Bedeutung, wobei Maximilian einen Universal- oder Reichsfrieden vorgezogen habe, französische Vorschläge für einen bayerisch-französischen Separatvertrag aber nicht von vornherein kategorisch ablehnen wollte, sondern als Möglichkeit „zur Rettung seines Landes vor dem völligen Ruin, sowie zur Erhaltung seiner neuen Errungenschaften“ im Notfall nicht habe ausschließen wollen<sup>12</sup>. Über den Zweck der Konferenz sei der Kurfürst im übrigen getäuscht worden; während er annahm, sie solle der Friedensvermittlung dienen, habe Richelieu nur beabsichtigt, Bayern vom Kaiser zu trennen<sup>13</sup>. Rast geht dann zur Schilderung des Verhandlungsverlaufs über, wobei er zunächst einmal den Termin der Konferenz erstmals richtig auf den 10./11. Januar 1640 festlegt<sup>14</sup>. Das Ergebnis der Konferenz hält er für ganz negativ: Tanner sei in „gedrückter Stimmung“ abgereist, da das französische Verlangen, zunächst einen zehnjährigen Waffenstillstand zu schließen, alle Friedenserwartungen zunichte gemacht habe; außerdem sei die Unsicherheit über die französische Haltung in der pfälzischen Angelegenheit nur noch gesteigert worden<sup>15</sup>.

Riezler gibt die Vorgeschichte der Konferenz richtiger wieder, wenn er schreibt, der Kurfürst habe 1639 über Kardinal Bichi Kontakt zu Frankreich geknüpft, sei aber auf Bichis Vorschlag einer geheimen Konferenz erst eingegangen, als man ihm bestätigt habe, daß er dies unbeschadet seines kurfürstlichen Eides tun könne<sup>16</sup>. Tanners Instruktion hat Riezler anders ausgelegt als Rast; passend zu seiner Tendenz, die Reichs- und Kaiserstreue Maximilians stark herauszustellen, hält er anscheinend nur die auf Förderung des Friedens gerichteten Teile der Instruktion Tanners für bedeutsam, über den auf die speziell bayerischen Interessen bezüglichen Teil geht er schweigend hinweg<sup>17</sup>.

Daß trotz der Arbeit von Rast die aus der Luft gegriffenen Angaben Schreibers noch Verwirrung stifteten, zeigt der Fall Steinbergers, der dadurch veranlaßt wurde, zwei Konferenzen anzunehmen, einmal mit Vervaux, einmal mit Tanner als Teilnehmer<sup>18</sup>.

Schweinesbein hat die bis dahin nur unzureichend erforschte Vorgeschichte der Konferenz aus den Quellen neu und gründlich erarbeitet; fraglich bleibt die Einordnung in den Gesamtzusammenhang der bayerischen Politik dieser Jahre, die er vornimmt: Er entwickelt sie aus der Pfalzfrage, konkret aus der Zulassung der Pfalzgrafen zum Kölner Kongreß. In dieser Situation habe Maximilian durch Vermittlung Kardinal Barberinis französische Zusagen an den Papst erreichen wollen, den bayerischen Standpunkt zu unterstützen<sup>19</sup>. Richelieu habe das unter Hinweis auf die bayerisch-spanische Verbindung abgelehnt, dann aber durch Kardinal Bichi ein geheimes Treffen beiderseitiger Vertrauensmänner vorgeschlagen<sup>20</sup>.

<sup>11</sup> Ebd., 9 f.

<sup>12</sup> Ebd., 10 ff.

<sup>13</sup> Ebd., 12 f.

<sup>14</sup> Ebd., 17.

<sup>15</sup> Ebd., 22 f.

<sup>16</sup> Riezler, Baiern, 539.

<sup>17</sup> Ebd., 540 f.

<sup>18</sup> Steinberger, 25.

<sup>19</sup> Schweinesbein, 51 ff.

<sup>20</sup> Ebd., 55.

Trotz taktischer und grundsätzlicher Bedenken gegen einen derartigen Schritt<sup>21</sup>, habe der Kurfürst den Vorschlag schließlich angenommen, da er hoffte, Frankreich werde Vorschläge machen, die geeignet wären, den Frieden mit dem Reich in die Wege zu leiten und die bayerischerseits dann dem geplanten Kurfürstentag in Nürnberg vorgelegt werden könnten<sup>22</sup>. Damit hat Schweinesbein die sich überkreuzenden Initiativen, die zu der Konferenz führten, – anders als Rast – offengelegt; zugleich aber hat er dessen Anschauungen über die Motive, die Maximilian zur Annahme der Einladung veranlaßten, nur hinsichtlich der Friedensfrage bestätigt; wie wenig passen allerdings dazu seine eingangs erwähnten Ansichten! Vielleicht darf man die Verbindung zwischen jenen tastenden Versuchen, Aufschluß über die französische Stellung zur pfälzischen Frage zu erhalten, und der Einsiedelner Konferenz doch nicht so eng sehen. Die Instruktion Tanners hatte bereits Rast ausgewertet, Schweinesbein nahm hier lediglich eine Akzentverschiebung vor, da er angibt, aus ihr lasse sich entnehmen, daß die Solidarität des bayerischen Kurfürsten weniger dem Kaiser als dem kurfürstlichen Kollegium galt<sup>23</sup>. Was das Ergebnis der Konferenz betrifft, konnte Schweinesbein bestätigen und mit Quellen belegen, daß man in München darüber sehr enttäuscht war; die „größte Enttäuschung“ sei dabei gewesen, in der Pfalzfrage nichts erreicht zu haben<sup>24</sup>. Allerdings sieht Schweinesbein gerade dort ein positives Anzeichen, wo Rast dies entschieden verneint hatte: Das französische Verhalten auf der Konferenz wertet er als Zeichen, daß Frankreich nicht nur an einem Sonderabkommen mit Bayern interessiert, sondern auch zum allgemeinen Frieden bereit gewesen sei<sup>25</sup> – eine Ansicht die bezweifelt werden muß; ist denn an einem zehnjährigen bloßen Waffenstillstand interessiert, wer den baldigen Frieden wünscht?

### 3. 2. *Der Nürnberger Kurfürstentag*

Auf die Verbindung, die zwischen der Einsiedelner Konferenz und dem Nürnberger Kurfürstentag für die bayerische Politik bestand, hat Schweinesbein immer wieder hingewiesen<sup>26</sup>. Dabei ist die bedeutende Rolle Bayerns bei diesem Kurfürstentag lange verborgen geblieben. Vervaux hat nichts dafür getan, sie aufzuhellen; er behandelt den Kurfürstentag im Anschluß an die Darstellung kaiserlicher Friedensbemühungen, ohne auf die bayerische Rolle näher einzugehen<sup>27</sup>. Ohne daß sich das im einzelnen nachweisen läßt, mag diese Kombination dazu beigetragen haben, daß auch bayerische Historiker lange Zeit die Nürnberger Versammlung auf kaiserliche Initiative zurückführten, auch wenn Vervaux das so nicht gesagt hatte. Besonders klar tritt der genannte Fehler bei Westenrieder<sup>28</sup> hervor; noch Schreiber<sup>29</sup> hat ihn begangen.

<sup>21</sup> Ebd., 57 ff.

<sup>22</sup> Ebd., 59 ff.

<sup>23</sup> Ebd., 66.

<sup>24</sup> Ebd., 86 f.

<sup>25</sup> Ebd.

<sup>26</sup> Ebd., 61, 66 et passim.

<sup>27</sup> Adeltzreitter III, 417.

<sup>28</sup> Westenrieder, Dreyßigjähriger Krieg III, p. IX.

<sup>29</sup> Schreiber, Bayern, 747 und Schreiber, Maximilian, 754.

Erst Rast konnte, nachdem schon Koch<sup>30</sup> den Zusammenhang mit der Einsiedelner Konferenz entdeckt und Brockhaus<sup>31</sup> sich in einer Monographie mit dem Kurfürstentag befaßt hatte, die Bedeutung der bayerischen Politik bei Anregung und Verlauf des Tages klären. Als Ausgangspunkt der bayerischen Überlegungen sieht er dabei die Überzeugung Maximilians an, daß der Krieg militärisch nicht mehr zu gewinnen sei, den Friedensbemühungen aber ebenso die Grundlage fehle, solange die Reichsstände untereinander zerstritten blieben<sup>32</sup>. Rast sieht also die bayerische Politik vom Reichsinteresse bestimmt, wenn auch durch die Forderung nach Trennung von Spanien mit antikaiserlicher Spitze. Im bayerischen Vorschlag, die kreisausschreibenden Fürsten zum Kurfürstentag zu berufen, liegt nach Rasts Ansicht nichts als der Wunsch, gegenüber dem umständlichen Einberufungsverfahren bei einem Reichstag Zeit zu sparen<sup>33</sup>.

Riezler<sup>34</sup> fügte dem noch hinzu, daß Maximilian zu großen Zugeständnissen an die Protestanten bereit war; welche dies im einzelnen sein sollten, gibt er aber nicht an.

Dickmann sieht die auf den Kurfürstentag zulaufende Politik Bayerns, deren Beginn er mit den bayerisch-sächsischen Kontakten ab 1638 ansetzt, ganz ähnlich wie Rast, nur mit schärfer ausgeprägter Tendenz gegen die kaiserliche Politik; es ging um die Formierung einer regelrechten reichsständischen Oppositionspartei, darum, zu beraten, „ob die Stände des Reiches schuldig seien, diesen Krieg noch weiter zu führen“<sup>35</sup>. Etwas zurückhaltender hat Reppen dieselbe Ansicht formuliert: Maximilian war die „treibende Kraft“ in Nürnberg und hatte als einziger Kurfürst „weitausschauende Friedenspläne“, die er notfalls auch gegen den Kaiser verwirklichen wollte<sup>36</sup>.

Schweinesbein, der viele neue Einzelheiten zu den Nürnberger Verhandlungen beitragen konnte, hat die Linie Dickmanns und Reppens weitergeführt und dabei aufgezeigt, daß die Pläne des bayerischen Kurfürsten zu dieser Zeit eine in mehreren Stufen verlaufende Friedensvermittlung vorsahen: Nachdem in Einsiedeln durch päpstliche Vermittlung Gespräche zwischen Frankreich und Bayern zustande gekommen waren, sollte dieses zwischen Frankreich und dem Kurfürstenkolleg, dieses dann zwischen Frankreich und dem Kaiser vermitteln<sup>37</sup>. Auch dieser nicht verwirklichte Gedanke setzte natürlich eine gewisse Distanzierung vom Kaiser voraus.

Im Hinblick auf diese in neuerer Zeit herausgestellten allgemeinen Absichten der bayerischen Politik hat dann Bierther auch die von Bayern angeregte Erweiterung des Kurfürstentages einer Neuinterpretation unterzogen. Mit dieser Maßnahme sollte die Opposition gegen die kaiserliche Politik in der Frage eines Friedens mit Frankreich auf eine breitere Basis gestellt<sup>38</sup> und eine vom Kaiser unabhängige Reichsversammlung geschaffen werden<sup>39</sup>.

<sup>30</sup> Koch I, 200. Vgl. Anm. 2.

<sup>31</sup> Brockhaus hat die Instruktion für den bayerischen Gesandten beim Kurfürstentag, Richel, für seine Arbeit erstmals ausgewertet (Brockhaus, 77–92).

<sup>32</sup> Rast, 33 f.

<sup>33</sup> Ebd., 37 f.

<sup>34</sup> Riezler, Bayern V, 546.

<sup>35</sup> Dickmann, 99.

<sup>36</sup> Reppen, Papst, Kaiser und Reich, 409.

<sup>37</sup> Schweinesbein, 95.

<sup>38</sup> Bierther, 31.

<sup>39</sup> Ebd., 36.

Zurückgewiesen werden kann die Ansicht Beckers, daß mit der Berufung der kreisausschreibenden Fürsten Maximilian die Kreise für katholische Interessen „mobilisieren“ wollte<sup>40</sup>. Becker hat hier wieder einmal – übrigens ohne jeden Beleg aus Quellen – seiner Tendenz nachgegeben, hinter jeder bayerischen Aktion eigennützige und protestantenfeindliche Absichten zu wittern. Daß sich unter den kreisausschreibenden Fürsten gerade auch Protestanten befanden, die eine weit härtere Linie verfolgten als das so eng dem Kaiser verbundene Sachsen oder das wegen seines calvinistischen Glaubens ziemlich isolierte und seiner pommerischen Ansprüche wegen vom Kaiser abhängige Brandenburg, scheint Becker völlig entgangen zu sein. Zudem wäre es gerade vom katholischen Standpunkt aus höchst unklug gewesen, die kirchlichen Streitigkeiten in dem Augenblick aufs Tapet zu bringen, in dem über den Ausgleich mit den äußeren Feinden verhandelt werden sollte.

Ruppert hat sich hier den Blick nicht von Vorurteilen trüben lassen; er führt Maximilians Bemühen um die Einberufung des Kurfürstentages gerade auf seine Überzeugung zurück, daß Zugeständnisse über den Prager Frieden hinaus nötig seien<sup>41</sup>. Daß dies nicht nur für das Verhältnis zu den auswärtigen Kronen gelten sollte, beweist das bayerische Eintreten für die Aufhebung des Prager Nebenrezesses auf dem Regensburger Reichstag.

### 3. 3. *Der Regensburger Reichstag von 1640/41*

Wohl kaum ein Abschnitt des Dreißigjährigen Krieges hat bei den Geschichtsschreibern so wenig Interesse gefunden wie der Regensburger Reichstag; so konnte noch Schiller ihn mit dem lapidaren und völlig falschen Satz abtun, es habe sich dabei um eine „Zusammenverschwörung Österreichs und seiner Kreaturen gegen den protestantischen Teil“<sup>42</sup> gehandelt.

Auf die bayerische Rolle ist erstmals – wie üblich, sehr fehlerhaft – Schreiber<sup>43</sup> eingegangen. Eine Gesamtanalyse der bayerischen Politik dieser Jahre im Zusammenhang mit dem Regensburger Reichstag hat dann Schwann versucht – und er hat dabei trotz der unzureichenden Grundlagen in etwa das getroffen, das man, wie ein Vergleich mit Dickmanns und Schweinesbeins Überlegungen zum Kurfürstentag zeigt, auch heute noch als gültig ansehen muß: Maximilian habe die Einleitung von Friedensverhandlungen mit Frankreich und Schweden als unumgängliche Notwendigkeit angesehen; dazu wollte er die Reichsstände zusammenbinden, auch um den Preis von Zugeständnissen an die Protestanten, um dann auf Kaiser, Frankreich und Schweden Druck ausüben zu können, auf der Basis einer Verpfändung von Teilen Pommerns an Schweden und der Trennung des Kaisers von Spanien Frieden zu schließen<sup>44</sup>. Wenn Schwann anschließend schreibt, auf dem Regensburger Reichstag sei Maximilian noch einmal energisch hervorgetreten, doch an der entscheidenden Kraft habe es dem Greise und seinem

<sup>40</sup> Becker, 135.

<sup>41</sup> Ruppert, 21.

<sup>42</sup> Schiller, 294.

<sup>43</sup> Schreiber, Maximilian, 767, 776 ff., 178 f.; Schreiber, Bayern, 747. Seltsamerweise ist die Darstellung in ersterem Werk – 1868 erschienen – wesentlich korrekter als im 1889 erschienenen ersten Band der „Geschichte Bayerns“.

<sup>44</sup> Schwann, 430.

erschöpften Lande gefehlt<sup>45</sup>, so liegt dies freilich daran, daß er die vom Kurfürsten in Aussicht genommene Rolle wohl überschätzt: Nicht als Schiedsrichter, die auf die Parteien „Druck“ ausüben, sondern als Vermittler sollten die Reichsstände auftreten.

Die Wirkung der bayerischen Reichstagspolitik auf den Kaiser hat Doeberl herausgestellt; er kommt dabei bei der genauen Umkehrung der Behauptung Schillers an, indem er von einer schweren Niederlage des Kaisers und Spaniens und einem Sieg der bayerischen Friedenspolitik spricht<sup>46</sup>. Letzteres erscheint angesichts der Tatsache, daß bis zum Frieden noch über sieben Jahre vergingen, reichlich übertrieben.

Nur einen besonderen Aspekt der bayerischen Politik auf dem Reichstag berührt Repgen in seinem Werk „Papst, Kaiser und Reich“. Er übernimmt dabei die zeitgenössischen Vorwürfe des Nuntius Mattei, um territorialpolitischer Vorteile willen sei Maximilian bereit gewesen, zum Schaden des deutschen Katholizismus den Protestanten Zugeständnisse zu machen. Nicht zu Unrecht habe Mattei „über die ragioni di stato gestöhnt“<sup>47</sup>. Daß ein derartiger Zusammenhang zwischen der von Bayern befürworteten Amnestie und der pfälzischen Frage besteht, hat Kraus zurückgewiesen<sup>48</sup>. Daß Repgen seiner Sache selbst nicht ganz sicher ist, beweist seine vorsichtige Distanzierung von Mattei: „Und nüchtern betrachtet – waren die Interessen des deutschen Katholizismus bei Bayern, das sich im Alternativfall für die Zweckmäßigkeiten seiner Landespolitik entschied, schlechter aufgehoben als bei Mattei?“<sup>49</sup> Repgen scheint andeuten zu wollen, daß der bayerische Kurs letztlich auch der Kirche ersprießlicher war als Matteis kanonistische Prinzipienpolitik. Warum sollte man dann nicht gleich annehmen, daß Maximilian sowohl aus territorial- wie kirchenpolitischen Interessen die Verständigung mit den Protestanten als Schritt zum Frieden anstrebte, da sein Land wie sein Glaube durch die Fortsetzung des Krieges nur verlieren und nichts gewinnen konnten?<sup>50</sup>

Seine erste umfassende und wirklich wissenschaftliche Darstellung hat der Regensburger Reichstag durch die Dissertation von Kathrin Bierther gefunden. Bei aller detaillierten Auswertung der Akten weist die Arbeit aber doch in der Interpretation der gewonnenen Ergebnisse gewisse Mängel auf. In geradezu stereotyper Weise wird der politische Kurs sämtlicher wichtigerer Teilnehmer auf deren territorialstaatliche und dynastische Interessen zurückgeführt, so auch der des bayerischen Kurfürsten: Da seine eigenen Kriegsziele erreicht und nur noch durch den Friedensschluß auf Dauer zu sichern waren, konnte er sich ungescheut zum Führer der reichsständischen Friedenspartei „aufwerfen“<sup>51</sup>. In ihrer abschließenden Zusammenfassung relativiert Bierther diese Auffassung; als Trieb-

<sup>45</sup> Ebd. 432.

<sup>46</sup> Doeberl, Entwicklungsgeschichte, 598.

<sup>47</sup> Repgen, Papst, Kaiser und Reich, 429 und 478.

<sup>48</sup> Kraus, Neues Bild, 523 und Kraus, Geschichte Bayerns, 250.

<sup>49</sup> Repgen, Papst, Kaiser und Reich, 480.

<sup>50</sup> Zurecht weist Kraus, Geschichte Bayerns, 250 darauf hin, daß die Behauptung der Oberpfalz und der Kurwürde auch im Interesse der katholischen Kirche lag, was doch mehr zählen sollte als nicht zu verwirklichende Ansprüche auf norddeutsche Bistümer.

<sup>51</sup> Bierther, 77. Wieso „aufwerfen“? Dies klingt so, als habe Maximilian eine ihm nicht zustehende Rolle usurpiert. Aber wer als der mächtigste Reichsstand nach dem Kaiser sollte die Führung denn sonst übernehmen?

federn der bayerischen Politik sieht sie nun auch den Pessimismus des Kurfürsten, der nur durch einen baldigen Frieden die politische und militärische Katastrophe des Reiches glaubte abwenden zu können, sowie dessen hohes Alter. Für den zentralen Punkt hält sie freilich immer noch die Bewahrung von Oberpfalz und Kurwürde, so daß die bayerische Politik „in gleichem Maße wie die des Kaisers von territorialstaatlichen und dynastischen Interessen bestimmt“ gewesen sei<sup>52</sup>. Bemerkenswert ist, daß Bierther im Zusammenhang der bayerischen Politik von „Staatsraison“ spricht, während sie diesen Begriff sonst nirgends verwendet; hat ihr da die Erkenntnis aufgeschimmert, daß im Falle Bayerns wenigstens die von ihr so oft beschworenen territorialstaatlichen und dynastischen Interessen sich im Einklang befanden, was beim Kaiser nicht der Fall war: Die Staatsraison Österreichs sprach für baldigen Friedensschluß, um nicht die oberrheinischen Gebiete weiteren Gefahren auszusetzen, das dynastische Interesse aber für Fortsetzung des Krieges an der Seite Spaniens. Vor allem aber wird die Behauptung, Maximilian sei es vor allem auf die Behauptung seiner Erwerbungen angekommen, sowie der weitere Vorwurf, das Wohl des Reiches sei für ihn zweitrangig gewesen, und er habe immer nur von anderen Opfer verlangt ohne selbst dazu bereit zu sein<sup>53</sup>, von den von Bierther aufgedeckten Tatsachen eher widerlegt als bestätigt. Dafür, daß der Kurfürst seinen Antrag auf Beratung des französischen Memorials durch den Reichstag zurückziehen ließ, waren nicht die kaiserlichen Drohungen, den bayerischen Standpunkt in der Pfalzfrage nicht weiter zu unterstützen, verantwortlich oder jedenfalls nicht hauptverantwortlich, sondern die Ankündigung des Kaisers, er werde die Pässe für die französischen Vertreter für Münster und Osnabrück zurückziehen, falls der Reichstag das Memorial trotz seiner beleidigenden Form offiziell zur Kenntnis nehme, sowie die Zurückhaltung des Mainzer Votums, die Maximilian zweifeln ließ, ob die französische Frage auf dem zuendehenden Reichstag noch abgehandelt werden könne. Er glaubte nicht mehr an einen Erfolg in dieser Angelegenheit, ja mußte – wenn der Kaiser die Pässe zurückzog – sogar kontraproduktive Effekte befürchten, und wollte nicht „ohn allen frucht“ die kaiserliche Unterstützung in Sachen Pfalz verlieren. Dies letztere Motiv erscheint jedoch in der angezogenen Weisung Maximilians<sup>54</sup> als sekundär<sup>55</sup>. Zudem gab es, wie Bierther selbst entdeckt hat, von Seiten des Kurfürsten durchaus Überlegungen, in der Pfalzfrage Opfer zu bringen, die auf eine alternierende Kurwürde mit Titel und Session im Kurfürstenrat für beide Kompetenten und geteiltem Reichsvikariat hinausliefen; auch wenn diese Gedanken geheim blieben, zeigen sie doch, wie Bierther selbst sagt, eine Bereitschaft zu „weitgehenden Zugeständnissen“<sup>56</sup>. Bemerkenswerterweise stammen diese Überlegungen aus dem Juli 1640, also noch aus der Zeit vor dem Auftauchen von Gerüchten über das beabsichtigte Eingreifen Englands in den Krieg. Ebenso liegt in der bayerischen Zustimmung, in den Reichsabschied einen Passus aufzunehmen, daß die Regelung der Pfalzfrage bei den künftigen Wiener Ausgleichsverhandlungen als in den Abschied eingerückt gelten solle, ein Zugeständnis, da man damit die Revisionsbedürftigkeit des Prager Friedens

<sup>52</sup> Ebd., 315 f.

<sup>53</sup> Ebd., 78. Bierther kündigt den „schlagenden Beweis“ für ihren Vorwurf an, doch er bleibt aus, wie im folgenden von mir dargelegt.

<sup>54</sup> Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Kasten schwarz 4374, fol. 410 f.

<sup>55</sup> Bierther, 276, insbesondere Anm. 118.

<sup>56</sup> Ebd., 81 Anm. 55.

grundsätzlich anerkannte und die reichsrechtliche Fixierung dieses Sachverhalts zuließ, und zwar ohne zunächst eine Gegenleistung der Pfalzgrafen zu erhalten<sup>57</sup>. Daß der bayerische Reichstagsgesandte Richel sich dagegen in der Frage der konfessionellen Gravamina sträubte, den Prager Frieden in Frage zu stellen<sup>58</sup>, zeigt zudem, wie unhaltbar es ist, gegen Kurfürst Maximilian den Vorwurf zu erheben, er habe die eigenen territorialen Interessen den kirchlichen stets vorangestellt. Offenbar wünschte er den Ausgleich mit den Protestanten, jedoch ohne ihnen andere als sehr begrenzte Zugeständnisse zu machen; diesem Kurs entsprach die im wesentlichen von Bayern durchgesetzte<sup>59</sup> Amnestie, bei der es sich ja nur um die Aufhebung einer Sonderregelung, des Prager Nebenrezesses, handelte. Doch kann man nicht, wie Bierther dies tut<sup>60</sup>, den Vorwurf erheben, der entschiedene bayerische Einsatz für die Amnestie habe bewirkt, daß der Reichstag über die schwedische Satisfaktion nicht beriet; aus Bierthers eigener Darstellung geht hervor, daß vor allem Sachsen und Brandenburg das Amnestieproblem vorher erledigt sehen wollten und die Mehrheitsverhältnisse im Fürstenrat für eine Behandlung der schwedischen Frage nicht günstig waren; daß Maximilian irrtümlich annahm, daß Frankreich und Schweden ihr Bündnis bereits erneuert hätten, läßt sich aus den von Bierther angezogenen Quellen ebenfalls nicht belegen<sup>61</sup>. Diese Ausstellungen sollten zur Genüge gezeigt haben, worin die Problematik der Arbeit Bierthers liegt: Sie geht von einem starren Schema – dem Postulat vom absoluten Vorrang der territorialen und dynastischen Interessen – aus und hat diese ihre Voraussetzung nicht genügend differenziert, um jedem einzelnen politischen Schritt gerecht werden zu können; damit wurde aber auch die Chance versäumt, zu einem inneren Verständnis der Reichstagspolitik Maximilians zu kommen.

<sup>57</sup> Ebd., 244.

<sup>58</sup> Ebd., 188 f.

<sup>59</sup> Ebd., 148.

<sup>60</sup> Ebd., 255.

<sup>61</sup> Ebd., 255 f. Der Bericht aus Solothurn (ebd., 256 Anm. 26) über eine Erneuerung des französisch-schwedischen Bündnisses datiert vom 28. 12. 1640. In der Weisung vom 18. 12. 1640 (ebd., 256 Anm. 27) konnte Maximilian daher – zumindest aufgrund dieser Quelle – noch nicht von einer Erneuerung der Allianz ausgehen.

#### 4. Die Mission Vervaux' nach Paris 1645

Die geheime diplomatische Mission, die den Beichtvater des Kurfürsten von Bayern, P. Johannes Vervaux S. J. im März/April 1645 inkognito nach Paris führte, war im Gegensatz zu der Einsiedelner Konferenz fünf Jahre früher schon den Zeitgenossen bald allgemein bekannt. Zuverlässige Nachrichten besaßen sie freilich nicht, sie waren auf unabsichtlich bekanntgewordene oder bewußt ausgestreute Gerüchte angewiesen. Im Zusammenhang mit diesen Gerüchten entstand eine anonyme Flugschrift, die unter verschiedenen Titeln umlief und sich in der ebenfalls anonymen, 1646 gedruckten Broschüre „Arcana Bavarica ab Austriaco quodam detecta scripto, quo rationes reddit, cur Domus Bavarica non consultum sit, ut Alsatia et Brisacum Gallis cedatur“ vorfindet<sup>1</sup>. Steinberger nimmt an, daß es sich bei dem Verfasser dieser „Tendenzschrift“ um den vorderösterreichischen Kammerpräsidenten und kaiserlichen Kongreßgesandten Isaac von Volmar handelte, einen Mann, dessen durch die vorderösterreichischen Interessen im Elsaß bedingte scharf ausgeprägte Gegnerschaft gegen die bayerische Elsaßpolitik durchaus einen Grund für einen publizistischen Angriff auf Bayern abgab<sup>2</sup>. Neben einer Reihe von Vorwürfen gegen die bayerische Pfalz- und Religionspolitik während der gesamten Dauer des Krieges wird vor allem der Vorwurf erhoben, Maximilian habe heimlich Briefe mit der französischen Regierung gewechselt und seinen Beichtvater P. Veriaccius nach Paris geschickt. Der bayerische Kurfürst sage, wenn man Friede mit Frankreich wolle, müsse das Elsaß und Breisach abgetreten werden; der Verfasser der Schrift fordert demgegenüber, die Belastung durch die französische Satisfaktion auf alle Schultern zu verteilen<sup>3</sup>. Ohne daß dies direkt ausgesprochen wird, läuft die ganze Tendenz des Pamphlets darauf hinaus, Bayern den Vorwurf zu machen, es begünstige Frankreich und pflege heimliche Kontakte mit dieser Macht, um eigene Verluste von sich abzuwenden. Eine bayerische Antwort auf die Flugschrift erfolgte durch P. Vervaux selbst. Zu den Briefen sagt er, Maximilian habe sie mit Wissen und Willen des Kaisers geschrieben; seltsam ist die Stellungnahme in Bezug auf die Reise des Beichtvaters, hier schreibt Vervaux: „hoc nomine <Veriaccius, d. V.> paulopost homo ignorans, Ephorum istum appellat. Quid inde? Misit non Veriaccium, sed alium conscio et probante Caesare“<sup>4</sup>. Welche Rücksichten Vervaux bewogen, die Tatsache der Gesandtschaft zu bestätigen, seine eigene Rolle dabei aber abzuleugnen, wird sich heute kaum mehr feststellen lassen, die Entstellung seines Namens durch den Anonymus, der den Beichtvater für einen Italiener namens Veriaccio gehalten zu haben scheint, mochte dabei Vervaux verstimmt haben oder doch als Rechtfertigung des Leugnens vor dem eigenen Gewissen

<sup>1</sup> Vgl. Steinberger, 47 (mit Anm. 2–6). Unter dem Titel „Rationes, cur ...“ ist die Flugschrift gedruckt bei Meiern II, 217 ff.

<sup>2</sup> Steinberger, 47.

<sup>3</sup> Meiern II, 217 ff.

<sup>4</sup> Adelzreitter III, 431.

dienen<sup>5</sup>. Auf den Inhalt der Verhandlungen geht Vervaux nicht ein, er weist nur die Unterstellung zurück, die in der Flugschrift erhoben worden war, es sei dabei um die Überlassung bayerischer oder bayerisch besetzter Festungen an die Franzosen und um die Stellung eines bayerischen Prinzen als Geisel beim Abschluß eines Neutralitätsvertrages gegangen<sup>6</sup>. Ein unklarer Widerhall der Verhandlungen Vervaux' findet sich auch bei Pufendorf, der direkt ausspricht, 1645 seien in Münster Gerüchte aufgetaucht, „Bavarum Gallorum amicitiae ambitiose adreperere“; Bayern strebe die Neutralität an und habe wegen Schutzes seiner Interessen in der Pfalzfrage mit Frankreich Kontakt aufgenommen. Auf schwedisches Verlangen hätten die Franzosen dann mitgeteilt, Maximilian habe seinen Beichtvater nach Paris geschickt, um Frankreich einem Waffenstillstand geneigt zu machen und den Frieden zu fördern<sup>7</sup>. Schließlich wußte auch Adami von der Vervaux-Mission, jedoch anscheinend ohne Kenntnis der Verhandlungsgegenstände<sup>8</sup>. Als Ergebnis läßt sich somit festhalten, daß die Tatsache, daß der kurfürstliche Beichtvater in Paris Verhandlungen geführt hatte, den zeitgenössischen Geschichtsschreibern gut bekannt war, über den Inhalt der Verhandlungen aber nur Unsicherheit und Verwirrung herrschen konnte, gab doch schon Pufendorf zwei unterschiedliche Ansichten wieder, und Vervaux, der es wissen mußte, hat dazu geschwiegen. So sind denn auch bei späteren Historikern die Ansichten über die Intention, von der der Kurfürst sich in dieser Sache leiten ließ, stark auseinandergegangen.

Eine neue Nachricht über den Inhalt der Verhandlungen findet sich bei Bougeant. Er teilt mit, erst bei der zweiten Audienz sei Vervaux mit den eigentlichen Absichten Maximilians herausgegangen: Sein Herr wünsche französische Protektion für sich und seinen Bruder, den Kurfürsten von Köln, sowie für den bayerischen, schwäbischen und fränkischen Reichskreis unter Vorbehalt der Pflichten gegenüber Kaiser und Reich und der Reichsunmittelbarkeit. Außerdem habe der Pater eine Denkschrift übergeben<sup>9</sup>. Die Aussagen Bougeants hat der bayerische Geschichtsschreiber Stadler direkt übernommen, doch fügt Stadler noch hinzu, das von Vervaux übergebene Schreiben habe vom Interesse der katholischen Religion gehandelt<sup>10</sup>. Stadler kommt sodann auf Mazarins Gegenforderungen zu sprechen, die zusammen mit seiner Weigerung, die bayerische Kurwürde sofort anzuerkennen, dazu geführt hätten, daß Maximilian sich zur Annahme eines Protektionsvertrages nicht entschlossen habe<sup>11</sup>.

<sup>5</sup> Steinberger 48 Anm. 2 zieht auch die Möglichkeit in Betracht, daß Vervaux bei der Abfassung der Passage daran dachte, daß er ja nicht unter eigenem Namen in Paris gewesen war.

<sup>6</sup> Adelzreiter III, 431. Bei den genannten Unterstellungen handelt es sich wohl um den Reflex der Überlegungen, die im Kreise der französischen Bevollmächtigten in Münster zum Problem eines Waffenstillstandes mit Bayern angestellt wurden (Vgl. Memorandum der französischen Gesandten vom 29. 8. 1645, in: Acta Pacis Westphalicae S. II Abt. B Bd. 2, Nr. 199, S. 637–641).

<sup>7</sup> Pufendorf, 595.

<sup>8</sup> Adami, 77.

<sup>9</sup> Bougeant III, 369 (Bougeant-Rambach II, 247 f.). Die Denkschrift abgedruckt bei Bougeant-Rambach, 248 ff. In ihr geht es um katholische Interessen im allgemeinen und in der Pfalzfrage im besonderen, was wiederum zu verschiedenen Interpretationen Anlaß gegeben hat.

<sup>10</sup> Stadler, 447.

<sup>11</sup> Ebd., 448. In Anm. y äußert Stadler unter Berufung auf Adelzreiter überhaupt Zweifel an Bougeants Darstellung.

Im neunzehnten Jahrhundert geht die außerbayerische Geschichtsschreibung auf die Mission Vervaux' zunächst noch nicht ein. Bei Buchner findet sich dagegen ein Abschnitt, der aber nur wenig über Stadler hinausführt, im Grunde genommen wird nur das, was sich dort schon findet, etwas präziser gefaßt<sup>12</sup>. Neu ist lediglich die Mitteilung, daß die Anregung zur Entsendung des Beichtvaters von Frankreich ausging<sup>13</sup>.

Einen Fortschritt brachte dann das Werk des Österreicher Koch, auch wenn dieser dadurch, der er nur die Wiener Quellen benutzte, gerade in die letzten Geheimnisse der Mission nicht eindrang; Koch nimmt vielmehr das, was der Kurfürst dem Kaiser mitteilte, für den ganzen Inhalt der Verhandlungen<sup>14</sup>, obwohl schon Bougeant durchschaut hatte, daß Maximilians Taktik darin bestehe, dem Kaiser von seinen Geheimverhandlungen mit Frankreich Mitteilung zu machen, dabei jedoch nicht alles aufzudecken<sup>15</sup>. So gibt denn Koch an, Friedenssehnsucht, die Überlegenheit der Schweden und die schlechte Kriegsführung der Kaiserlichen hätten Maximilian veranlaßt, 1644 durch den Nuntius Grimaldi in Paris anzuknüpfen<sup>16</sup>. Vervaux' Auftrag sei gewesen, einen Waffenstillstand anzubieten und sich nach den französischen Friedensbedingungen zu erkundigen. Ersteres sei glatt abgelehnt worden, zu letzterem habe der Beichtvater zwar nicht von Mazarin, aber von einem anderen französischen Minister erfahren, daß Frankreich das Elsaß, Breisach und Philippsburg behalten und für all das die Reichsstandschaft erwerben wolle. Koch zitiert aus einem Brief Maximilians an den Kaiser: Diese Forderungen seien zwar unbillig, doch müsse man sie um des Friedens willen akzeptieren<sup>17</sup>. Der zwischen München und Wien geführte Briefwechsel ist für Koch der Beweis, daß es sich bei den bayerisch-französischen Gesprächen um keine „einseitigen geheimen“ gehandelt habe und nicht über wechselseitige Unterstützung für die Behauptung der Oberpfalz bzw. des Elsaß verhandelt worden sei; der Kurfürst habe bei den Franzosen Vertrauen gewinnen wollen, sei aber dem „Vaterland“ treu geblieben<sup>18</sup>. Über den Inhalt der Vorschläge Vervaux' informiert Koch nur im Zusammenhang mit dem Besuch des Reichsvizekanzlers in München im August 1645; damals sei diesem mitgeteilt worden, daß die bayerischen Angebote sich auf einen allgemeinen oder besonderen Frieden – mit letzterem soll wohl ein Friede zwischen Frankreich und dem Reich gemeint sein –, „dann auf eine allgemeine Amnestie und nebstdem eine besondere für Bayern“ (sic!) gerichtet hätten<sup>19</sup>. Auf das Protektionsangebot ist Koch nicht eingegangen, da es eben in den Mitteilungen für den Kaiserhof nicht erwähnt wurde, außerdem scheint der Autor den Bericht des Vizekanzlers hinsichtlich der „Amnestie“ mißverstanden zu haben.

Nur eine zudem fehlerhafte<sup>20</sup> Zusammenfassung des bei Buchner und Koch vorgefundenen bietet Schreiber, wobei er in der Biographie Maximilians ausführlicher auf das Thema eingeht als in seiner Geschichte Bayerns. Die Initiative für die Entsendung des Jesuiten läßt Schreiber vom Bischof von Würzburg aus-

<sup>12</sup> Buchner, 400 ff.

<sup>13</sup> Ebd., 399.

<sup>14</sup> Koch II, 50 f.

<sup>15</sup> Bougeant III, 372 (Bougeant-Rambach II, 252).

<sup>16</sup> Koch II, 54.

<sup>17</sup> Ebd., 50 ff.

<sup>18</sup> Ebd., 54 ff.

<sup>19</sup> Ebd., 82.

<sup>20</sup> Z. B. Schreiber, Maximilian, 866: Bischof von Mömpelgard.

gehen<sup>21</sup>. Als Zweck der Mission bezeichnet er die Förderung des allgemeinen Friedens und die Gewinnung Mazarins für die Sache der deutschen Katholiken<sup>22</sup>. Vervaux habe einen allgemeinen Waffenstillstand<sup>23</sup> und auf eigene Faust die französische Protektion<sup>24</sup> vorgeschlagen. Schreiber setzt hinzu: „Maximilian setzte den Kaiser unumwunden von der ganzen Verhandlung in Paris in Kenntniß“<sup>25</sup>. Denk schreibt auch hier von Schreiber ab, nur daß er davon ausgeht, Maximilian habe nur mit Frankreich Waffenstillstand schließen wollen, um bei einem erfolgreichen Abschluß der Mission gemeinsam mit den Bischöfen von Bamberg, Würzburg, Eichstätt und Augsburg den Kaiser zum Bündnis mit Frankreich gegen Schweden und Protestanten aufzufordern<sup>26</sup>.

Eine völlige Neubewertung der Vervaux-Mission, freilich ohne Mitteilung irgendwelcher neuer Einzelheiten, nahm Jacob vor: Das Reichsinteresse sei dabei nur „Nebensache“, vielleicht gar nur „Täuschung“, der Hauptzweck der Verhandlungen aber die Gewinnung französischer Unterstützung in der Pfalzfrage gewesen, wofür Maximilian schon damals bereit gewesen sei, den Franzosen bei der Erwerbung des Elsaß behilflich zu sein. Jacob schildert den Verlauf der Audienzen bei Mazarin nur nach dessen Darstellung, schließt aber davon auf die bayerischen Absichten<sup>27</sup>. Unter diesen Voraussetzungen wird nun auch das von Vervaux übergebene Memorial ganz anders ausgelegt: Es habe von den speziellen Interessen Bayerns gehandelt<sup>28</sup>.

Unter wenn auch unzulänglicher<sup>29</sup> Benutzung bayerischer Quellen hat Egloffstein das Problem dargestellt; nach ihm hatte Vervaux den Auftrag, einen Waffenstillstand zwischen Frankreich und Bayern vorzuschlagen, den allgemeinen Frieden zu fördern und bei Mazarin darauf zu dringen, daß die Religionsgravamina nicht zum Thema des Westfälischen Kongresses gemacht würden; ferner habe ihm der Kurfürst ganz geheim befohlen, mit Frankreich einen Sondervertrag zu schließen, der Bayern französische Deckung verschaffen sollte, falls der Kaiser und Spanien sich wegen seiner Friedenspolitik gegen den Kurfürsten wenden sollten<sup>30</sup>. Die Ausdehnung dieses Protektionsantrages auf andere Reichsstände sei eine Eigenmächtigkeit des Unterhändlers gewesen<sup>31</sup>. Egloffstein hält die Mission für einen völligen Fehlschlag, der nur Mißtrauen bei Bayerns Verbündeten stiftete; dies liegt daran, daß er in der Waffenstillstandsofferte das Hauptziel Maximilians sieht; auf Jacobs Interpretation geht er gar nicht ein. Riezler<sup>32</sup> folgt der Darstellung Egloffsteins.

Eine etwas abweichende Schilderung bietet Steinberger. Während bei der ersten Audienz Mazarin sowohl einen Waffenstillstand zwischen Frankreich und dem Reich, als auch einen nur zwischen Frankreich und Bayern schroff abgelehnt

<sup>21</sup> Schreiber, Bayern, 758.

<sup>22</sup> Ebd. und Schreiber, Maximilian, 863.

<sup>23</sup> Schreiber, Maximilian, 863.

<sup>24</sup> Ebd., 866.

<sup>25</sup> Ebd., 867.

<sup>26</sup> Schaching, 260.

<sup>27</sup> Jacob, 48 ff. Welche Vorstellungen französischerseits über die bayerische Politik herrschten, vgl. Kraus, Maximilian und die französische Satisfaktion, 23.

<sup>28</sup> Jacob, 52.

<sup>29</sup> Kraus, Maximilian und die französische Satisfaktion, 22.

<sup>30</sup> Egloffstein, 20.

<sup>31</sup> Ebd., 22.

<sup>32</sup> Riezler, Baiern, 590 f.

habe, sei die zweite Audienz nicht ganz so ungünstig verlaufen: als Vervaux auf die Pfalzfrage zu sprechen kam, erklärte Mazarin, für den bayerischen Standpunkt wirken zu wollen, falls der Kurfürst seinerseits Frankreich bei seinen Wünschen behilflich sei. Insgesamt hält auch Steinberger die Mission für einen Mißerfolg<sup>33</sup>.

Ganz anders sieht die Interpretation Ritters aus: Er hat weniger nach dem genauen Inhalt der Vorschläge Vervaux' gefragt, sondern nach der politischen Konzeption Maximilians, die dahintersteckte. So meint er denn, daß die Anträge des Beichtvaters, „in deutliche Sprache übersetzt“, etwa besagen sollten: Frankreich wolle die vorderösterreichischen Lande am Rhein, Bayern die Kurwürde und die Oberpfalz behalten; die gegenseitige Förderung dieser Absichten empfehle sich durch die gemeinsame katholische Sache, das gemeinsame Verlangen nach Frieden in Deutschland und die geringe Dankbarkeit des Kaisers sowie das Übelwollen Spaniens gegenüber Bayern; vorerst solle man einen Waffenstillstand schließen, wozu Bayern notfalls auch ohne den Kaiser gemeinsam mit Kurköln und den drei oberen Kreisen bereit sei. Mazarin aber habe befürchtet, Maximilian wolle nur Frankreich von Schweden trennen und sich selbst einen Rückweg offenhalten, eine Ansicht, die Ritter durch das Verhalten der bayerischen Gesandten in Münster in der folgenden Zeit bestätigt sieht<sup>34</sup>. So sehr es zu begrüßen ist, daß Ritter die eigentlich wichtige Fragestellung gesehen hat, die nach dem Ort der Vervaux-Mission in der Friedenspolitik Maximilians, so bauen doch seine Aussagen auf zu unsicherem Fundament auf. Schweinesbein konnte zeigen, daß Vervaux durch seine Instruktion angewiesen war, die französischen Friedensbedingungen erst in Erfahrung zu bringen<sup>35</sup>; Maximilian konnte also unmöglich seine Unterstützung der Ansprüche auf die oberrheinischen Gebiete schon in Aussicht stellen.

Eine ganz eigenartige Ansicht vertritt Baur in seiner Biographie des Kurfürsten Philipp Christoph von Trier: Seiner Meinung nach war die Entsendung des Jesuiten ein „kühner Versuch“, Mazarin zu stürzen, indem die Regentin bewogen werden sollte, aus religiösen Gründen mit Habsburg Frieden zu schließen<sup>36</sup>. Worauf diese seltsame Ansicht sich gründet, hat Baur nicht angegeben.

Platzhoff gibt als Inhalt der Gespräche nur das bayerische Bemühen um Waffenstillstand und französischen Schutz an; über Territorialfragen sei erst in Münster verhandelt worden<sup>37</sup>. Er ist also eindeutig Egloffstein und nicht Ritter gefolgt, nur ersteren nennt er auch im Literaturverzeichnis des Paragraphen<sup>38</sup>.

Dickmann ist nicht konkret auf die Verhandlungen Vervaux' eingegangen; er begnügt sich damit, die Grundlinien der Politik Maximilians vor der Entsendung seiner Gesandten nach Münster darzustellen. Er geht dabei bis 1642 zurück und stellt fest, daß die Geheimkontakte mit Frankreich Ausdruck der „selbstbewußten Hoffnung“ Maximilians gewesen seien, „an der Spitze einer kurfürstlichen Partei vermittelnd zwischen die Großen Mächte zu treten und dem Reich den Frieden geben zu können“, daß aber nach dem Feldzug von 1644 diese Pläne eine Richtung

<sup>33</sup> Steinberger, 43 ff.

<sup>34</sup> Ritter, 624.

<sup>35</sup> Schweinesbein, 195. Dasselbe wäre allerdings schon dem vielgelästerten Koch zu entnehmen gewesen (Vgl. Koch II, 50 f.).

<sup>36</sup> Baur II, 146.

<sup>37</sup> Platzhoff, 219.

<sup>38</sup> Ebd., 221.

nahmen, die mehr vom französischen Interesse bestimmt war, „so daß sie schließlich Handlangerdiensten für die französischen Absichten verzweifelt nahe kamen“<sup>39</sup>. Eine derartige Differenzierung von Absichten und Wirkungen der bayerischen Politik ist sicher ein Fortschritt, auch wenn wohl Dickmanns Bemerkung im Frühjahr 1645 zeitlich zu früh angesetzt ist.

Wagner konnte dann nachweisen, daß die Vervaux-Mission intensiver mit dem Kaiser abgestimmt war, als man bisher angenommen hatte. Der Kaiser willigte sogar ein, Vervaux könne die Abtretung von Pinerolo sowie das Besatzungsrecht in Breisach oder die Abtretung einer Festung im Elsaß anbieten, äußerstenfalls die Abtretung Breisachs bis zur Volljährigkeit Ludwigs XIV.<sup>40</sup> In der Beurteilung stützt Wagner sich auf Egloffstein und Steinberger, hält also das Ergebnis der Mission für gering.

Auf breiter Quellengrundlage hat dann Schweinesbein die Instruktion des Kurfürsten für Vervaux und dessen Gespräche mit Mazarin umfassend dargestellt. Als Motive des Kurfürsten bei den 1643 einsetzenden Bemühungen um die Entsendung eines Vertreters nach Paris führt er an: das Bestreben, Klarheit über die Absichten Mazarins zu erhalten, französische Unterstützung in der Pfalzfrage zu gewinnen und sich für den Fall des Nichtzustandekommens der Universalfriedensverhandlungen den Weg zu einem bayerisch-französischen Sonderabkommen freizumachen<sup>41</sup>. Daß Maximilian, als 1644 die französische Einladung eintraf, die Entsendung eines ständigen Residenten vorgezogen hätte, legt Schweinesbein so aus, der Kurfürst habe sich in der „Rolle des Werbenden und Bittenden“<sup>42</sup> befunden. Daran ist zweifellos richtig, daß Bayern sich gegenüber der Großmacht Frankreich in der Position des schwächeren Verhandlungspartners befand, doch wäre zu fragen, ob Schweinesbein sich hierdurch nicht von vornherein zu sehr darauf festgelegt hat, alle Angebote, die Vervaux machen sollte, als ernstgemeint zu betrachten. Schweinesbein hat diese Angebote anhand der Instruktion und der Briefe, die für Vervaux ausgestellt wurden, in allen Einzelheiten aufzählen können. Dabei hat sich herausgestellt, daß eigentlich zwei Phasen vorliegen: Anweisungen, die Vervaux bereits vor seiner Abreise nach München erhielt, und solche, die ihm erst nachträglich brieflich mitgeteilt wurden. Die Instruktion enthielt den Auftrag, für die bayerische Position in der pfälzischen Frage durch Hinweise auf die gemeinsame Konfession und das eigene Interesse Frankreichs an einer möglichst geringen Macht der deutschen Calvinisten als Freunden der Hugenotten zu werben<sup>43</sup>. Die Frage eines Universalfriedens sollte Vervaux von sich aus gar nicht anschneiden, sollte aber Mazarin darauf zu sprechen kommen, dann sollte er den Kardinal dafür gewinnen, einer Regelung der innerdeutschen Streitfragen vor dem Generalfrieden zuzustimmen. Einer Diskussion innerdeutscher Fragen mit Ausnahme der pfälzischen sollte Vervaux ausweichen. Den Hintergrund für diese Anweisung, die klar zeigt, daß Vervaux' Entsendung nicht der Förderung des allgemeinen Friedens dienen sollte<sup>44</sup>,

<sup>39</sup> Dickmann, 234 f.

<sup>40</sup> Acta Pacis Westphalicae s. I Bd. 1, 342 f. Das Zugeständnis des Kaisers stammt vom 3. 4. 1645; da Vervaux aber vor der zweiten Audienz bei Mazarin erst Maximilians Brief vom 22. 3. (Vgl. Schweinesbein, 210) erhielt, blieb es praktisch ohne Folgen.

<sup>41</sup> Schweinesbein, 181.

<sup>42</sup> Ebd., 185.

<sup>43</sup> Schweinesbein, 190 ff.

<sup>44</sup> Damit sind die dahingehenden Anschauungen Kochs, Schreibers und Egloffsteins widerlegt.

sieht Schweinesbein<sup>45</sup> darin, daß Maximilian einen Separatfrieden des Reiches mit Frankreich und Schweden oder mit Frankreich allein für weit eher erreichbar hielt. Konkrete bayerische Friedensbedingungen sollte Vervaux nicht nennen, die französischen Bedingungen dagegen in Erfahrung bringen. Für die Dauer der Friedensverhandlungen sollte er einen Waffenstillstand vorschlagen, wenn möglich einen allgemeinen, notfalls aber auch einen nur zwischen Frankreich und dem Reich zu schließenden<sup>46</sup>. Eine allgemeine Berufung der Reichsstände der beiden niedrigeren Kollegien und eine Behandlung der konfessionellen Streitfragen auf dem Kongreß sollte Vervaux ablehnen<sup>47</sup>. Zum bayerisch-französischen Verhältnis sollte Vervaux sich nur vorsichtig äußern, um Mazarin nicht zu der Meinung zu verleiten, Bayern vom Kaiser trennen zu können; auf die Pflichten des Kurfürsten gegenüber Kaiser und Reich hatte er ausdrücklich hinzuweisen<sup>48</sup>. Weitere Anweisungen wurden Vervaux brieflich erteilt: Der erste Brief vom 15. 3. wurde unter dem Eindruck der Niederlage der Kaiserlichen gegen die Schweden bei Jankau geschrieben, von der Maximilian befürchtete, daß nun Schweden zum Nachteil der Katholiken im Reich mächtiger werde als Frankreich. Dementsprechend sollte Vervaux die Gefahr für den Katholizismus in den kaiserlichen Erblanden darlegen und vorbringen, es liege auch im französischen Interesse, die bayerischen Streitkräfte zu schonen, um Schweden nicht zu mächtig werden zu lassen; so sollte Mazarin für einen bayerisch-französischen Waffenstillstand gewonnen werden<sup>49</sup>. In einem zweiten Brief vom 22. 3. wies der Kurfürst seinen Beichtvater an, separate Verhandlungen in Paris für einen Friedensvertrag zwischen Frankreich einerseits, Kaiser und Reich andererseits unter Ausschluß von Spanien und Schweden vorzuschlagen, wobei Bayern beim Kaiser die Rolle des „Übermittlers und Fürsprecher“ der französischen Forderungen übernehmen wolle. Das Ergebnis dieser geheimen Verhandlungen sollte dann in Münster nur noch bestätigt werden. Als letztes Angebot sollte Vervaux den Protektionsvorschlag erwähnen, wobei der Einschluß Kölns ausdrücklich angeordnet und die Modalitäten im übrigen Vervaux überlassen waren, der selbst wissen müsse, was der Kurfürst ruhigen Gewissens akzeptieren könne<sup>50</sup>. Schweinesbein schildert dann ausführlich den Verlauf der Verhandlungen; wie er jedoch darauf kommt, daß die Gespräche über die Pfalzfrage dabei „für die bayerische Politik zweifellos die wichtigsten“<sup>51</sup> gewesen seien, hat er nicht begründet. Die von ihm selbst festgestellte Tatsache, daß Vervaux die pfälzische Frage erst im zweiten Gespräch erwähnte, läßt dies ebenso unwahrscheinlich erscheinen wie das Verhalten Maximilians, der in seinen brieflichen Zusatzinstruktionen eine ganze Reihe von neuen Gedanken äußert, darunter jedoch keinen zur Pfalzfrage. Überhaupt nicht eingegangen ist Schweinesbein auf die Frage, ob die weitergehenden Zugeständnisse überhaupt ernstgemeint waren, oder ob sie nur dazu dienen sollten, Frankreich von Schwe-

<sup>45</sup> Schweinesbein, 192 f.

<sup>46</sup> Ebd., 195 f.

<sup>47</sup> Ebd., 197 f. Jedoch sollte Vervaux mitteilen, Bayern habe nichts dagegen einzuwenden, wenn einzelne Reichsstände aus eigener Initiative erschienen.

<sup>48</sup> Ebd., 198.

<sup>49</sup> Ebd., 200.

<sup>50</sup> Ebd., 202 ff. Die ältere Ansicht Egloffsteins und Riezlers, der Einschluß Kurkölns und weiterer Reichsstände in den Protektionsvorschlag sei einer Eigenmächtigkeit Vervaux' entsprungen, ist also zu relativieren.

<sup>51</sup> Ebd., 211.

den zu trennen, was Zeitpunkt und Argumentation immerhin möglich erscheinen lassen. Was den Erfolg der Mission betrifft, lehnt Schweinesbein die Extrempositionen von Egloffstein und Jacob ab, seine eigene Einschätzung fällt etwas günstiger als die Steinbergers aus: Zwar sei die Entsendung des Beichtvaters auf den ersten Blick ein „völliger Mißerfolg gewesen“, aber in Wirklichkeit sei es ein für Maximilian wichtiges Ergebnis gewesen, zu wissen, daß er mit französischer Unterstützung in der pfälzischen Frage rechnen könne, wenn er seinerseits die französischen Forderungen unterstütze<sup>52</sup>. Ruppert erklärt Maximilians Plan einer Verständigung mit Frankreich für einen „leeren Wahn“<sup>53</sup>, ohne deutlich zu machen, ob er hier nur die Einstellung des Wiener Hofes referiert oder ob dies seine eigene Meinung ist. Er hält die Mission für einen Mißerfolg auf der ganzen Linie, da Mazarin auch in der Pfalzfrage alles offen gelassen habe und die Gelegenheit zusätzlich nützte, Mißtrauen gegen Bayern zu säen – dazu Rupperts abschließender Kommentar: „Vollständiger konnte man die bayerische Politik nicht in den Dienst Frankreichs spannen“<sup>54</sup>. Daß dies keineswegs zutrifft, sollten jedoch die folgenden bayerisch-französischen Verhandlungen in Münster sowie die militärischen Ereignisse des Jahres 1645 zeigen.

Kraus<sup>55</sup> nimmt im Gegensatz zu Ruppert das Protektionsangebot nicht ernst, da Maximilian nie darauf zurückkam; gleichzeitig verweist er auf die Skepsis Mazarins, der befürchten mußte, das bayerische Angebot ziele auf die Trennung Frankreichs von Schweden hin. Freilich ist auch dies nur eine Vermutung; welche Absichten der Kurfürst letztlich mit der Entsendung Vervaux' verfolgte, ist noch immer nicht geklärt.

Daß hier keine Einigkeit besteht, zeigen gerade die jüngsten Aufsätze von Bireley und Albrecht. Während ersterer nämlich das Ziel Maximilians darin sieht, Frankreich zur Zurückziehung seiner Hilfe für Schweden zu veranlassen<sup>56</sup>, also ein im weitesten Sinne konfessionspolitisches Motiv in den Vordergrund rückt, geht Albrecht – freilich sehr knapp – im Zusammenhang der Vervaux-Mission nur auf die Pfalzfrage ein<sup>57</sup>.

<sup>52</sup> Ebd., 211.

<sup>53</sup> Ruppert, 68.

<sup>54</sup> Ebd., 70 f.

<sup>55</sup> Kraus, Maximilian und die französische Satisfaktion, 28 f.

<sup>56</sup> Bireley, 104.

<sup>57</sup> Albrecht, Kriegs- und Friedensziele, 265.

## 5. Die bayerische Politik gegenüber Frankreich auf dem Westfälischen Friedenskongreß

Wenn von der Politik die Rede ist, die Kurfürst Maximilian von Bayern auf dem Westfälischen Friedenskongreß im Hinblick auf Frankreich betrieb, stößt man immer wieder auf einige meist mit negativen Wertungen verbundene Behauptungen: er habe die französischen Ansprüche im Elsaß begünstigt, um sich der Rückendeckung der Franzosen für die Behauptung der Oberpfalz und der Kurwürde zu versichern, und dadurch einen Erfolg der auf die Erhaltung des Elsaß gerichteten kaiserlichen Politik verhindert; er habe gar das Maß der kaiserlichen Konzessionsbereitschaft in der Elsaßfrage an die Franzosen verraten und so die Verhandlungsstrategie des kaiserlichen Botschafters Graf Trauttmansdorff zu nichte gemacht; er habe verschuldet, daß Frankreich die Festung Breisach abgetreten wurde zu einem Zeitpunkt, als es schon bereit war, darauf zu verzichten, ja habe die Franzosen erst veranlaßt, Breisach zu fordern; er habe aus konfessionellem Egoismus zum Schaden des Reiches eine Stärkung des katholischen Frankreich begünstigt. Im Verlauf eines chronologischen Durchgangs durch die Historiographie wird zu zeigen sein, seit wann und von welcher Seite diese Vorwürfe erhoben worden sind, wobei gegebenenfalls auf Quellen hingewiesen werden soll, die schon zum damaligen Zeitpunkt eine Behauptung als unhaltbar hätten erweisen können. Wenn dagegen eine Ansicht erst durch spätere Forschungen widerlegt worden ist, erfolgt die Korrektur erst am chronologisch zuständigen Ort.

Der Vorwurf bezüglich Breisachs stammt schon von Pufendorf, der dabei wohl auf den Ansichten der zeitgenössischen schwedischen Politiker und Diplomaten fußt; Pufendorf meint, Maximilian habe durch ein Breisach in französischer Hand Sicherung vor seinen zahlreichen Feinden im Reich gesucht und daher die andernfalls leicht mögliche Erhaltung dieser Festung für Österreich unmöglich gemacht<sup>1</sup>.

Pfanner nennt den bayerischen Kurfürsten den Urheber der Abtretung der elsässischen Gebiete, als Beweggründe führt er den Ehrgeiz, die Freundschaft Frankreichs zu erwerben, sowie die Überlegung, daß der Friede wohl den Verzicht auf diese Territorien wert sei, an<sup>2</sup>. Als Quelle wird ein Brief des württembergischen Gesandten Forstner an den schwedischen Residenten Rosenhane vom 17. 8. 1646 namhaft gemacht, der aber tatsächlich mehr auf das konfessionelle Interesse Bayerns und sein Bestreben, Schaden von sich selbst abzuwenden, abhebt<sup>3</sup>. Wenn Pfanner weiter angibt, die Schweden hätten Trauttmansdorff an-

<sup>1</sup> Pufendorf, 666. Die Schweden hatten diese Auffassung möglicherweise von Contarini übernommen, in dessen Schlußrelation beinahe dieselbe Formulierung auftaucht wie bei Pufendorf (Vgl. Contarini, 320).

<sup>2</sup> Pfanner, 321.

<sup>3</sup> Die Briefe Forstners erschienen anonym im Jahre 1656 unter dem Titel „Epistolae negotium pacis Osnabrugo-Monasteriensis concernentes (Vgl. Heigel, 411 Anm. 1), jetzt bei Meiern III, Einleitung.

gebliche Briefe des Kurfürsten gezeigt, in denen dieser angeboten habe, die kaiserlichen Pläne zu zerstören und dafür zu sorgen, daß Frankreich den Kaiser nicht mehr zu fürchten habe, so wird deutlich, wer offensichtlich die Absicht verfolgte, gegen Bayern wegen seiner Kontakte zu Frankreich Mißtrauen zu säen<sup>4</sup>.

Daneben scheint auch der venezianische Vermittler Contarini es darauf angelegt zu haben, Mißtrauen zwischen Österreich und Bayern zu stiften; Meiern teilt mit, er habe den Kaiserlichen gesagt, bei den bayerisch-französischen Kontakten gehe es darum, daß Frankreich Bayern „Pfalz“ (sic!) und Kurwürde erhalte, Bayern aber „mit aller seiner Macht“ Frankreich zu Breisach und den habsburgischen Gebieten im Elsaß ver helfe<sup>5</sup>. Meiern berichtet dann an anderer Stelle, wie die bayerischen Gesandten mit den französischen deren Forderungen besprachen und dabei mit Ausnahme von Breisach, Neuenburg und Philippsburg eine Beschränkung auf linksrheinische Gebiete erreichen konnten, und wie sie dann diese ermäßigten Forderungen den Kaiserlichen mitteilten. Von der Pfalz sagt Meiern dabei nichts, wohl aber, daß die Bayern unter Hinweis auf den Anmarsch der Armee Turennes mit dem Abschluß eines Sondervertrags mit Frankreich drohten, falls nicht bald eine Einigung über die französischen Gebietsansprüche zustandekomme<sup>6</sup>. Was die Verhandlungen über Breisach betrifft, so berichtet Meiern zwar vom Drängen der Bayern, auch hier endlich zu einer Lösung zu gelangen, doch berichtet er auch, die Franzosen hätten behauptet, vom kaiserlichen Residenten in England und dem österreichischen Deputierten im Corpus Catholicorum informiert zu sein, daß der Kaiser bereits in die Abtretung der Stadt eingewilligt habe<sup>7</sup>. Dieser Hinweis ist jedoch in der Folgezeit nicht beachtet und statt dessen mehrfach Maximilian für die Indiskretion verantwortlich gemacht worden.

Abgewogener als Contarini hat Adami geurteilt, der schreibt, die Bayern hätten geglaubt, „generatim“ den Friedensverhandlungen und „speciatim“ den Verhandlungen über die pfälzische Frage zu nützen, wenn sie den Kaiser veranlaßten, den Franzosen entgegenzukommen. Freilich kritisiert er auch die bayerische Politik, da sie die Feinde gereizt habe, ihre Forderungen zu erhöhen<sup>8</sup>. Bougeants Darstellung, die sich natürlich hier auf eine wesentlich günstigere Quellenlage stützen konnte, zeigt ganz klar, daß es Frankreich, und nicht Bayern war, das die Initiative für die bei den westfälischen Friedensverhandlungen sich ergebende Annäherung übernahm, und daß Mazarin den Gedanken entwickelte, Maximilian dadurch für eine Abtretung von Reichsgebieten an Frankreich zu gewinnen, daß man ihn überzeugte, ein Eintreten für französische Interessen werde das beste Mittel sein, Kurwürde und Oberpfalz für Bayern zu behaupten<sup>9</sup>. Es ging also für die französische Diplomatie zunächst einmal nur darum, Bayern zu veranlassen, die französischen Forderungen zu billigen, und schon dafür sollte Bayern ein Preis gezahlt werden,

<sup>4</sup> Pfanner, 344 f.

<sup>5</sup> Meiern I, 537 f. Über die Motive Contarinis, die dem Vermittler gebotene Diskretion derart zu verletzen, kann man nur Vermutungen anstellen. Glaubte er tatsächlich an einen derartigen Zusammenhang oder handelte er aus verletztem Stolz, da Bayern sich eine Vermittlerrolle zwischen Kaiser und Frankreich anzumaßen schien (Vgl. *Acta Pacis Westphalicae* s. II Abt. A Bd. 2, Nr. 193, S. 388 f.)? Möglich ist auch, daß Contarini aus Gegnerschaft zu Mazarin (Vgl. Odhner, 125) dessen Politik stören wollte und den Hebel bei den empfindlichen bayerisch-französischen Kontakten glaubte ansetzen zu sollen.

<sup>6</sup> Meiern III, 3 ff.

<sup>7</sup> Ebd., 28.

<sup>8</sup> Adami, 204. Adami spricht von „*infirmae hujusmodi cogitationes*“ der Bayern.

<sup>9</sup> Bougeant III, 33, 58, 354 ff. (Bougeant-Rambach II, 23 f., 36, 239).

der nur denkbar ist, wenn Mazarin andernfalls mit bayerischen Widerstand gegen seine Pläne rechnete; es kann also gar keine Rede davon sein, daß erst die Bayern Frankreich veranlaßten, seine Forderungen so hoch zu schrauben; dennoch sollte dies mehrmals von Historikern behauptet werden. Erst die Nachrichten vom Anrücken der Armee des Herzogs von Enghien im Sommer 1645 veranlaßten nach Bougeant die Bayern zu einer konzilianteren Haltung gegenüber den französischen Absichten; erst nach der Schlacht bei Alerheim aber seien sie bereit gewesen zuzusagen, der Abtretung der habsburgischen Gebiete im Elsaß an Frankreich nicht widersprechen zu wollen, wobei zugleich der bayerische Wunsch nach einem Waffenstillstand vorgebracht worden sei<sup>10</sup>. Erst etwas später seien die bayerischen Unterhändler auch auf die Pfalzfrage zu sprechen gekommen, doch hätten sie immer nur von billigen Friedensbedingungen gesprochen, die Frankreich gewährt werden sollten, ohne irgendwelche konkreten Zusagen zu machen, so daß die Franzosen ihnen nicht trauten<sup>11</sup>. Bougeant bringt den Verlauf der bayerisch-französischen Sondierungen immer wieder in direkten Zusammenhang mit den militärischen Operationen, etwa beim angeblichen Abbruch der Unterhandlungen im Herbst 1645 oder beim bayerischen Drängen auf Bewilligung der französischen Forderungen bezüglich Philippsburgs<sup>12</sup>. Nur anlässlich des bayerischen Drucks auf Bewilligung Breisachs meint er, Maximilians Handlungsweise sei davon bestimmt gewesen, sich des französischen Schutzes seiner Interessen würdig zu erweisen<sup>13</sup>.

Von den bayerischen Geschichtsschreibern des 18. Jahrhunderts geht nur Stadler auf die Frankreichpolitik des Kurfürsten ein. Er hält sich dabei an die Auffassung seines Ordensbruders Bougeant und meint, der Kurfürst habe sich Frankreich genähert, weil er sah, daß er diesem auf die Dauer militärisch nicht standhalten konnte, aber auch, um mit Hilfe der Gunst Frankreichs Kurwürde und Oberpfalz um so leichter zu behaupten<sup>14</sup>.

Schmidt hat sich aus seiner im Grundsatz habsburgfreundlichen Haltung heraus bei der Beurteilung der Frankreichpolitik Maximilians im Ton zwar weitgehende Mäßigung auferlegt, in der Sache aber schwere Vorwürfe erhoben. Ohne Bayern ausdrücklich zu nennen, gibt er an, das aus „zu großer Begierde nach Frieden“ resultierende Verhalten der katholischen Partei gegenüber den Franzosen habe den Kaiserlichen Sorge bereitet, wobei manche katholischen Reichsstände auch Vorteile für sich selbst mit französischer Hilfe hätten durchsetzen wollen<sup>15</sup>. Die Abtretung des Elsaß hält Schmidt freilich für durch die Machtverhältnisse bedingt; Bayern dringt nur darauf, dieses unvermeidliche Zugeständnis rechtzeitig zu machen<sup>16</sup>. Auch auf die Abtretung Breisachs drängt der Kurfürst nur aus einer von den Franzosen mißbrauchten Friedensliebe<sup>17</sup>. Die Einräumung des Besatzungsrechts in Philippsburg und den darauf abzielenden bayerischen Druck auf den Kaiser stellt Schmidt wie Bougeant in Zusammenhang mit der französischen Offensive, doch behauptet er auch, Maximilian habe den Franzosen heimlich ver-

<sup>10</sup> Bougeant III, 535 f. (Bougeant-Rambach II, 364).

<sup>11</sup> Bougeant III, 540 f. und 543 f. (Bougeant-Rambach II, 367 f. und 370 f.).

<sup>12</sup> Bougeant III, 569 f. und IV, 286 f. (Bougeant-Rambach II, 385 f. u. 597).

<sup>13</sup> Bougeant IV, 253 (Bougeant-Rambach II, 576).

<sup>14</sup> Stadler, 446.

<sup>15</sup> Schmidt XI, 102 f.

<sup>16</sup> Ebd., 115 f.

<sup>17</sup> Ebd., 146. Schmidt spricht von dem „Wahn, daß wenn nur die Franzosen zufrieden gestellt wären, nichts leichter würde zu haben seyn als der Friede“.

sichert, er wünsche eine französische Besatzung in jener Stadt aus Gründen der Sicherheit der Katholiken in ihrer Umgegend<sup>18</sup>. Bei dieser aus französischer Quelle geschöpften Mitteilung muß man allerdings die Tatsache bedenken, daß der Landesherr von Philippsburg, der frankreichfreundliche Kurfürst von Trier und Fürstbischof von Speyer damals das französische Besatzungsrecht bereits eingeräumt hatte und daß bei einer Restitution der Unterpfalz die Katholiken am nördlichen Oberrhein tatsächlich zwischen die großen protestantischen Territorien von Pfalz, Baden-Durlach und Württemberg zu wohnen kamen, dem bayerischen Kurfürsten hier also das konfessionelle Interesse tatsächlich vordringlich erscheinen konnte. Schwerer wiegen die Vorwürfe, die Schmidt an anderen Stellen erhebt: Maximilian habe sich dem „vielleicht nicht ungegründeten“ Verdacht ausgesetzt, nach der Schlacht bei Mergentheim die geschlagenen Franzosen bewußt geschont zu haben<sup>19</sup>; daß dadurch auch die eigene Armee für kommende schwere Kämpfe geschont wurde, beachtet Schmidt nicht. Wesentlicher noch ist der Vorwurf, den Franzosen vorzeitig verraten zu haben, daß der Kaiser bereit sei, auf die linksrheinischen Besitzungen seines Hauses zu verzichten; in Paris habe man das sowohl durch geheime Nachrichten aus Wien, als auch durch Bayern gewußt<sup>20</sup>.

Die Linie, die bayerische Annäherung an Frankreich vorwiegend auf die militärische Lage zurückzuführen, hat auch Barthold fortgesetzt. Er setzt den Beginn einer aktiven Frankreichpolitik Maximilians in den Herbst 1645 an: Bei der Freilassung des kriegsgefangenen französischen Marschalls Grammont habe der Kurfürst an die Solidarität der katholischen Mächte appelliert, sich von Spanien distanziert und seine Absicht durchblicken lassen, Frankreich Satisfaktion und einen Frieden mit dem Reich zu verschaffen. „Augenblickliche Besorgnis“ habe den „verstimmtten alten Herrn“ dazu getrieben. Doch kaiserliche Truppenhilfe für die bedrängte bayerische Armee habe die „Krisis böser Versuchung“ behoben<sup>21</sup>. Im folgenden Jahre aber habe Maximilian sich von Mazarin mit dem Versprechen „einschläfern“ lassen, Frankreich wolle dafür sorgen, daß die Kurwürde und die Oberpfalz bei Bayern blieben, wenn dieses auf die Abtretung des Elsaß dränge, und sei der französischen „Einflüsterung“ erlegen, der Friede werde schnell erreichbar sein, wenn nur Frankreich erst seine Satisfaktion habe<sup>22</sup>. Als der Friede dann nicht bald zustandekam, habe Maximilian sich enttäuscht von Frankreich vorerst wieder abgewandt<sup>23</sup>. Erstaunlich ist das Urteil, Maximilian „allein“ habe Frankreich seinen Gewinn zu verdanken<sup>24</sup>, denn wenn dieser vorwiegend aus Gründen der bedrängten Kriegslage handelte, so war es eben die militärische Stärke der Franzosen, die es notwendig machte, ihre Forderungen soweit zu befriedigen, daß sie ihre wesentlichen Kriegsziele als erreicht ansehen konnten.

Unter den deutschsprachigen Historikern hat erstmals Buchner erkannt, daß die Kontakte in Münster auf französische Initiative zustandekamen, die französischen Vertreter von den bayerischen Absichten benachrichtigt sein wollten<sup>25</sup>. Im

<sup>18</sup> Ebd., 151.

<sup>19</sup> Ebd., 116 f.

<sup>20</sup> Ebd., 115.

<sup>21</sup> Barthold II, 526 ff.

<sup>22</sup> Ebd., 541 f.

<sup>23</sup> Ebd., 544 u. 552.

<sup>24</sup> Ebd., 561.

<sup>25</sup> Buchner, 397.

Mittelpunkt der Verhandlungen zwischen den bayerischen und französischen Gesandten zu Münster im August 1645 stand für Bayern nach der Darstellung Buchners eindeutig der Wunsch nach einem Waffenstillstand, ohne daß die Bayern bereit gewesen wären, um dessentwillen alle französischen Bedingungen anzunehmen. Wie einst Bougeant, auf den er sich unter anderem stützt, nimmt auch Buchner an, daß die Verhandlungen zum Erliegen kamen, als die unmittelbare Gefahr für Bayern, die nach der Schlacht bei Alerheim gegeben schien, abgewendet war<sup>26</sup>. Abschließend meint Buchner: „der Churfürst hätte klug gehandelt, wenn er diesen ihm angebotenen vorteilhaften Waffenstillstand und in die Forderungen Frankreichs, was er am Ende doch thun mußte, eingegangen wäre“<sup>27</sup>. Aber Versprechungen der Kaiserlichen hätten ihn verleitet, mit dem Abbruch der Verhandlungen einen Fehler zu begehen, den er später bereut habe<sup>28</sup>. Auf die weiteren Stadien der Frankreichpolitik des Kurfürsten geht Buchner nicht ein, er verteidigt lediglich diesen gegen den Vorwurf, einen schwankenden Kurs gesteuert zu haben, mit dem Argument, daß das bei einer Macht mittlerer Größe gar nicht anders sein könne; an Österreich habe Maximilian, „Moral, Religion, Blutsverwandtschaft“ gebunden, an Frankreich die „eigentliche Politik“, da nur Frankreich Bayern bei Kurwürde und Oberpfalz erhalten wollte und dies – anders als Österreich – auch konnte<sup>29</sup>. Buchner gehört somit noch einer Tradition an, die die Annäherung Maximilians an Frankreich aus der politischen, vorwiegend aber militärischen Lage des bayerischen Staates erklärt; als Verfechter der Interessen dieses Staates kritisiert Buchner den Kurfürsten nur deswegen, weil er nicht konsequent genug alle Rücksichten auf Kaiser und Reich fahren ließ.

Etwa zur gleichen Zeit aber setzt eine Tradition ein, hinter der frankreichfreundlichen Politik Maximilians nicht den Zwang einer Notlage und den Wunsch nach Frieden, sondern die Verfolgung egoistischer territorialer oder konfessioneller Interessen zum Schaden des Reiches zu sehen. Dabei finden dann auch die Beschuldigungen, die Pufendorf und Pfanner erhoben hatten, wieder ihren Platz, ohne daß sich im einzelnen nachweisen läßt, daß sie direkt von diesen Historiographen übernommen wurden. So findet Ranke es merkwürdig, daß Bayern im Felde den Franzosen „tapfersten“ Widerstand entgegengesetzte, auf diplomatischem Parkett aber in „nur allzu nahe Verbindung“ mit ihnen trat, so daß es geradezu ihr „Verbündeter“ wurde. Dabei sieht Ranke den Kurfürsten von folgender Argumentationskette geleitet: Die Erfolge der Schweden zwingen den Kaiser, diesen den Besitz protestantischer Hochstifte in Norddeutschland in Aussicht zu stellen; dadurch wächst die Macht der Protestanten im Reich; dies bedeutet Gefahr für die Position Bayerns; vor dieser Gefahr kann Bayern sich durch Anlehnung an Frankreich sichern, vor allem, was den Besitz der Kurwürde betrifft; das Mittel, um Frankreichs Gunst zu gewinnen, ist, ihm das Elsaß in die Hände zu spielen, zumal der Kurfürst das Elsaß sowieso gerne in den Händen der katholischen Franzosen sah<sup>30</sup>. Ranke hat sich für seine Ansicht auf eine Äußerung Contarinis gestützt, die aber erstens wesentlich allgemeiner gehalten ist<sup>31</sup>, zweitens nur die Meinung

<sup>26</sup> Ebd., 413–422.

<sup>27</sup> Ebd., 423.

<sup>28</sup> Ebd., 423 f.

<sup>29</sup> Ebd., 456.

<sup>30</sup> Ranke, 27 ff.

<sup>31</sup> Contarini spricht nur davon, Bayern verfechte die Interessen Frankreichs „per essere da questa corrisposto nel sostenimento degli interessi proprii“.

dieses Bayern nicht wohlgesinnten Gesandten über die bayerische Politik darstellt. Zudem ist überhaupt nicht einsichtig, warum es den deutschen Katholiken hätte von Nutzen sein sollen, wenn elsässische Gebiete aus der Herrschaft der katholischen Habsburger in die der katholischen Bourbonen übergingen. Ranke schreibt weiter, Maximilian habe dem Kaiser gedroht, wenn er die französischen Vorschläge nicht annehme, ihn zu verlassen, wodurch das Reich in eine französische und eine schwedische Hälfte zerfallen werde<sup>32</sup>. Nachdem er das Verhältnis zu Frankreich als derart eng geschildert hat, muß es Ranke natürlich erstaunlich finden, daß Bayern überhaupt noch an der Seite des Kaisers ausharrte; so urteilt er, was Maximilian getrieben habe, sei eine „Politik, für die sich bei jedem einzelnen Schritte etwas sagen ließ, die aber in schreiendem Widerspruch mit sich selbst gerieht und ... verderblich werden mußte“<sup>33</sup>.

Das hohe Ansehen Rankes führte dazu, daß seine Ansichten besonders von unselbständigen Geschichtsschreibern gerne übernommen wurden. So schreibt Keym, Maximilian habe durch die Festsetzung der Franzosen im Elsaß dem Katholizismus einen „festen Halt am Rheine“ schaffen wollen, Mazarin habe ihm versprochen, für die Rekatholisierung der dortigen Gebiete Sorge zu tragen<sup>34</sup>. Während Keym, passend zur Tendenz seines Buches, somit das konfessionelle Element in der Argumentation Rankes aufnimmt, haben protestantische Autoren besonders den angeblichen Zusammenhang zwischen der Abtretung des Elsaß und der Regelung der Kurfrage herausgestellt, etwa Paulig<sup>35</sup>, in besonders extremer Weise Rocholl, der von der „verräterischen Politik“ des bayerischen Kurfürsten spricht, der nur auf die „eigene Würde“ und die „Sache des Papstes“ bedacht gewesen sei<sup>36</sup>. Dabei hätte sowohl Ranke wie seinen Nachfolgern bekannt sein können, daß ein derart enger Zusammenhang zwischen der Kurfrage und dem bayerischen Drängen auf die Abtretung der elsässischen Gebiete nicht bestand. Wie aus bereits bei Gärtner abgedruckten französischen Quellen hervorgeht, waren die Franzosen schon im Spätherbst 1645 bereit, Bayern den Verbleib der Kurwürde zu garantieren<sup>37</sup>, während sie sich der bayerischen Haltung in der Elsaßfrage noch nicht sicher waren<sup>38</sup>. Zwar gingen die Franzosen immer wieder davon aus, daß die wechselseitige Unterstützung des Interesses im Sinne eines Tauschgeschäftes erfolgen solle<sup>39</sup>, aber noch im März 1646 versuchten sie, die Bayern zu einer verbindlichen Erklärung über die französische Satisfaktion zu veranlassen<sup>40</sup>. Nichts spricht deutlicher gegen die These, Bayern habe Frankreich erst veranlaßt, das Elsaß zu fordern.

Nicht in die herrschende Tendenz eingestimmt ist Koch; er widerspricht ihr

<sup>32</sup> Ranke, 29. Als Quelle wird Adami angegeben, doch ist an der zitierten Stelle nur von der Drohung mit dem Waffenstillstand die Rede, nicht von weitergehenden Folgen (Adami, 318).

<sup>33</sup> Ranke, 30.

<sup>34</sup> Keym, 699.

<sup>35</sup> Paulig, 284.

<sup>36</sup> Rocholl, 20.

<sup>37</sup> *Acta Pacis Westphalicae* s. II Abt. B Bd. 2, Nr. 256, S. 827–832, schon bei Gärtner VI, Nr. 150, S. 686 ff. (Brienne an Münster, 1645 XI 11) und ebd. VII, Nr. 16, S. 52 ff. (Ludwig XIV. an Münster, 1645 XII 9).

<sup>38</sup> Ebd., Nr. 29, S. 158 ff. (Brienne an Münster, 1645 XII 16).

<sup>39</sup> Vgl. z. B. ebd. VI, Nr. 49, S. 245 ff. (Ludwig XIV. an Münster, 1645 IX 23).

<sup>40</sup> *Négotiations secrètes* III, 118 ff.; Gärtner VIII, Nr. 95, S. 542 ff. (Münster an Brienne, 1646 III 17).

vielmehr ausdrücklich, indem er feststellt, daß Maximilian erst 1645 aus Münster von den französischen Ansprüchen erfahren habe<sup>41</sup>. Darüberhinaus folgert er aus der Korrespondenz des Kurfürsten mit dem Kaiser, daß jener bei seinen Aktionen die schnellere Herbeiführung des Friedens im Auge hatte<sup>42</sup>. Man mag einwenden, daß Maximilian dem Kaiser gegenüber seine wahren Beweggründe verbergen mochte, nicht zu widerlegen ist der Einwand Kochs, daß die Abtretung des Elsaß angesichts des Machtverhältnisses unabwendbar war und es nur dem Gebot der Klugheit entsprach, wenn Maximilian es gegenüber den Franzosen so darstellte, daß sein Einfluß wesentlich dazu beigetragen habe, den Entschluß des Kaisers zur Reife zu bringen<sup>43</sup>. Durch seine Ansicht, daß es für Bayern um „Sein oder Nichtsein“ gegangen sei, wo von „Eigennutz“ nicht mehr gesprochen werden könne<sup>44</sup>, lenkt Koch noch einmal in die Bahnen der Historiographie der ersten Jahrhunderthälfte zurück. Selbst wenn der Kurfürst nach Kochs Meinung zu ungeduldig war, so rechtfertigt sich dies doch durch die aus Verantwortungsbewußtsein geborene Besorgnis, zu sterben, bevor der Krieg beendet sein sollte und dem unmündigen Sohn das Land in einer höchst gefährvollen Lage überlassen zu müssen<sup>45</sup>. Wenn auf kaiserlicher Seite dennoch Volmar die Beschuldigung erhoben habe, Bayern habe für die Kurwürde das Elsaß preisgegeben, so liege das an der einseitigen Orientierung dieses Diplomaten an den Interessen Vorderösterreichs, die ihn den Gedanken entwickeln ließ, die französische Satisfaktion auf die lange Bank zu schieben, was nur zur Folge hätte haben können, daß Frankreich später noch schwerer zu befriedigen gewesen wäre. Diese Entwicklung verhindert zu haben, sei mit das Verdienst Maximilians, auch wenn dessen „sanguinische Hoffnungen“, nach Erledigung der Satisfaktion mit den restlichen, insbesondere den konfessionellen Fragen schnell und ohne wesentliche Zugeständnisse an die Protestanten fertig zu werden, unzutreffend gewesen seien<sup>46</sup>. Die schon von Pufendorf aufgestellte und in dem im selben Jahre wie das Werk Kochs veröffentlichten Bericht Contarinis anzutreffende Behauptung<sup>47</sup>, Bayern habe Frankreich geraten, Breisachs Abtretung zu verlangen, hält Koch für das Ergebnis einer französischen Verleumdung<sup>48</sup>.

Koch ist mit seiner Verteidigung Maximilians zu seiner Zeit allein geblieben. Selbst der bayerische und dem Kurfürsten im allgemeinen überaus wohlgesonnene Schreiber gibt an, Maximilian habe seine Gesandten auf dem Friedenskongreß angewiesen, zur Wahrung des bayerischen Besitzes und der Rechte der katholischen Kirche durch „Unterstützung seiner Länderforderung“ die Rückenbedeckung Frankreichs zu gewinnen<sup>49</sup>. Bayern scheint also wenn nicht als Anreger, so doch als bereitwilliger Helfer der französischen Expansionspolitik, auch wenn für Schreiber, der jedes Urteil dazu vermeidet, dies durch den behaupteten Zweck des Schutzes kirchlicher Interessen gerechtfertigt sein mochte. Zudem hat Schreiber seine Angaben noch dadurch gemildert, daß er meint, Maximilian sei über-

<sup>41</sup> Koch I, 469 ff.

<sup>42</sup> Ebd. II, 107.

<sup>43</sup> Ebd., 108 f. Vgl. auch ebd., 178.

<sup>44</sup> Ebd., 110.

<sup>45</sup> Ebd., 177.

<sup>46</sup> Ebd., 464 f. Vgl. auch ebd., 174 f., Anm. 2.

<sup>47</sup> Contarini, 320.

<sup>48</sup> Koch II, 222, Anm. 11.

<sup>49</sup> Schreiber, Maximilian, 882.

zeugt gewesen, daß Frankreich das Elsaß keinesfalls räumen werde, es also besser sei, durch förmlichen Verzicht darauf den Frieden zu ermöglichen<sup>50</sup>. Ebenso rechtfertigt der Autor das bayerische Drängen auf den Verzicht des Kaisers auf Breisach<sup>51</sup>.

Auch ins Ausland sind die Ansichten Rankes gedrungen. Allerdings finden sie sich bei Gardiner nur in abgemilderter Form. Dieser meint, da das Elsaß für den Kurfürsten von Bayern bedeutungslos gewesen sei, sei er leicht bereit gewesen, es für den Frieden zu opfern, zumal er Zugeständnisse an Frankreich solchen an die Protestanten vorgezogen habe und an den guten Diensten Frankreichs in der Pfalzfrage interessiert gewesen sei<sup>52</sup>. Daß Maximilian die Franzosen erst veranlaßt habe, das Elsaß zu fordern, hat Gardiner nicht behauptet.

Bei dem Schweden Odhner ist von der Argumentationskette Rankes kaum mehr etwas übriggeblieben, von den kirchlichen Interessen ist nicht die Rede, der Kurfürst wünscht nur durch einen baldigen Frieden die „Zukunft seiner jungen Söhne und die Bestätigung von Bayerns Recht an der Kurwürde und der Oberpfalz“ sicherzustellen; das Urteil aber ist wie bei den deutschen Epigonen Rankes scharf: Odhner spricht vom „Ränkespiel geheimer Unterhandlungen“, die Maximilian mit Frankreich eingeleitet habe<sup>53</sup>. Immerhin hat der Autor erkannt, daß die französischen Gebietsansprüche ohne bayerisches Zutun entstanden waren, und der bayerische Beitrag darin bestand, den Kaiser und seine Vertreter zu einer nachgiebigen Haltung zu drängen<sup>54</sup>. Freilich hat er dabei auch die Anschuldigungen wiederaufgefrischt, Bayern habe den Franzosen kaiserliche Instruktionen verraten<sup>55</sup>.

Der Franzose Chêrueil hat an der Interpretation der bayerischen Politik aus der militärischen Lage festgehalten; das bayerische Interesse an Frankreich sei dementsprechend sehr wechselhaft gewesen, während das Mazarins an einem Separatvertrag mit Bayern stets stark geblieben sei<sup>56</sup>.

Auch bayerische Historiker suchten den Kurfürsten zu verteidigen: Stieve meint, Maximilian habe rechtzeitig das unvermeidliche Opfer des Elsaß verlangt, um größere Verluste für das Reich zu vermeiden, die Schweden zu verjagen und den Frieden zu erzwingen<sup>57</sup>. Heigel ist sich seiner Sache nicht so sicher. Auch er sieht zwar in der Zwecklosigkeit weiteren Widerstandes und in der Sehnsucht nach Frieden den Hauptgrund des bayerischen Drängens auf Hingabe des Elsaß, aber hält auch Wirkungen französischer Versprechungen bezüglich der Pfalzfrage für mitverantwortlich dafür, daß es nicht gelang, die Ansprüche Frankreichs weiter zu drücken<sup>58</sup>. Den Verrat der kaiserlichen Instruktionen nimmt er als gegeben hin und meint nur: „Man darf schwerlich in diesen Fällen einzig an geheime Mitteilungen des bayerischen Kabinetts denken“<sup>59</sup>.

<sup>50</sup> Ebd., 884.

<sup>51</sup> Ebd., 898.

<sup>52</sup> Gardiner, 207.

<sup>53</sup> Odhner, 122.

<sup>54</sup> Ebd., 138.

<sup>55</sup> Ebd., 146 f.

<sup>56</sup> Chêrueil, 55 f.

<sup>57</sup> Stieve, 174.

<sup>58</sup> Heigel, 421.

<sup>59</sup> Ebd., 423 (Sperrung durch mich).

Scharf antibayerische Urteile finden sich bei Jacob, der sich dabei immer wieder auf die Anschauungen Volmars und Contarinis stützt<sup>60</sup>. Das Motiv der „Erhaltung seiner Hausmacht“ erscheint Jacob bei Maximilian als vorrangig<sup>61</sup>. Für diesen habe es sich bei den bayerisch-französischen Verhandlungen um ein „Tauschgeschäft“ gehandelt<sup>62</sup>, in dem über das Schicksal des Elsaß entschieden worden sei<sup>63</sup>. Jacob stellt es also so dar, als habe nur der Eigennutz Bayerns dazu geführt, daß Frankreich im Frieden den Besitz von Gebieten bestätigt bekam, die es längst tatsächlich in Händen hatte und die ihm mit Gewalt nicht mehr genommen werden konnten. Dabei ist die Darstellung Jacobs in sich widersprüchlich: So heißt es, Maximilian habe die Verhandlungen in Münster nach der Rückkehr Vervaux' genutzt, „sich durch Preisgabe des Elsass die Kur und die Oberpfalz zu sichern“<sup>64</sup>, wenig später aber wird berichtet, die bayerischen Gesandten hätten den Franzosen erklärt, nur an der Kurwürde festhalten zu wollen, statt der Oberpfalz wünschten sie lieber die Auszahlung der 13 Mill. Taler Kriegskosten aus dem Böhmischo-Pfälzischen Krieg oder Rückstellung Oberösterreichs<sup>65</sup>. Die Äußerung des Kurfürsten vom 26. 4. 1645, Bayern wolle Frankreich „in allen billigen Dingen Satisfaktion geben“, legt Jacob eigenmächtig so aus, als sei damit Elsaß und Breisach gemeint gewesen<sup>66</sup>. Einerseits behauptet Jacob, Frankreich habe schon vor der Ankunft Trauttmansdorffs die geheimen Verhandlungen mit Bayern erfolgreich abgeschlossen<sup>67</sup>, dann aber muß er zugestehen, daß noch zu Beginn des Jahres 1646 die bayerischen Zusagen keineswegs so bestimmt waren, wie für Frankreich „wünschenswerth“<sup>68</sup>. Daß die Bayern den Inhalt der kaiserlichen Instruktion in Bezug auf das Elsaß den Franzosen verraten hätten, wird nur damit begründet, daß es nur sie gewesen sein „konnten“<sup>69</sup>. Jacob hat hier seltsamerweise dem Grafen Trauttmansdorff nicht geglaubt, wenn dieser die undichte Stelle in Wien vermutet<sup>70</sup>, obwohl er sich sonst an dessen Ansichten anschließt<sup>71</sup>. Garniert sind Jacobs Darlegungen mit dem stets wiederkehrenden Verdikt, die bayerische Politik sei unehrlich gewesen<sup>72</sup>. Nachdem auch noch behauptet worden ist, Bayern habe die Abtretung Breisachs direkt herbeigeführt<sup>73</sup>, stellt die Mitteilung, daß Maximilian den verfehlten Schritt des Kaisers, Frankreich die Souveränität über die abgetretenen Gebiete und Rechte zuzugestehen, mißbilligte und die Gefahren

<sup>60</sup> Jacob, 37, Anm. 1 und 39.

<sup>61</sup> Ebd., 15.

<sup>62</sup> Ebd., 61.

<sup>63</sup> Ebd., 90. Vgl. auch ebd., 160.

<sup>64</sup> Ebd., 53 f. und 53, Anm. 3.

<sup>65</sup> Ebd., 55.

<sup>66</sup> Ebd., 57.

<sup>67</sup> Ebd., 42.

<sup>68</sup> Ebd., 115.

<sup>69</sup> Ebd., 99 f.

<sup>70</sup> Trauttmansdorff an Ferdinand III., 1646 IV 14, bei Jacob, 135, Anm. 1.

<sup>71</sup> Z. B. Jacob, 107 nach Trauttmansdorff an Ferdinand III., 1646 I 18: These vom „Tauschgeschäft“; Jacob, 122 nach Trauttmansdorff an Ferdinand III., 1646 III 20: nur dank bayerischer Haltung beharren Franzosen so starr auf ihren Forderungen; Jacob, 127 nach Trauttmansdorff an Ferdinand III., 1646 III 30: Bayern handelt aus „privatverhofften nuz“.

<sup>72</sup> Jacob, 68: „Charakteristisch ... unehrlich“. Ebd., 100: „durch und durch unehrlich“.

<sup>73</sup> Ebd., 149 f. und 160.

<sup>74</sup> Ebd., 169.

dieser Regelung erkannte<sup>74</sup>, den einzigen kleinen Lichtblick in Jacobs ansonsten düsterer Sicht der bayerischen Politik dar.

Egloffstein hat auf Grund bayerischer Akten gezeigt, daß die bayerische Politik während des gesamten Jahres 1645 klar den Kurs verfolgte, daß eine Förderung der französischen Absichten erst möglich sei, wenn Frankreich selbst diese publik gemacht habe<sup>75</sup>, so daß ausgeschlossen ist, daß Bayern der Urheber der französischen Forderungen war, wie Ranke und seine Epigonen behauptet hatten. Im Mittelpunkt der bayerischen Kontakte zu den Franzosen sieht Egloffstein das Bemühen um einen Waffenstillstand<sup>76</sup>. Die in der bayerischen Politik dieser Monate zutage tretenden Ungereimtheiten, die Jacob kurzschlüssig mit Unehrlichkeit begründet hatte, erklärt Egloffstein mit Differenzen zwischen dem Kurfürsten und seinen Vertretern in Münster<sup>77</sup>. Er berichtet von den mehrmaligen Weisungen des Kurfürsten, die Franzosen des bayerischen „Vertrauens“ und „Beistandes“ zu versichern<sup>78</sup>, wobei zuletzt konkret Unterstützung für die Erwerbung des habsburgischen Besitzes im Elsaß versprochen worden sei<sup>79</sup>, doch sei dies geschehen, um den Frieden zu ermöglichen und die dem Reich und der Kirche nachteiligen Forderungen der Protestanten abschlagen zu können<sup>80</sup>. Egloffstein schildert dann, wie Maximilian nach der Zusage des Elsaß und Breisachs weiteren französischen Ansprüchen entgegenarbeitete<sup>81</sup>. Die Einräumung des Besatzungsrechtes in Philippsburg habe er nur befürwortet, da er wünschte, die französische Satisfaktionsfrage endlich zu erledigen<sup>82</sup>, wozu die starre Verhandlungsposition der Schweden und Protestanten und die militärische Lage ihn veranlaßten<sup>83</sup>. Die Mitteilung, daß die bayerischen Gesandten – allerdings vergeblich – bei den französischen intervenierten, um sie zum Verzicht auf Breisach zu bewegen, macht die Ansichten Pufendorfs hinfällig<sup>84</sup>.

Riezler stellt fest, kein deutscher Fürst habe solche Anstrengungen unternommen, das Elsaß beim Reich zu erhalten als Kurfürst Maximilian, erst als er den Verzicht auf die von den Franzosen dort beanspruchten Gebiete als unabwendbar und als notwendige Voraussetzung des Friedens erkannt habe, habe er den Kaiser für eine nachgiebige Haltung gewonnen<sup>85</sup>. Anders als Egloffstein mißt Riezler dem Wunsch nach einem Waffenstillstand nur geringe Bedeutung in der Frankreichpolitik Maximilians bei, anders aber auch als Jacob sieht er im Wunsch nach französischer Unterstützung in der Pfalzfrage nur eines der Motive<sup>86</sup>, neben dem der Wunsch nach Gewinnung französischen Rückhalts für die Verhandlungen in den konfessionellen Streitfragen und nach einem Druckmittel gegen das kaiserlich-spanische Bündnis – nach der Auffassung des Kurfürsten das Haupthindernis

<sup>74</sup> Ebd., 169.

<sup>75</sup> Egloffstein, 26.

<sup>76</sup> Ebd., 28 ff., 45 f., 55.

<sup>77</sup> Ebd., 63 f.

<sup>78</sup> Ebd., 41 et passim.

<sup>79</sup> Ebd., 72. Die Behauptung beruht jedoch auf einer falschen Interpretation der Quelle (Vgl. Kraus, Maximilian und die französische Satisfaktion, 45).

<sup>80</sup> Egloffstein, 64.

<sup>81</sup> Ebd., 106 f.

<sup>82</sup> Ebd., 127.

<sup>83</sup> Ebd., 127 und 129.

<sup>84</sup> Ebd., 82.

<sup>85</sup> Riezler, Bayern und Frankreich, 495.

<sup>86</sup> Ders., Baiern, 597.

des Friedens – steht<sup>87</sup>. Eine Verkennung der französischen Entschlossenheit aber ist es wohl, wenn Riezler meint, das Angebot, statt des Elsaß spanischen Besitz zu erhalten, hätten die Franzosen abgelehnt, weil sie durch die bayerischen Vertreter von dem Erfolg der Wiener Mission des kurfürstlichen Hofkammerpräsidenten Mandl im Februar 1646 unterrichtet worden waren<sup>88</sup>. Eine falsche Sicht der Dinge ist es auch, wenn Riezler meint, Maximilian habe dem Frieden ein Opfer an seiner „nationalen Gesinnung“ gebracht<sup>89</sup>. Hier liegt eine unzulässige Gleichsetzung des Nationalbewußtseins der wilhelminischen Zeit mit dem Reichsbewußtsein des 17. Jahrhunderts vor; eine Abtretung des habsburgischen Besitzes im Elsaß an Frankreich als Reichslehen, wie Maximilian dies wünschte, stellte eben keine Verletzung des „bisher hochgehaltenen Prinzips der Integrität des Reiches“<sup>90</sup> dar.

Moriz Ritter weist darauf hin, daß Frankreich in der pfälzischen Frage ohnehin mehr auf Seiten Bayerns stand, da es hier im katholischen Interesse wirken konnte, ohne seiner eigenen Staatsräson zuwiderzuhandeln; die Haltung Bayerns gegenüber Österreich vergleicht er mit der des Kaisers gegenüber Brandenburg; in beiden Fällen sei es darum gegangen, ein für den Frieden notwendiges Opfer gegen die dadurch Geschädigten durchzusetzen<sup>91</sup>. Die Abtretung Breisachs führt Ritter auf das Vordringen Turennes zurück, das die kaiserlichen Unterhändler zu einer entgegenkommenden Haltung zwang<sup>92</sup>.

Doeberl sieht in der Friedenspolitik Maximilians deshalb gar keinen Widerspruch zwischen Reichs- und Hausinteresse, weil sowohl für das Reich als auch für Bayern der Friede dringend nötig war<sup>93</sup>. Daneben habe der Kurfürst als „Realpolitiker“ an Frankreich Rückhalt zur Behauptung seiner Erwerbungen gesucht<sup>94</sup>.

Israel hat sich natürlich an die Ansichten des von ihm bearbeiteten Werks des Adam Adami gehalten, er hat diese Ansichten aber noch überspitzt, wenn er meint, Maximilian habe die französischen Ansprüche um der Behauptung seiner Kurwürde willen unterstützt<sup>95</sup>.

Der Widerhall der Anschauungen und Urteile vor allem Jacobs findet sich auch bei der außerdeutschen Historiographie, am deutlichsten bei Wedgwood. Zwar hat sie gesehen, daß die Initiative für die bayerisch-französischen Gespräche von Frankreich ausging, doch kleidet sie dies in die polemische Aussage, Mazarin habe nach der Schlacht bei Tuttlingen erkannt, daß er den bayerischen Kurfürsten „kaufen“ müsse, wenn er die Macht des Kaisers brechen wolle<sup>96</sup>. Die Motive, die sie für dessen Handlungsweise annimmt, stellen eine seltsame Vermischung der Auffassungen Rankes, Jacobs und Egloffsteins dar: Maximilian habe Spanien mehr gefürchtet als Frankreich und Schweden, er habe die beiden feindlichen

<sup>87</sup> Ebd., 589.

<sup>88</sup> Ebd., 604.

<sup>89</sup> Ebd., 597 und 647.

<sup>90</sup> Ebd., 597.

<sup>91</sup> Ritter, 625.

<sup>92</sup> Ebd.

<sup>93</sup> Doeberl, Bayern und Frankreich, 28.

<sup>94</sup> Ders., Entwicklungsgeschichte, 600.

<sup>95</sup> Israel, 204. So gibt der Autor unzulässig verkürzt die auch von mir zitierte Stelle Adami, 204 wieder.

<sup>96</sup> Wedgwood, 404.

Großmächte befriedigen wollen, um den Protestanten ihre ausländische Unterstützung zu nehmen und so das Reich unter Aufgabe seiner territorialen Integrität mit Hilfe einer katholischen Verfassungspartei innerlich festigen zu können. Doch sei der Einfluß des Kurfürsten nur verhängnisvoll gewesen, da er sich, ohne das beschriebene Ziel zu erreichen, von den Franzosen habe ausnutzen lassen<sup>97</sup>. An anderen Stellen ihres Buches sieht die Autorin in Maximilian nur noch einen Territorialpolitiker, der sich in einer Berechnung, die „so einfach und selbstsüchtig wie immer“<sup>98</sup> gewesen sei, zu „Bütteldiensten“<sup>99</sup> für Frankreich hinreißen ließ. Daß nicht gleichzeitig oder auch nur nacheinander ein komplizierter, alle wichtigen Mächte in die Überlegungen einbeziehender Gedankengang und ein so einfaches Kalkül den Kurfürsten bestimmt haben können, dieser Widerspruch ist der Autorin wohl gar nicht bewußt geworden.

Sehr einfach sind auch die Ansichten des Franzosen Pagés, der meint, die Reichsstände hätten Frankreich, dem sie den Zugang zum Kongreß verdankten, seine Satisfaktion gegönnt, Bayern aber habe sich wegen der Pfalzfrage noch besonders dafür eingesetzt<sup>100</sup>.

Eine Wendung zu einer günstigeren Sicht der Politik des Kurfürsten Maximilian in der außerbayerischen deutschen Historiographie brachte das Bändchen von Max Braubach. Er sieht den bayerischen Kurs bestimmt von der bedrängten Lage, in die der Kurfürst geraten war, die ihn „mit allen Mitteln“ nach einem Verständigungsfrieden suchen ließ, der freilich nach Möglichkeit Bayern im Besitz von Kurwürde und Oberpfalz belassen sollte; hier liege der Grund für das Werben um die Gunst Frankreichs<sup>101</sup>. Daß es zunächst Frankreich war, das um Bayern warb, hat auch Braubach nicht wahrgenommen. Den Grund für das Einschwenken Trauttmansdorffs auf die bayerische Verhandlungsstrategie im Frühjahr 1646 sucht er nicht nur in bayerischen Pressionen, sondern auch in der Höhe der Forderungen Schwedens und in der militärischen Entwicklung<sup>102</sup>.

Diese mehr abgewogene Beurteilung findet sich auch bei Dickmann. Er sieht in Maximilian einen Fürsten von „unzweifelhafter Reichsgesinnung“, dessen Beziehungen zu Frankreich bis 1642 lose und kühl sind, dem dann aber wegen der anwachsenden Überlegenheit der Schweden und Franzosen eine Annäherung an letztere geboten erscheint, sowohl aus Rücksicht auf die Pfalzfrage, die nun nicht mehr ohne Einmischung der Großmächte zu regeln war, als auch aufgrund des aufkommenden Unwillens über die kaiserliche Politik und den spanischen Einfluß auf sie<sup>103</sup>. Dickmann beruft sich für diese seine Sicht ausdrücklich auf Riezler. In den Einzelheiten der Darstellung unterlaufen Dickmann allerdings einige Fehler, die doch wieder ein recht ungünstiges Bild von der bayerischen Politik ergeben. So schreibt er, Maximilian habe nach der Schlacht von Alerheim seine Gesandten angewiesen, die französischen Ansprüche „in ihrem gesamten Umfang“ zu unterstützen<sup>104</sup>. Er verteidigt die Politik Trauttmansdorffs, obwohl er zugeben muß,

<sup>97</sup> Ebd., 420.

<sup>98</sup> Ebd., 425.

<sup>99</sup> Ebd., 455.

<sup>100</sup> Pagés, 235. Völlig falsch ist es, wenn Pagés spricht von „s'assurer la possession du Bas-Palatinat (sic)“.

<sup>101</sup> Braubach, 42 f.

<sup>102</sup> Ebd., 52.

<sup>103</sup> Dickmann, 110 f.

<sup>104</sup> Ebd., 238. Vgl. dazu Kraus, Maximilian und die französische Satisfaktion, 40, Anm. 89.

daß sie erfolglos war<sup>105</sup>. Dickmann erhebt wie schon so viele andere die Anschuldigung, Bayern habe den Franzosen verraten, daß Trauttmansdorff zur Hingabe des habsburgischen Besitzes im Elsaß und Breisachs ermächtigt war<sup>106</sup>, obwohl gerade seine Hauptquelle Meiern und der vom Autor bewunderte Graf Trauttmansdorff dem widersprochen haben<sup>107</sup>. Andererseits hat das Werk Dickmanns auch im Hinblick auf Bayern seine Verdienste; so hat Dickmann klargestellt, daß die bayerisch-französischen Sonderverhandlungen an der Forderung der Bayern scheiterten, als Preis für eine Trennung Bayerns vom Kaiser müsse Frankreich sich von Schweden trennen<sup>108</sup>; damit aber ist klargestellt, daß es für Maximilian bei diesen Verhandlungen vor allem um eine Erleichterung der militärischen Lage ging, von der auch der Kaiser profitiert hätte. Dickmann hat erkannt, daß bei den Verhandlungen der Abschluß eines Waffenstillstandes und eine bayerische Förderung der französischen Satisfaktion nicht unverbundene oder gar einander ausschließende Themen darstellten, sondern, daß der Waffenstillstand eine Erledigung der Satisfaktionsfrage geradezu voraussetzte<sup>109</sup>. Es geht somit nicht an, das eine oder das andere einseitig zu betonen, wie Jacob und Egloffstein das getan haben.

Ganz auf der Linie der Ranke-Epigonen und Jacobs liegt die Darstellung Steinbergs, der jedoch außer der Behauptung der Kurwürde und Oberpfalz noch weitere Motive für das Handeln Maximilians entdeckt zu haben glaubt: Demnach ging es auch um die Sicherung des Hochstifts Paderborn für den Bruder Ferdinand von Köln und des Hochstifts Osnabrück für Franz Wilhelm von Wartenberg<sup>110</sup>.

Eine zumindest mißverständliche Formulierung hat Wagner gewählt, wenn er schreibt: „Der dafür [für eine französische Unterstützung des bayerischen Standpunktes in der Pfalzfrage] geforderte Preis wurde ... in Münster genannt“ und feststellt, dieser Preis sei das Elsaß einschließlich Breisach und Philippsburg gewesen<sup>111</sup>. Dabei weist Wagner selbst nach, daß die kaiserlichen deputierten Räte Contarini nicht glaubten, als der behauptete, daß Frankreich erst durch die bayerische Haltung veranlaßt worden sei, das Elsaß zu beanspruchen; die Räte waren vielmehr der Meinung, daß nach den Siegen der Franzosen nichts anderes zu erwarten sei<sup>112</sup>. Repgen hat dann festgehalten, daß seit der Herausgabe der kaiserlichen Instruktionen durch Wagner bekannt sei, daß der Kaiser in die bayerisch-französischen Verhandlungen weit besser eingeweiht gewesen sei, als lange angenommen worden war<sup>113</sup>.

Albrecht sieht, wie das schon Ritter getan hatte, das bayerische Verhalten gegenüber dem Kaiser in Analogie zum kaiserlichen gegenüber Brandenburg. Die

<sup>105</sup> Dickmann, 256.

<sup>106</sup> Ebd., 267.

<sup>107</sup> Vgl. Anm. 7 und 70.

<sup>108</sup> Dickmann, 242.

<sup>109</sup> Ebd., 255.

<sup>110</sup> Steinberg, 98. Die Darstellung ist außerdem sehr fehlerhaft: Steinberg glaubt, das Haus Habsburg habe im Elsaß nur Rechte, keine Territorien besessen. Wartenburg hält er für einen illegitimen Sohn des Kurfürsten Ferdinand von Köln – eine offensichtliche Verwechslung mit Maximilians Oheim Herzog Ferdinand.

<sup>111</sup> Acta Pacis Westphalicae, s. I Bd. 1, 343.

<sup>112</sup> Ebd., 345.

<sup>113</sup> Repgen, Vertragsbegriffe, 70.

Begründung für Maximilians Politik liege in der Tatsache, daß Frankreich militärisch der Hauptgegner Bayerns war, und in der Hoffnung auf eine Trennung Frankreichs von Schweden<sup>114</sup>. In einem wörtlich aus Dickmann<sup>115</sup> übernommenen Zitat nennt Albrecht den Kurfürsten die „stärkste Stütze“ der französischen Politik im Reich<sup>116</sup>; bei Dickmann, der sich auf den Gang der Verhandlungen konzentriert, mag dies noch verständlich sein, für eine auch den militärischen Aspekt einbeziehende Darstellung aber sollte man diese Aussage nicht erwarten, denn welche Stütze konnte für die französische Politik stärker sein, als die auf deutschem Boden stehenden Armeen Frankreichs und seiner Verbündeten und die von ihnen besetzten Faustpfänder?

Diesen Bezug auf die militärische Lage hat Ruppert denn auch hergestellt; die Abtretung der linksrheinischen Gebiete sieht er ausgelöst durch die Schwächung der kaiserlichen Position durch die Niederlage von Jankau<sup>117</sup>. Diese aber erfolgte sogar noch vor den Gesprächen Vervaux' mit Mazarin, so daß die vergrößerte Nachgiebigkeit des Kaisers keineswegs allein auf bayerischen Druck zurückgeführt werden kann. Ruppert entwickelt die Motive der bayerischen Politik gegenüber Frankreich aus den Gesprächen des Reichsvizekanzlers Graf Ferdinand Kurz in München im August 1645. Kurz habe eingestehen müssen, daß die bayerische Armee keine Schlacht mehr wagen könne und daß die bayerischen Minister und Militärs und vor allem die Landschaftsverordneten glaubten, Bayern könne Frieden haben, wenn es nicht an Habsburg gebunden sei. Die Bayern hätten geglaubt, die Pfalzfrage nicht mehr vom Friedenskongreß fernhalten zu können und vor der Alternative zu stehen, den Franzosen ihre Satisfaktion zu geben oder unterzugehen. Aus all dem habe Maximilian den Schluß gezogen, daß es nötig sei, durch Angebote in der Satisfaktionsfrage Friedenswillen zu demonstrieren und damit den feindlichen Vorbereitungen für den Feldzug des Jahres 1646 zuvorzukommen<sup>118</sup>. Zwar meint Ruppert, daß der „wohlbekannte politische Pessimismus“ des Kurfürsten am Kaiserhof weniger Eindruck gemacht hätte als seine Kontakte zu Frankreich<sup>119</sup>, aber er zweifelt nicht an, daß Maximilian aus Sorge um sein Land handelte. Dem entspricht, wenn er schreibt, Trauttmansdorff habe seine Pläne nicht durchführen können, da der Kurfürst sie als „gleich verderblich für Bayern wie den Kaiser ansah, und da er Frankreich zu seiner ohnehin unvermeidbaren Satisfaktion verhelfen wollte, um im Gegenzug französische Unterstützung in der Pfalzfrage zu erhalten“<sup>120</sup>; das scharfe Drängen Bayerns auf kaiserliche Angebote gerade im Frühjahr 1646 sieht er in der Furcht vor einer militärischen Katastrophe begründet<sup>121</sup>. Fest überzeugt zeigt Ruppert sich allerdings davon, daß die bayerischen Gesandten den Franzosen die kaiserlichen Instruktionen für die Elsaßverhandlungen verraten hätten. „Dank bayerischer Informationen“ seien sich die Vertreter Frankreichs des Elsaß zu sicher gewesen, um auf Trauttmansdorffs gesamthabsburgisches Angebot der drei lothringischen Hoch-

<sup>114</sup> Albrecht, *Konfessionelles Zeitalter* 454.

<sup>115</sup> Dickmann, 396.

<sup>116</sup> Albrecht, *Konfessionelles Zeitalter* 454.

<sup>117</sup> Ruppert, 82.

<sup>118</sup> Ebd., 125 ff.

<sup>119</sup> Ebd., 129.

<sup>120</sup> Ebd., 145. Letzteres Argument Rupperts erinnert an einen Gedankengang Kochs (Vgl. Anm. 43).

<sup>121</sup> Ebd.

stifte und einiger belgischer Festungen einzugehen<sup>122</sup>. Insbesondere behauptet er unter Außerachtlassung aller entgegenstehenden Quellen, die Bayern hätten die kaiserliche Instruktion vom 2. März 1646 verraten, mit der Begründung, daß niemand den Franzosen so gute Informationen bieten „konnte“ wie die Bayern<sup>123</sup>.

Eben diese auf Schmidt zurückgehende Verratslegende hat Kraus in seinem Aufsatz für die Festschrift Spindler widerlegt; man möge die Einzelheiten dort nachlesen<sup>124</sup>. Im übrigen sieht Kraus die Politik Maximilians vor allem durch den Wunsch nach Frieden bestimmt, der schon durch die militärische und finanzielle Notlage Bayerns unumgänglich war<sup>125</sup>. Für dieses Ziel war er auch bereit, notfalls selbst die Kurwürde aufzugeben<sup>126</sup>, obwohl er natürlich so gut als möglich aus dem Krieg herauszukommen suchte<sup>127</sup>. Dabei hält Kraus die pessimistische Lagebeurteilung Maximilians für durchaus angebracht<sup>128</sup> und sein politisches Programm für das einzig realistische, während das Trauttmansdorffs immer noch das inzwischen unrealistisch gewordene Programm von 1635 war<sup>129</sup>. Was Kraus dem Kurfürsten vorwirft, ist, daß er ebensowenig wie der Kaiser sich um eine enge politische und militärische Koordination bemühte<sup>130</sup> und gerade dadurch, daß er den Franzosen gegenüber stets Bayerns Friedensbereitschaft betonte, diese anstehelte, den Krieg solange weiterzutreiben, bis Bayern sich vom Kaiser trennte<sup>131</sup>.

Albrecht hat sich in seinem jüngsten Aufsatz auf die Bemerkung beschränkt, der Friede wäre ohne das Drängen Maximilians auf Zugeständnisse an Frankreich nicht erreicht worden. Daß diese vielleicht auch der Preis für die Durchsetzung der „besonderen dynastisch-territorialstaatlichen Interessen“ Bayerns gewesen seien, verzeichnet der Autor als offene Frage<sup>132</sup>.

<sup>122</sup> Ebd., 154.

<sup>123</sup> Ebd., 166 f.

<sup>124</sup> Kraus, Maximilian und die französische Satisfaktion, 45 ff. Weitere über Kraus' Ergebnisse noch hinausgehende Erkenntnisse jetzt in der noch ungedruckten Dissertation des Verfassers.

<sup>125</sup> Kraus, Geschichte Bayerns 251 f.

<sup>126</sup> Kraus, Maximilian und die französische Satisfaktion, 45.

<sup>127</sup> Ebd., 50.

<sup>128</sup> Ebd., 49.

<sup>129</sup> Kraus, Neues Bild, 522.

<sup>130</sup> Kraus, Maximilian und die französische Satisfaktion, 27.

<sup>131</sup> Kraus, Bayerische Geschichte, 251.

<sup>132</sup> Albrecht, Kriegs- und Friedensziele, 269.

## 6. Zur Pfalzfrage und zur Meinung, sie habe den Frieden verzögert

Wenn von der Pfalzfrage im Zusammenhang mit der bayerischen Politik der Jahre 1639 bis 1648 die Rede ist, steht man auch vor der Aufgabe, sich zu einer in der Historiographie immer wieder verbreiteten Ansicht zu äußern, die auf den ersten Blick gar nicht in diesen Zeitabschnitt zu gehören scheint. Es ist die Ansicht, die pfälzische Frage und besonders die bayerische Position dazu hätten den Dreißigjährigen Krieg verlängert. Wie das, wird man fragen. Lagen doch die umstrittenen Entscheidungen in dieser Frage mit der Ächtung Friedrichs V. 1621, der Kurübertragung an Maximilian 1623 und der Übergabe der Oberpfalz 1628 schon mehr als ein Jahrzehnt zurück und waren nicht längst gewichtigere Streitpunkte in dem Ringen aufgetaucht? Wie kommen Historiker dazu, ausgerechnet in der Spätphase des Krieges von der kriegsverlängernden Wirkung der Pfalzfrage zu sprechen? Und wie kommt es dazu, daß das hartnäckige Beharren auf dem eigenen Rechtsstandpunkt viel eher Bayern zum Vorwurf gemacht wird als den Pfälzer Erben? Gehen wir zurück zu den Quellen! Die Anschuldigungen, die Pfalzfrage, und zwar konkret die bayerische Forderung nach den 13 Millionen Kriegskostenentschädigung für den Böhmisches Feldzug, für die die Oberpfalz das Pfand bildete, sei der Grund für die lange Dauer des Krieges, findet sich anscheinend erstmals in einer anonymen italienischen Schrift mit dem Titel „Esame de gli Interessi del Duca di Baviera“, deren Originalhandschrift sich in Wien befindet und die durch ihren Abdruck in den verschiedenen Ausgaben von *Siris Mercurio* weite Verbreitung fand<sup>1</sup>. Damit aber trat die Schrift erst in der Spätphase des Krieges ans Licht, und falls man von dem heutigen Aufbewahrungsort auf den Entstehungsort schließen darf, liegt die Vermutung nahe, daß sie von österreichischer Seite zu einem Zeitpunkt lanciert wurde, als die bayerisch-kaiserlichen Beziehungen auf einem Tiefpunkt angelangt waren. In dieser Lage aber ging es eben nicht um die historische Wahrheit, sondern um den propagandistischen Effekt gegen Bayern.

Wiedergegeben findet sich der Inhalt des „Esame“ im fünften Band des *Theatrum Europaeum*, der in erster Auflage 1647 erschien. Der Bearbeiter der zweiten Auflage schreibt, „von vielen“ sei das Scheitern der Wiener Ausgleichsverhandlungen den bayerischen „schweren Extremitäten und gleichsam Impossibilitäten“ zur Last gelegt worden<sup>2</sup>. Offensichtlich ist die Ansicht recht unbekümmert übernommen worden. Dabei hätte sich der Bearbeiter doch sagen müssen,

<sup>1</sup> Steinberger, 171. Die Mitteilung, die Handschrift befinde sich in Wien, siehe ebd., 40, Anm. 2. Entstanden ist das Pamphlet wohl nach dem Scheitern der Ausgleichsverhandlungen über die pfälzische Frage in Wien 1641/42. Genauere Aussagen über die Umstände der Entstehung der „Esame“ erforderten eine Untersuchung am Original, was mir jedoch nicht möglich war. Auch Riezler vermutet, daß die von ihm so genannte „Schmähschrift“ in kaiserlichem Auftrag entstand (Riezler, *Baiern*, 550).

<sup>2</sup> *Theatrum Europaeum* V, <sup>1</sup> 1647, 9 ff.; <sup>2</sup> 1707, 6.

daß die von ihm selbst angeführten Bedingungen, die den Pfälzern geboten wurden, gar nicht so viel schlechter waren als die schließlich in Münster und Osnabrück gefundene Lösung<sup>3</sup>.

Den bayerischen Standpunkt hat demgegenüber Vervaux vertreten. Er führt an, daß die Forderung der in pfälzischem Auftrag verhandelnden englischen Gesandten nach voller Restitution der Pfalzgrafen nicht nur von Bayern, sondern auch von den anderen Teilnehmern als „ardua et nimis confidens“ empfunden worden sei. Er erinnert daran, daß Maximilian die Ober- und rechtsrheinische Unterpfalz vom Kaiser für 13 Millionen gekauft habe und daß der Kaiser vertraglich verpflichtet war, entweder dem Kurfürsten die Oberpfalz zu garantieren oder Ersatz in Land oder durch Rückerstattung des Kaufpreises zu schaffen. Mehr als Maximilian anbot, zu fordern, wäre nach Meinung Vervaux' unbillig gewesen. Wenn man meine, Bayern hätte „paci ac bono publico“ auf alles verzichten sollen, so müsse man doch auch fragen, warum nicht auch die Pfalzgrafen, der Kaiser, das Reich auf etwas hätten verzichten sollen. Frankreich und Schweden hätten auch nichts verschenkt, und Spanien sei nicht einmal zur Räumung Frankenthals ohne Gegenleistung bereit gewesen. Schließlich aber gelte, daß selbst bei einem Verzicht Maximilians auf alle seine Erwerbungen der Friede nicht erreicht gewesen wäre, denn „multa praeterea essent longae majoris momenti“<sup>4</sup>.

Immerhin scheint Vervaux' Argumentation nicht ohne Wirkung geblieben zu sein, denn selbst der Protestant Pufendorf, Historiograph in schwedischen Diensten, schreibt, auf dem Regensburger Reichstag seien die Pfalzverhandlungen gescheitert, weil beide Parteien auf ihren Extrempositionen verharreten<sup>5</sup>, in Wien hätten nur die Bayern überhaupt ihre Ansichten vorgelegt<sup>6</sup>, und außerdem sei der Pfalzgraf ja nur ein hilfloser Bittsteller gewesen, „Bavarus contra potens, ac in Germania et extra magna auctoritate“<sup>7</sup>, was für Pufendorf als Mann der Staatsräson natürlich ein einleuchtendes Argument war.

Meiern beschränkt sich in der Pfalzfrage auf Mitteilungen aus den ihm vorliegenden Quellen; diese betreffen lediglich den Verlauf der Verhandlungen<sup>8</sup>.

Gewichtigeres findet sich in der *Relatio Adamis*. Dieser berichtet, im Zusammenhang mit dem bayerischen Druck auf die Kaiserlichen, um des bonum publicum willen auf Breisach zu verzichten, seien Stimmen aufgetaucht, dann müsse aus demselben Grunde auch Maximilian die Oberpfalz abtreten, „cujus translatio non minimum belli moderni esset fundamentum“<sup>9</sup>. Leider hat Adami den Urheber dieser Meinung nicht namhaft gemacht, der Zusammenhang spricht jedoch für die Urheberschaft der kaiserlichen Gesandtschaft und insbesondere des Vertreters der durch die Abtretung Breisachs direkt geschädigten Innsbrucker Linie,

<sup>3</sup> Das letzte Angebot in Wien enthielt zwar noch nicht die achte Kurwürde, dafür aber Aussichten für eine Alternation in der fünften zwischen Bayern und Pfalz. Dafür, daß der Kaiser seinen Innsbrucker Verwandten das Amt Germersheim erhalten wollte, ist Bayern nicht verantwortlich zu machen. Anders als 1648 wurde die Möglichkeit einer Einlösung der Oberpfalz geboten. Einschneidend allerdings war die 1642 geforderte Anerkennung der seit 1620 vorgenommenen gegenreformatorischen Maßnahmen.

<sup>4</sup> Adelsreiter III, 439 f.

<sup>5</sup> Pufendorf, 470.

<sup>6</sup> Ebd., 504.

<sup>7</sup> Ebd., 655.

<sup>8</sup> Meiern III, 11, 587 ff. und 617 ff.

<sup>9</sup> Adami, 316.

Isaac von Volmar, den wir bereits im Zusammenhang der Vervaux'-Mission als publizistischen Gegner Bayerns kennengelernt haben. Zwei weitere Mitteilungen Adamis verweisen auf größere Zusammenhänge: Er meint, Spanien habe die Rückgabe der Unter- und Oberpfalz nur betrieben, um England und das Haus Pfalz zu einem Krieg gegen Frankreich zu verleiten<sup>10</sup>, so daß – auch wenn Adami diese Folgerung nicht zieht – Bayern mit seinem festen Willen zur Behauptung der Oberpfalz faktisch der Sache des Friedens einen Dienst erwies. In wenig positivem Licht sieht Adami die Auswirkung der Pfalzfrage auf die bayerische Religionspolitik, die von den Großmächten durch Verquickung beider Komplexe zugunsten der Protestanten manipuliert worden sei<sup>11</sup>. Im Hintergrund steht dabei natürlich Adamis eigene Enttäuschung über den Übergang Bayerns zu einer kompromißbereiten Linie bei den konfessionellen Ausgleichsverhandlungen, wobei Adami im subjektiven Bewußtsein der moralischen Überlegenheit und gedanklichen Folgerichtigkeit der eigenen Position den Bayern eigensüchtige Beweggründe unterstellt.

Wie eingewurzelt die Ansicht von der großen Bedeutung der Pfalzfrage für die Entscheidung über Krieg und Frieden im 18. Jahrhundert bereits war, zeigt die Tatsache, daß auch der französische Historiker Bougeant ihr folgt; für ihn ist die Pfalzfrage „une des causes les plus célèbres et les plus importantes qui furent décidées par le Traité de Westphalie“<sup>12</sup>. Den Vorwurf, Maximilian habe durch seine Politik in dieser Sache den Krieg verlängert, entnimmt Bougeant aus der schwedischen Antwort auf eine französische Vorstellung zur Pfalzfrage<sup>13</sup>. Die darin geäußerten Gedanken entsprechen in etwa denen der früher erwähnten „Rationes, cur ...“.

Auch die bayerische Landesgeschichtsschreibung teilt die Meinung von der kriegsverlängernden Wirkung der Pfalzfrage; jedenfalls tut dies Hempel, für den sie „einer der wichtigsten Punkte mit ... darüber der Friede so lange verzögert wurde“<sup>14</sup> ist. Den Vorwurf allerdings, allein Bayern sei am Mißerfolg der Wiener Ausgleichsverhandlungen schuld gewesen, weist der Autor unter Berufung auf die „Annales Boicae gentis“ ausdrücklich ab<sup>15</sup>. Noch entschiedener vertritt hier Falkenstein die bayerische Position; er schreibt zu den englischen Forderungen: „Man sollte nicht meinen, daß jemand dergleichen, ohne schamroth zu werden, hätte fordern und begehren können“<sup>16</sup>. Maximilians Kurs dagegen nennt er „bescheiden“ und läßt die Verhandlungen an der Höhe der englisch-pfälzischen Forderungen scheitern<sup>17</sup>. Diese Sicht der Dinge findet sich auch bei Stadler<sup>18</sup>. Eine ausgesprochen feindselige Haltung nimmt Schiller ein, wenn er Maximilian als „Räuber“ der pfälzischen Staaten bezeichnet<sup>19</sup>, derselbe Schiller, der die Eroberung des habsburgischen Breisach durch Bernhard von Weimar als Tat eines

<sup>10</sup> Ebd., 343.

<sup>11</sup> Ebd., 509.

<sup>12</sup> Bougeant V, 306 (Bougeant-Rambach III, 297).

<sup>13</sup> Bougeant V, 313 (Bougeant-Rambach III, 300).

<sup>14</sup> Finsterwald, 2150.

<sup>15</sup> Ebd., 2102.

<sup>16</sup> Falkenstein III, 692.

<sup>17</sup> Ebd., 694.

<sup>18</sup> Stadler, 437.

<sup>19</sup> Schiller, 185.

„Helden“ feiert<sup>20</sup>. Deutlicher könnte Schiller seine antikatholische und damit antibayerische Parteilichkeit nicht enthüllen, auch wenn hier seine Abneigung gegen Habsburg und der Geniekult des Dichters für den tapferen Feldherrn mit in Rechnung gestellt werden.

Deutlich abgemildert ist das Urteil über die Bedeutung der pfälzischen Frage trotz dessen prokaiserlicher Einstellung bei Schmidt, wenn es heißt: „Sie war der erste Zunder dieses unseligen Krieges, und auch eine der Hauptnahrungen desselben wenigsten nach dem Vorgeben der daran Theilnehmenden“<sup>21</sup>. Gleich darauf wird dies als bloßer Vorwand enthüllt: Frankreich habe sich auf die Seite Bayerns gestellt, um es als „Zwischenmacht“ gegen Österreich aufzubauen – dieses übergreifende Ziel der französischen Politik war bisher von keinem Geschichtsschreiber erkannt worden – und auch Schweden habe die Pfälzer nur unterstützt aus Haß gegen Kurfürst Maximilian<sup>22</sup>. Auch gegenüber den in den kaiserlichen Archiven ja vorhandenen Tendenzen des „Esame“ und der „Rationes cur ...“ bewahrt sich Schmidt einen klaren Blick und ein zurückhaltend-abwägendes Urteil.

Eine Ansicht, die geprägt ist vom besseren Wissen des Zurückschauenden vertritt der bayerische Historiker Feßmeier, der meint, den Kurfürsten tadeln zu müssen, weil er mit so geringen Vorteilen aus dem Krieg hervorgegangen sei, wobei die Oberpfalz „wohl keine Erwerbung zu nennen“ sei, da sie vom Stammgut des Hauses genommen worden sei<sup>23</sup>. In dieser Weise die nach 1777 sich ergebende Lage zur Grundlage der Beurteilung zu machen, geht natürlich nicht an.

Bei Barthold scheinen die Argumente Vervaux' endlich auch außerhalb der bayerischen Landesgeschichtsschreibung verarbeitet. Wie dieser stellt Barthold den Charakter der Erwerbung der Oberpfalz als eines Kaufes heraus; außerdem hält er sogar den Ausschluß der Pfälzer von der Regensburger Amnestie für gerecht<sup>24</sup>. Obwohl er – als Zitat aus nicht angegebener Quelle – die Meinung übernimmt, die pfälzische Frage habe den Frieden hinausgezögert<sup>25</sup>, bezeichnet er die Forderung nach Restitution der Pfalzgrafen als Vorwand für die schwedisch-französische Kriegsführung, der schließlich „gleichgültig“ fallengelassen wurde<sup>26</sup>. Die Ungereimtheit, die sich aus der Übernahme beider Meinungen ergibt, ist dem Autor offensichtlich nicht aufgefallen.

Die Gegenbewegung erfolgte ausgerechnet durch einen Bayern, durch Söttl, der nicht nur erneut die Pfalzfrage als das „vorzüglichste Hinderniß und die Hauptschwierigkeit“ der Friedensbemühungen einschätzt, sondern nun sogar dezidiert für den pfälzischen Rechtsstandpunkt gegen „das lieblose Benehmen und jesuitische Walten“ Maximilians Partei ergreift<sup>27</sup>. Durch diese Bemerkung wird klar, daß hier der Antiklerikalismus des Autors auf gewundenen Wegen seine Geschichtsschreibung bestimmt. Im übrigen verwickelt Söttl sich in einen Widerspruch, wenn er einerseits behauptet, dem Kurfürsten sei der Besitz der „Pfalz“ (sic) und der Kurwürde schon vor Beginn der Friedensverhandlungen von Frank-

<sup>20</sup> Ebd., 287.

<sup>21</sup> Schmidt XI, 224.

<sup>22</sup> Ebd., 225.

<sup>23</sup> Feßmeier II, 808.

<sup>24</sup> Barthold II, 371.

<sup>25</sup> Ebd., 570.

<sup>26</sup> Ebd., 634 (Sperrung durch Autor).

<sup>27</sup> Söttl II, 334.

reich zugesagt worden<sup>28</sup>, andererseits angibt, Maximilian habe sein Gespräch mit dem gefangenen Marschall Grammont im Spätsommer 1645 dazu benutzt, den Franzosen seinen Standpunkt in der Pfalzfrage nahezubringen<sup>29</sup>. Nachdem Söttl hier vorangegangen war, nimmt es nicht Wunder, wenn der Geschichtsschreiber der Pfalz, Ludwig Häusser, die These von der Rechtmäßigkeit des Anspruchs der Pfalzgrafen auf volle Restitution übernimmt<sup>30</sup>. Der bayerische Standpunkt erscheint bei ihm dementsprechend mit dem Makel schändlichen Eigennutzes behaftet; Häusser ist der erste, der zu einer Zeit, als die bayerische Frankreichpolitik noch allgemein mit militärischen Rücksichten begründet wurde, einen engen Zusammenhang mit der Pfalzfrage herstellt<sup>31</sup>. Fälschlich geht er denn auch davon aus, daß Bayern nach dem vorläufigen Abschluß der Verhandlungen über die französische Satisfaktion im Herbst 1646 sein Ziel in der Pfalzfrage erreicht habe<sup>32</sup>.

Anders sieht Keym den Zusammenhang der beiden Fragenkomplexe: Mazarin wollte sich gegenüber Kurfürst Maximilian erkenntlich zeigen für seine – konfessionspolitisch begründete<sup>33</sup> – Verwendung in der Elsaßfrage und Bayern als potentiellen Verbündeten gegen den Kaiser gewinnen<sup>34</sup>, also nicht bayerische Annäherung an Frankreich auf Kosten des Reiches, sondern französische Annäherung an Bayern auf Kosten der Pfalz!

Auf die Frage des Rechts geht dann Koch nochmals ein und entscheidet sie im gerade umgekehrten Sinne wie Söttl und Häusser. Den zwischen Bayern und dem Kaiser geschlossenen Verträgen folgend, bezeichnet er die Oberpfalz als Maximilians erkaufte, vom Kaiser verbrieftes Eigentum; die Kurwürde sei durch Garantie des Kurkollegs in rechtmäßigem Besitz Maximilians gewesen<sup>35</sup>. Die Forderungen der Pfalzgrafen und ihrer englischen Verwandten erscheinen ihm als „anmassend und hochmüthig“<sup>36</sup>, als eine „alberne Zumuthung, die Oberpfalz verschenken zu sollen“<sup>37</sup>. Zwar erscheint auch ihm der Streit um die Pfalz als friedensverzögernd, aber die Schuld sucht er bei den Schweden und Franzosen, die die Pfalzfrage als Vorwand für ihre Kriegsführung benutzen und daher ihre Regelung hinausschieben<sup>38</sup>. Außerdem kehrt er den Vorwurf der für den Frieden hinderlichen Intransigenz gegen die Pfalzgrafen: Er zitiert aus einem mahnenden Schreiben der protestantischen Stände an die Pfälzer Räte, es sei am besten, ihre Angelegenheit von den allgemeinen Friedensverhandlungen abzutrennen, da sie diese nur störe und verzögere<sup>39</sup>, und verweist auf die Erklärung Sachsens, Versuche, Bayern die Kurwürde wieder zu nehmen, seien dem Frieden hinderlich<sup>40</sup>.

<sup>28</sup> Ebd., 388.

<sup>29</sup> Ebd., 418.

<sup>30</sup> Häusser, 561.

<sup>31</sup> Ebd., 569. Häusser beruft sich dabei auf eine sehr mangelhafte Edition bayerischer Korrespondenzen bei Söttl III, 378–443.

<sup>32</sup> Ebd., 572.

<sup>33</sup> Keym, 689.

<sup>34</sup> Ebd., 703 f.

<sup>35</sup> Koch I, 435.

<sup>36</sup> Ebd., 329.

<sup>37</sup> Ebd., 427.

<sup>38</sup> Ebd., 418 und II, 343.

<sup>39</sup> Ebd. II, 226.

<sup>40</sup> Ebd., 266.

Interessant ist, daß auch der schwedische Historiker Odhner zugibt, Schweden habe sich der Pfalzgrafen mehr aus „Unwillen“ gegen Bayern als aus Interesse für die pfälzische Angelegenheit angenommen<sup>41</sup>. Desto unverständlicher ist es, wenn Heigel danach immer noch im Stile des 17. und 18. Jahrhunderts die Pfalzfrage als die „wichtigste und schwierigste Frage“<sup>42</sup> bezeichnet. Die Schuldzuweisung erfolgt bei ihm auf das Konto des Kaisers, der seine Schulden mit fremdem Gut bezahlt habe<sup>43</sup>.

Einen Zusammenhang zwischen der Pfalzfrage und der bayerischen Politik zwischen den Mächten sieht Egloffstein trotz seiner Schwerpunktsetzung auf der Waffenstillstandsfrage als gegeben an. Er sucht ihn aber nicht so sehr in der Frankreichspolitik Maximilians, sondern in seinem Verhältnis zum Kaiser, auf den es Rücksicht zu nehmen galt, was sich bei den Verhandlungen um einen Separatwaffenstillstand im Frühjahr 1646 als Hindernis erwiesen habe<sup>44</sup>, sowie in seinem Bemühen um einen Ausgleich mit der protestantischen Partei im Reich, mit Sachsen, Brandenburg, Ansbach, Kulmbach und Braunschweig-Lüneburg<sup>45</sup>.

Riezler ist auf die Pfalzfrage kaum eingegangen, Doeberl behandelt nur die Verhandlungen, die auf dem Frankfurter Deputationstag darüber geführt wurden, näher<sup>46</sup>. Bei letzterem wie etwa auch bei Platzhoff konzentriert sich das Interesse auf die Beziehungen zwischen den bedeutenderen Mächten, die innerdeutschen Fragen treten in den Hintergrund.

Erst Dickmann ist wieder ausführlich auf die Pfalzfrage eingegangen. Er konnte aus der Korrespondenz Trauttmansdorffs belegen, daß Kurfürst Maximilian tatsächlich der Gefahr ausgesetzt war, bei allzu enger Kooperation mit Frankreich eine kaiserlich-schwedische Einigung in der Pfalzfrage auf Kosten Bayerns heraufzubeschwören<sup>47</sup>. Vor allem aber stellt Dickmann den Zusammenhang zwischen dem bayerischen Drängen auf Erledigung der französischen Satisfaktion und dem Wunsch nach der Unterstützung Frankreichs in der Pfalzfrage heraus<sup>48</sup>. Dies mag teilweise in der von Dickmann benützten Literatur begründet liegen, denn unter den von ihm angegebenen Titeln finden sich auch Häusser und Jacob; außerdem mußte sich natürlich bemerkbar machen, daß Dickmann wohl kaiserliche, nicht aber bayerische Akten benutzt hat. Vor allem aber hat Dickmann die Ansicht, die pfälzische Sache habe zur langen Dauer des Krieges hauptsächlich beigetragen, wiederbelebt. Er nennt die Kurübertragung von 1623 „die Frage ... die mehr als irgendeine das Kriegselend verlängert hat“ und schreibt, das ganze protestantische Europa, Spanien, Frankreich und selbst ein Teil der katholischen Reichsstände sei an der Restitution der Pfalzgrafen interessiert gewesen<sup>49</sup>. Ersterem Argument widerspricht Dickmann selbst, wenn er an anderer Stelle Richelieu den Staatsmann nennt, der am meisten zur Verlängerung des Krieges beigetragen habe<sup>50</sup>. Die Behauptung von den weitreichenden Sympathien für die Sache der

<sup>41</sup> Odhner, 158.

<sup>42</sup> Heigel, 425.

<sup>43</sup> Ebd., 426.

<sup>44</sup> Egloffstein, 86.

<sup>45</sup> Ebd., 118, 121 f. und 124.

<sup>46</sup> Doeberl, Entwicklungsgeschichte, 598 f.

<sup>47</sup> Dickmann, 254.

<sup>48</sup> Ebd., 377 f.

<sup>49</sup> Ebd., 27.

<sup>50</sup> Ebd., 52 f.

Pfälzer aber war schon längst nicht mehr haltbar, nachdem selbst für Schweden diese durch Odhner als Vorwand einer Kriegführung um anderer Ziele willen bezeichnet worden waren; ja selbst eine taktisch bedingte Unterstützung der pfälzischen Restitution war doch bei den einzelnen genannten Mächten zu jeweils unterschiedlichen Zeiten verschieden stark oder schwach ausgeprägt<sup>51</sup>.

Sehr entschieden hat dann Wagner die Meinung vertreten, die Pfalzfrage sei das „Haupthindernis einer Beilegung der Schwierigkeiten im Reich“ gewesen, wobei er einseitig dem Kurfürsten Maximilian die Schuld gibt<sup>52</sup>, und das, obwohl er die Verpflichtung des Kaisers, bei einem Verlust der Oberpfalz an Maximilian Oberösterreich herauszugeben, ausdrücklich anerkennt<sup>53</sup>. Was fehlt, ist der Hinweis darauf, daß Maximilian zu einem solchen Tausch bereit war<sup>54</sup>, der Kaiser aber sein Land nicht abtreten wollte.

Wie weit aber die Konzessionsbereitschaft des bayerischen Kurfürsten gegenüber seinen pfälzischen Vettern wirklich ging, haben erst die Arbeiten von Schweinesbein und Bierther gezeigt. So hat Schweinesbein nachgewiesen, daß Verhandlungen über die Pfalzfrage auf dem Regensburger Reichstag nicht etwa an bayerischem Widerstreben scheiterten, sondern an dem Mangel einer Instruktion für den spanischen Botschafter<sup>55</sup>. An den Wiener Verhandlungen sei Maximilian sehr viel gelegen gewesen; er sei auch bereit gewesen, das kaiserliche Projekt<sup>56</sup> zu akzeptieren, wenn auch mit dem Hintergedanken, daß eine Einlösung der Oberpfalz unmöglich sein und bleiben werde. Abgelehnt worden ist das Projekt durch den englischen Vertreter der pfälzischen Interessen<sup>57</sup>. Interessant ist die Mitteilung Schweinesbeins, daß Hessen-Kassel erklärt habe, es sei nur an der pfälzischen Restitution interessiert und werde nach deren Regelung sich dem Reich wieder anschließen, Maximilian aber habe das nicht ernst genommen<sup>58</sup>. Sollte Dickmann seine Ansicht, die Pfalzfrage habe den Frieden verzögert, aus dem Studium hessischer Akten gewonnen haben? Aber dann hätte er dort wohl auch von den Verpflichtungen Kenntnis erhalten können, die die Landgräfin gegenüber Frankreich eingegangen war und die dafür sprechen, daß Maximilians Einschätzung zutreffend war<sup>59</sup>. Daß die bayerische Position in der Pfalzfrage längst nicht so starr war, wie man lange gemeint hat, daß die Frage nicht durch rechtlichen Entscheid ausgemacht werden konnte, wo die Rechtslage so unklar war, daß andere Streitpunkte weit mehr dazu beitrugen, den Krieg am Leben zu erhalten, all das sollte heute klar sein. Daß im Zusammenhang mit der bayerischen Politik in der Pfalzfrage damit noch nicht alle Probleme gelöst sind, beweist gerade ein Blick in die bayerische Historiographie neuester Zeit. Während

<sup>51</sup> Vgl. dazu Kraus, Neues Bild, 520.

<sup>52</sup> Acta Pacis Westphalicae s. I Bd. 1, 327.

<sup>53</sup> Ebd., 329.

<sup>54</sup> Maximilian bot eine Restitution der Oberpfalz an die Pfalzgrafen unter der Bedingung, daß ihm die 13 Millionen ausbezahlt oder das Land ob der Enns wieder eingeräumt werde, auf dem Frankfurter Deputationstag, worauf schon Doeberl hingewiesen hat (Doeberl, Entwicklungsgeschichte, 598 f.).

<sup>55</sup> Schweinesbein, 113.

<sup>56</sup> Vgl. Anm. 3.

<sup>57</sup> Schweinesbein, 114.

<sup>58</sup> Ebd., 135.

<sup>59</sup> Zu den neuen Erkenntnissen Bierthers zur Pfalzfrage vgl. meine Ausführungen im Kapitel zum Regensburger Reichstag.

Albrecht in seinem Beitrag zum „Handbuch der bayerischen Geschichte“ meint, seit 1635 sei Maximilian bereit gewesen, in kirchlichen Fragen nachzugeben, „um die Kur und Kurlande zu retten“<sup>60</sup>, verweist Kraus darauf, daß gerade dieses Festhalten an den Erwerbungen von 1623/28 dem konfessionspolitischen Interesse der deutschen Katholiken entsprach, alle wesentlichen Zugstände an die Protestanten aber ohne Maximilians Zutun schon 1635 gemacht worden seien<sup>61</sup>. Wie Maximilian selbst den Zusammenhang von Pfalz- und Religionsfrage gesehen hat, ist ein offenes Problem; es gehört in den wohl schwierigsten Fragenkomplex bei der Beurteilung von Maximilians Persönlichkeit, den der Bedeutung der religiösen Orientierung für seine Politik<sup>62</sup>.

<sup>60</sup> Albrecht, *Konfessionelles Zeitalter*, 453.

<sup>61</sup> Kraus, *Geschichte Bayerns*, 250.

<sup>62</sup> Albrecht, *Kriegs- und Friedensziele*, 264–267 referiert – für die Zeit bis 1645 an Schweinesbein angelehnt – den Forschungsstand. Wichtig ist sein deutlicher Hinweis darauf, daß Maximilian erst den widerstrebenden Kaiser für die Lösung der achten Kur gewinnen mußte.

## 7. Die Bedeutung des religiösen Moments in Maximilians Politik

Nichts ist bei der Beurteilung der Persönlichkeit Maximilians so schwierig und unter den Historikern, die sich damit beschäftigt haben, so umstritten, wie die Einschätzung der Bedeutung, die seine Religiosität für seine Politik hatte. Dies gilt natürlich auch für die von ihm in den Religionsverhandlungen des Westfälischen Friedenskongresses verfolgte Linie.

Allerdings scheint die große Bedeutung der Regelungen des Westfälischen Friedenswerks für den konfessionellen Frieden im Reich zunächst zu einer ganz unter dem Primat des Staatsrechtlichen stehenden Darstellung geführt zu haben. Einen knappen Hinweis findet man bei Pfanner, der die bayerische Kompromißbereitschaft darauf zurückführt, daß Maximilian die Zustimmung der Protestanten zu seinem Standpunkt in der Pfalzfrage dafür einhandeln wollte<sup>1</sup>. Eine historische Erörterung über das Zustandekommen des konfessionellen Ausgleichs findet sich bis ins späte 18. Jahrhundert nur bei Meiern. Er stellt heraus, wie die bayerischen Gesandten sich im Laufe des Jahres 1647 bemühten, die von den Kaiserlichen betriebenen Bemühungen um einen gütlichen Ausgleich zu fördern, wobei er das bayerische Interesse an protestantischer Nachgiebigkeit in der Pfalzfrage als Korrelat dazu sieht<sup>2</sup>; zu festen Abmachungen über eine Verknüpfung der beiden Fragen hätten die Bayern sich jedoch nicht herbeigelassen<sup>3</sup>. Immerhin muß, worauf Meiern sich zu seiner Zeit verlassen mußte, da andere Quellen, insbesondere auch bayerische, ihm nicht zur Verfügung standen, die Haltung Bayerns den intransigenten Katholiken als eigensüchtig und berechnend erschienen sein; Meiern zitiert den Vorwurf, den diese Maximilian machten: „negat in suis, Ergo concedit in aliis“<sup>4</sup>. Doch berichtet Meiern auch davon, daß der bayerische Gesandte Krebs 1648 die Protestanten mahnte, in der Frage der Rechte ihrer Glaubensbrüder in den kaiserlichen Erblanden nachzugeben, um den Kaiser gegen spanische Interessen für den Frieden zu gewinnen<sup>5</sup>. Dies läßt die Motivation Maximilians bei seinem Vorgehen gegen die Protestanten in anderem Licht erscheinen, als oben wiedergegeben.

Für Schiller sind im Dreißigjährigen Krieg die Religionsangelegenheiten als Hauptstreitpunkt untrennbar mit dem jeweiligen Eigeninteresse der Staaten und Fürsten verwoben<sup>6</sup>; so war auch Maximilian von Bayern „nie ungewiß zwischen seinem Staatsvorteil und seiner Religion“<sup>7</sup>. Es handelt sich hier jedoch nicht um

<sup>1</sup> Pfanner, 388.

<sup>2</sup> Meiern IV, 152 und 159.

<sup>3</sup> Ebd., 131 und 609.

<sup>4</sup> Ebd., 903.

<sup>5</sup> Ebd., V, 511.

<sup>6</sup> Schiller, 25 f.

<sup>7</sup> Ebd., 89.

eine aus dem Studium von Quellen erwachsene Feststellung, sondern um einen Schillers tatsächliches Nicht-Wissen in diesem Punkte überdeckenden literarischen Kunstgriff. Daß die Verhältnisse so einfach nicht sind, ergaben zur selben Zeit die Forschungen Schmidts. Er glaubt, in der bayerischen Religionspolitik auf dem Westfälischen Friedenskongreß zwei Phasen feststellen zu können. Noch 1645/46 habe Maximilian, von den Jesuiten mißgeleitet, einen ewigen Verzicht auf Kirchengut für „unthunlich“ gehalten<sup>8</sup>, seit dem Herbst 1647 aber habe er den Frieden „auf das äusserste“ gesucht und durch seine Gesandten den katholischen Ständen vortragen lassen, man solle lieber einige Klöster aufopfern als die ganze katholische Kirche Deutschlands großer Gefahr aussetzen.

Der bayerische Historiograph Lorenz Westenrieder sah sich zu seiner Zeit in die seltsame Lage versetzt, Maximilian gegen die auch bei Schmidt angedeuteten Tendenzen der Geschichtsschreiber seiner Zeit verteidigen zu müssen, „daß er überhaupt auf den Vortheil seines Hauses keine Rücksicht genommen, sondern allein von seinem Bigotismo sich verleiten, und vom römischen Hof, und den Geistlichen überhaupt sich habe regieren lassen“<sup>10</sup>. Demgegenüber weist er auf die Aussagen der Zeitgenossen Maximilians hin, die diesen für einen Vertreter der Staatsräson gehalten hätten<sup>11</sup>.

Nach dem von Schmidt gewiesenen Weg geht auch Söttl vor, den Kurswechsel bringt er in einen nicht näher erläuterten Zusammenhang mit der Ausgleicheung der pfälzischen Frage<sup>12</sup>. Auf die Ansichten Rankes über die konfessionspolitische Motivierung der bayerischen Frankreichpolitik wurde anderen Orts bereits eingegangen.

Eine wichtige Rolle spielt die religiöse Fragestellung dann erst wieder bei Schreiber, der Maximilian ja in Anklang an den Ehrentitel des Königs von Spanien den „Katholischen“ nennt. Wie Ranke sieht der Autor den Wunsch des Kurfürsten nach guten Beziehungen zu Frankreich auch in der religiösen Gemeinsamkeit begründet; in der Kaisertreue aber sieht er ein noch stärkeres Motiv<sup>13</sup>. Schreiber stellt Maximilian als unentwegten Kämpfer für die Bewahrung der Rechte der Kirche nach der katholischen Auslegung des Augsburger Religionsfriedens dar, soweit sie nach dem Prager Frieden noch verblieben waren<sup>14</sup>. Ganz ähnliche Ansichten vertreten Denk<sup>15</sup> und Heigel, der den Kurfürsten hierin einem Gewissensdruck durch die Jesuiten ausgesetzt sieht<sup>16</sup>; diese Meinung beruht wohl einzig und allein auf dem zeitgenössischen liberalen Vorurteil gegen diesen Orden.

Nach diesen mehr von Überzeugungen als von Forschungen bestimmten Äußerungen erbrachte eine Beschäftigung mit den Quellen eine ganz erhebliche Revision des Maximilianbildes. Nicht in das von den drei letztgenannten Autoren gezeichnete Portrait paßte schon die Feststellung von Rast, daß Maximilian auf dem Nürnberger Kurfürstentag bereit war, auf den sächsischen Vorschlag einer Amnestie mit dem Stichjahr 1618 unter Ausnahme der Pfalzgrafen einzugehen, falls

<sup>8</sup> Schmidt XI, 123.

<sup>9</sup> Ebd., XII, 22 f.

<sup>10</sup> Westenrieder, Helden, 211.

<sup>11</sup> Ebd., 212 f.

<sup>12</sup> Söttl II, 524 f.

<sup>13</sup> Schreiber, Maximilian, 874 und 900 f.

<sup>14</sup> Ebd., 885 und 896.

<sup>15</sup> Schaching, 265.

<sup>16</sup> Heigel, 421.

Sachsen garantieren könne, daß dann alle Protestanten sich mit dem Kaiser vereinigen würden. Wenn die Bedingung auch schwer erfüllbar und der Begriff der Amnestie in seiner Auswirkung auf den Besitz von ehemaligem Kirchengut auch vage war, so gilt Maximilians positive Reaktion auf den sächsischen Vorschlag Rast wohl zu recht als Beweis, daß der Kurfürst das konfessionelle Interesse dem des Friedens nachordnete<sup>17</sup>.

Egloffstein hat zwar an mehreren Beispielen aufgezeigt, wie die bayerische Politik im Laufe des Jahres 1645 die Religionsverhandlungen zu verzögern oder von den internationalen Friedensverhandlungen getrennt zu halten suchte, um eine für die Katholiken günstige Verhandlungsposition zu erreichen<sup>18</sup>, aber auch er stellt fest, daß Maximilian seine harte Haltung nur soweit aufrechterhielt, daß sie von den Kaiserlichen nicht als Beweis für eine Bereitschaft zur Fortsetzung des Krieges mißdeutet werden konnte<sup>19</sup>. Den Übergang zur versöhnlichen Einstellung gegenüber den Protestanten 1647 wertet Egloffstein als Folge einer Enttäuschung des Kurfürsten über die Friedenswilligkeit Frankreichs<sup>20</sup>.

Daß Riezler, wenn auch weit weniger extrem als Ranke, die bayerische Frankreichpolitik unter anderem auf kirchliche Rücksichten zurückführt, wurde bereits erwähnt. Ansonsten haben, der allgemeinen Tendenz Riezlers entsprechend, die religiös-konfessionellen Verhandlungspunkte keine Berücksichtigung gefunden; damit aber stellte sich die Frage nach dem Gewicht der katholisch-kirchlichen Interessen in Maximilians Friedenspolitik nicht.

Auf diese Frage stieß im Zusammenhang seiner Untersuchung jedoch Steinberger. Entgegen früher vertretenen Ansichten veranschlagt er den Einfluß der Jesuiten auf die Politik des Münchner Hofes gering<sup>21</sup>. Maximilian sei ein so „kraftvoller und durchaus selbständiger Charakter“<sup>22</sup>, ein Fürst von so „ausgeprägtem dynastischen Selbstbewußtsein“, der der Staatsräson folgte, gewesen, daß die Befragung der Theologen „mehr oder minder . . . bloße Formsache“ gewesen sei<sup>23</sup>. Gegen Heigel stellt Steinberger ausdrücklich fest, daß die bayerische Politik in der Frage der „ewigen“ Abtretung von Kirchengut von Anfang an mehr auf die Erhaltung von Rechtsfiktionen als wirklichen Tatbeständen angelegt war, da Maximilian zwar gegen jene, nicht aber gegen die Zuerkennung von Sitz und Stimme an protestantische Administratoren sich aussprach<sup>24</sup>.

Auch Ritter hat den Kurfürsten zu den Gemäßigten unter den Katholiken gezählt, der Härte nur dort zeigte, wo es um den Konfessionsstand in der Oberpfalz, mithin um seine eigenen Interessen, ging<sup>25</sup>. Auch in der Darstellung dieses Autors spielen die Religionsverhandlungen kaum eine Rolle. Ganz derselben Linie folgt Doeberl, freilich mit dem Zusatz, daß er – rückblickend auf die ganze Geschichte des Dreißigjährigen Krieges – Maximilian für den Retter der noch vorhandenen geistlichen Fürstentümer erklärt<sup>26</sup>.

<sup>17</sup> Rast, 38 f.

<sup>18</sup> Egloffstein, 36 f., 40 ff. und 57.

<sup>19</sup> Ebd., 115.

<sup>20</sup> Ebd., 115 f.

<sup>21</sup> Steinberger, 20.

<sup>22</sup> Ebd.

<sup>23</sup> Ebd., 4.

<sup>24</sup> Ebd., 60 f.

<sup>25</sup> Ritter, 636.

<sup>26</sup> Doeberl, Entwicklungsgeschichte, 602 ff.

In ähnlicher Weise ordnet Pastor den bayerischen Kurfürsten in die Reihe der Gemäßigten an die Seite Trauttmansdorffs ein; diese erscheinen ihm als eine „mehr opportunistische, nachgiebige und vermittelnde“ Gruppe<sup>27</sup>. Er kontrastiert die frühere Politik Bayerns und noch aus dem Jahr 1643 stammende, Unnachgiebigkeit signalisierende Erklärungen Maximilians mit seiner Haltung auf dem Friedenkongreß, muß freilich auch zugeben, daß Bayern zuletzt äußerst erschöpft war und Maximilian glaubte, jetzt der Überzahl der Feinde nachgeben zu müssen, um wenigstens noch zu retten, was zu retten war. Wenn er in diesem Zusammenhang den Vorwurf erhebt, der „Haupturheber“ des Restitutionsedikts habe dessen Errungenschaften völlig preisgegeben, so tut er dem Kurfürsten im übrigen Unrecht, denn dies hatte schon der Kaiser im Prager Frieden getan<sup>28</sup>. Hinter der Darstellung Pastors steht die der Zeitgenossen an der Kurie, wo man Bayern vorwarf, mehr auf seine eigenen Interessen als auf die Kirche zu sehen<sup>29</sup> und am für die Kurie enttäuschenden Ausgang des Friedenskongresses hauptsächlich schuldig zu sein<sup>30</sup>. Pastor richtet dieselben Vorwürfe allerdings auch gegen Frankreich, das die deutschen Katholiken in ihren Hoffnungen völlig enttäuscht habe<sup>31</sup>.

Zu einer unvoreingenommenen Haltung findet erst wieder Dickmann, der nun auch wieder die Entwicklung herausstellt, die sich in Maximilians Haltung zu konfessionellen Fragen während des Friedenskongresses abspielte. Dickmann zeigt, daß Maximilian, als Trauttmansdorff zeitweilig einen Sonderfrieden mit Schweden und Protestanten anzustreben schien, dies keinesfalls hinzunehmen bereit war<sup>32</sup>, und meint, daß der Kurfürst die kaiserliche Verhandlungsstrategie nicht nur wegen seines Wunsches nach einem schnellstmöglichen Ausgleich mit Frankreich, sondern auch aus konfessionspolitischem Interesse zu Fall brachte<sup>33</sup>. Widersprüchlich sind Dickmanns Aussagen zu den Beziehungen zwischen Pfalz- und Religionsfrage; einmal meint er, daß auch Bayern den Ausgleich mit den Protestanten wollte, nachdem es eingesehen hatte, daß nur mit kaiserlicher und französischer Unterstützung es seine Position in der pfälzischen Angelegenheit nicht gegen eine geschlossene Front aus Schweden und Protestanten durchdrücken konnte und der die Erwerbungen sichernde Friede vom konfessionellen Ausgleich abhing<sup>34</sup>, dann aber bezeichnet er es wieder als das Ziel der bayerischen Politik, durch Verschiebung der Konfessionsverhandlungen den Protestanten die Unterstützung der Großmächte zu entziehen, sich selbst aber durch Beschleunigung der Satisfaktionsverhandlungen bei Frankreich beliebt zu machen<sup>35</sup>. Das bayerische Ausgangsprogramm für die Konfessionsverhandlungen umschreibt Dickmann in folgenden Punkten: Feierliche Bestätigung des Geistlichen Vorbehalts und seine Ausdehnung auf Mediastifte, Bewahrung der Möglichkeit, katholische Bischöfe zu wählen, auch in jetzt evangelischen Stiften, kein „ewiger“ Verzicht auf Kirchengut, Verweigerung von Sitz und Stimme für protestantische Administratoren – ob in diesem Punkt Dickmanns oder Steinbergers Ansicht zutrifft, wäre zu

<sup>27</sup> Pastor, 79.

<sup>28</sup> Ebd., 89 f.

<sup>29</sup> Ebd., 92.

<sup>30</sup> Ebd., 98 f.

<sup>31</sup> Ebd., 93.

<sup>32</sup> Dickmann, 252.

<sup>33</sup> Ebd., 255.

<sup>34</sup> Ebd., 343 f.

<sup>35</sup> Ebd., 351.

klären – , keine Religionsfreiheit für Evangelische in katholischen Territorien und – als einziges Zugeständnis – reichsrechtliche Anerkennung der Calvinisten<sup>36</sup>. Dickmann stellt dar, wie Bayern unter Verzicht auf dieses Programm im Laufe des Jahres 1648 viel zum erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen mit den Protestanten beitrug<sup>37</sup>, allerdings unter Einfügung von Beispielen, die zeigen, daß es bis zuletzt nur dort nachzugeben bereit war, wo es nicht um die geschlossene Katholizität des eigenen Territoriums ging<sup>38</sup>.

Daß auch durch Schweigen ein falscher Eindruck entstehen kann, zeigt die Darstellung Steinbergs, der schreibt, das Verdienst, Kompromisse erreicht und durchgesetzt zu haben, gebühre Bamberg und Würzburg auf katholischer, Braunschweig und Weimar auf evangelischer Seite<sup>39</sup>. Das ist insofern richtig, als diese Stände durch die Eröffnung direkter Gespräche zwischen den Parteien die Verhandlungen über den nach der Abreise Trauttmansdorffs entstandenen toten Punkt hinwegbrachten<sup>40</sup>, verschwiegen wird aber, daß eine Durchsetzung der Verhandlungsergebnisse auf katholischer Seite ohne Bayern nicht möglich gewesen wäre.

Hubensteiner meint zwar auch, daß es Maximilian zuletzt nur noch um die Behauptung der Kurwürde und der Oberpfalz einschließlich deren Rekatholisierung gegangen sei, verteidigt ihn aber gegen den Vorwurf, es sei ihm nur um den Staat gegangen, durch den Hinweis auf die religiöse Ausrichtung dieses Staates, die jeden Gewinn Bayerns auch zu einem Gewinn für die Kirche machte<sup>41</sup>; und wenn man die Geschichte des Krieges insgesamt betrachte, so sei es Maximilian gewesen, der die „für das alte Reich so kennzeichnenden geistlichen Fürstentümer“ erhalten habe<sup>42</sup>.

Eine Verknüpfung von Pfalz- und Religionsfrage sieht auch Schweinesbein als gegeben an: „Fraglos war auch für Maximilian die Erhaltung des Katholizismus nach wie vor ein Anliegen, doch konnte er eine Kompromißbereitschaft in konfessionellen Fragen mit Rücksicht auf sein unverrückbar festgehaltenes Ziel der Erhaltung von Kur und Oberpfalz nicht ausschließen“<sup>43</sup>. Wie richtig diese Ansicht auch immer sein mag, sie übersieht doch etwas ganz Wesentliches: Da die bayerische Kurwürde eine katholische Mehrheit im Kurfürstenrat sicherte, und die Oberpfalz unter pfälzischer Herrschaft sicher nicht katholisch, jedenfalls nicht ausschließlich katholisch geblieben wäre, ging es bei beiden Zielen Maximilians nicht nur um territorialstaatliche, sondern auch um konfessionelle Interessen, somit aber um einen Kompromiß in konfessionellen Dingen, bei dem beide Parteien nachgeben mußten. Im übrigen konnte Schweinesbein ein wichtiges Argument zur Widerlegung der Ansicht Rankes und Keyms, Bayern habe den Franzosen das Elsaß aus konfessionspolitischen Motiven in die Hände gespielt, mitteilen; dem nämlich widerspricht ein Gutachten des Geheimen Rates aus dem Jahre 1642, in dem zu lesen steht, eine Unterstützung Frankreichs, das im Reich die Protestanten

<sup>36</sup> Ebd., 355.

<sup>37</sup> Ebd., 458 f.

<sup>38</sup> Vgl. ebd., 461 (gegen Autonomie für Andersgläubige) und 463 (Einverständnis mit Parität in der Reichsstadt Augsburg).

<sup>39</sup> Steinberg, 100.

<sup>40</sup> Vgl. Dickmann, 458.

<sup>41</sup> Hubensteiner, Geist des Barock, 119 f.

<sup>42</sup> Ebd., 121.

<sup>43</sup> Schweinesbein, 122.

gegen die Katholiken fördere, sei um des Reiches und der Religion willen nicht zu verantworten<sup>44</sup>. Da die französische Politik sich in diesem Punkt bis 1645/46 nicht gewandelt hat, dürften konfessionelle Motive beim bayerischen Verhalten in der Elsaßfrage keine Rolle gespielt haben, jedenfalls nicht im Hinblick auf den Konfessionsstand im Elsaß selbst.

Wolff befaßt sich in erstaunlicher Kürze mit der bayerischen Konfessionspolitik. Bayern zählt er anfangs zu den Intransigenten unter den Katholiken; im Sommer 1646 aber sei es, auch da die übrigen Intransigenten sich immer enger an Spanien anschlossen, zu den Kompromißbereiten übergegangen. Wenn es dabei schließlich konsequenter als die kaiserlichen Gesandten auf Ausgleich setzte, so führt Wolff das – unter direktem Rückgriff auf Pfanner – auch auf sein Interesse in der pfälzischen Frage zurück<sup>45</sup>. Er erwähnt freilich auch den Wunsch nach Frieden und nach Sicherung des Erreichten<sup>46</sup> und die Tatsache, daß der bayerische Kurs von der Mehrheit der katholischen Stände unterstützt wurde<sup>47</sup>. Recht ertragreich für Einzelheiten der bayerischen Religionspolitik ist das Buch von Ruppert, auch wenn er sie aus der kaiserlichen Optik betrachtet. So gibt er unkommentiert Trauttmansdorffs Meinung wieder, Bayern treffe durch seine Separationsdrohungen, mit denen es die Position der Katholiken schwäche, eine Mitschuld an Protestanten gemachten Zugeständnissen<sup>48</sup>. Andererseits habe Maximilian sich geweigert, eine Mitverantwortung dafür zu übernehmen, daß alte theologische und reichsrechtliche Positionen aufgegeben wurden<sup>49</sup>. Kritisiert Ruppert in dieser Phase der Verhandlungen – 1646 – einen Mangel an Kompromißbereitschaft bei Bayern, so rügt er andererseits, nach dem Vertrag von Ulm sei Bayern seiner Verantwortung für die katholische Sache nicht mehr nachgekommen<sup>50</sup>. Das habe dem Kaiser als Rechtfertigung für die nachgiebige Haltung seiner Gesandten gedient, eine Ansicht, der der zeitliche Ablauf entgegensteht, waren doch die wichtigsten Zugeständnisse schon in der kaiserlichen Endlichen Erklärung vom 1. 12. 1646 enthalten<sup>51</sup>. Einen Zusammenhang zwischen Pfalz- und Religionsfrage sieht auch Ruppert; Bayern habe sich deshalb bei letzterer zurückgehalten<sup>52</sup>, die bayerischen Gesandten seien empört gewesen, als sie sehen mußten, wie Trauttmansdorff den Protestanten und Schweden Zugeständnis um Zugeständnis machte, ohne daß diese sich in der Pfalzfrage festlegten<sup>53</sup>.

<sup>44</sup> Ebd., 175.

<sup>45</sup> Wolff, 51 f.

<sup>46</sup> Ebd., 57.

<sup>47</sup> Ebd., 63.

<sup>48</sup> Ruppert, 227.

<sup>49</sup> Ebd., 247.

<sup>50</sup> Ebd., 362.

<sup>51</sup> Vgl. ebd., 363. Die während des Ulmer Waffenstillstandes zugestandene Autonomie bezeichnet Ruppert selbst als sachlich unbedeutend (ebd., 280). Von der ebenfalls während dieses Zeitraums eingeräumten Osnabrücker Alternation sagt er, Trauttmansdorff hätte sie vielleicht vermeiden können, wenn er auf französische Unterstützungsangebote eingegangen wäre; der kaiserliche Minister habe jedoch gefürchtet, Frankreich werde dann den Kaiser zum Bruch mit Spanien zwingen (ebd., 290 f.). Die kaiserliche Politik gab also Osnabrück preis und konnte den Bruch mit Spanien schließlich doch nicht vermeiden! Im übrigen wurde während des Waffenstillstandes lediglich die Parität in einigen Reichsstädten zugestanden.

<sup>52</sup> Ebd., 279.

<sup>53</sup> Ebd., 282.

Kraus vermutet, daß hinter Maximilians anfänglicher harter Haltung nur die Absicht steckte, Trauttmansdorffs Verhandlungen mit den Protestanten zu hintertreiben, um ihn zu zwingen, erst die französische Satisfaktion zu erledigen, eine Ansicht, die von gewissen Feststellungen Rupperts bestätigt zu werden scheint<sup>54</sup>. Vielleicht habe Maximilian auch die Absicht gehabt, durch Auffrischung alter katholischer Positionen die Verhandlungsbasis zu verbreitern, um Objekte zu haben, die man preisgeben könne<sup>55</sup>. Wenn Maximilian im übrigen die Kurwürde und die Oberpfalz mehr wert gewesen seien als militärisch längst verlorene Hochstiftsterritorien, so habe er damit nur den status quo verteidigt<sup>56</sup>. Diesen status quo als reichsrechtliches Prinzip zu verankern, sei in erster Linie sein Werk gewesen<sup>57</sup>.

Auch Bireley unterscheidet klar eine intransigente und eine moderate Phase in der bayerischen Konfessionspolitik auf dem Friedenskongreß, sieht die Ursache für den Umbruch jedoch – anders als Ruppert, auf den er sich hinsichtlich der Fakten stützt – in der militärischen Katastrophe von 1646<sup>58</sup>.

Albrecht stellt heraus, daß Maximilian mit der Sicherstellung einer katholischen Mehrheit im Kurfürstenrat, der Verbürgung der Katholizität des eigenen Landes einschließlich der Oberpfalz sowie der habsburgischen Lande, außerdem der Erhaltung der geistlichen Fürstentümer wichtige konfessionspolitische Ziele erreicht habe<sup>59</sup>. In letzterem Punkte ruft Albrecht ein von Doeberl und Hubensteiner angeschnittenes, außerhalb Bayerns aber nie zur Kenntnis genommenes Thema in Erinnerung.

<sup>54</sup> Vgl. ebd., 247: Bayern gab nach Übersendung der kaiserlichen Elsaßinstruktion vom 2. 3. 1646 in der Frage der Mediatstifte nach.

<sup>55</sup> Kraus, Neues Bild, 524.

<sup>56</sup> Kraus, Geschichte Bayerns, 250.

<sup>57</sup> Ebd., 253.

<sup>58</sup> Bireley, 105.

<sup>59</sup> Albrecht, Kriegs- und Friedensziele, 268.

## 8. Zum bayerisch-spanischen Verhältnis

Durch die Historiographie der bayerischen Politik von 1639 bis 1648 zieht sich wie ein roter Faden, bei den einzelnen Autoren einmal schärfer, dann wieder schwach ausgeprägt, die Meinung, das Verhältnis des bayerischen Kurfürsten zu Spanien sei prinzipiell schlecht gewesen. Nun ist es unbestritten, daß die bayerische Politik der spanischen, je länger, desto mehr, entgegengesetzt war. Unterschiedliche Interessen und entgegengesetzte Ansichten über die Frage, unter welchen Bedingungen und zu welchem Zeitpunkt ein Friede wünschenswert sei, gaben genug Anlaß zu einer tiefgehenden Entfremdung zwischen München und Madrid. Doch haben sich viele Geschichtsschreiber nicht damit begnügt, das schlechte bayerisch-spanische Verhältnis mit diesen objektiven Gegebenheiten zu erklären, sie glaubten vielmehr auf seiten Maximilians hier auch ein subjektives Moment entdecken zu können.

Diese Tendenz läßt sich bis zum ersten Geschichtsschreiber des Westfälischen Friedens, Tobias Pfanner, zurückverfolgen, der angibt, Bayern habe Spanien die kaiserliche Hilfe entziehen wollen in dem Bestreben, Frankreich seinen guten Willen zu beweisen, oder, um aus eigenem Ehrgeiz das Haus Habsburg zu schädigen, oder aus „*humanae malignitatis ingenio*“<sup>1</sup>. Was hier nur in vagen Worten angedeutet wird, findet sich bei Schiller konkretisiert. Maximilian habe die Spanier gehaßt und es ihnen nie vergeben, daß sie gegen seine Bewerbung um die pfälzische Kur 1621/23 opponiert hatten. So sei es jetzt leicht gewesen, dem Kurfürsten die Meinung beizubringen, nur Spanien stünde dem Frieden mit Frankreich entgegen und bloß der spanische Einfluß halte den Kaiser davon ab, nicht wenigstens einen Waffenstillstand einzugehen<sup>2</sup>. Die beiden Elemente der Schillerschen Ansicht, Haß und Rachsucht Maximilians gegen Spanien sowie die von außen an ihn herangetragene Ansicht, die spanische Politik sei das größte Friedenshindernis, sollten von nun an nicht mehr aus der deutschen Historiographie verschwinden. So sagt Barthold<sup>3</sup>, Maximilian sei „irrig überzeugt“ gewesen, daß nur Spanien den Kaiser zur Fortsetzung des Krieges anhalte, wobei der Kurfürst wegen der 1621/23 bezeugten spanischen „Mißgunst“ sowieso Spanien nicht freundlich gesinnt gewesen sei. Dabei bemüht sich der Maximilian positiv gegenüberstehende Autor noch um eine maßvolle Ausdrucksweise. Bei Paulig<sup>4</sup> ist ganz einfach vom Haß Maximilians auf die Spanier die Rede. Beide Historiker haben hier ohne eigene Studien die einmal aufgestellte Behauptung übernommen.

Riezler ist dies selbstverständlich nicht vorzuwerfen, doch scheint auch er von dem schon bestehenden Stereotyp nicht unbeeinflusst geblieben zu sein. Auch er

<sup>1</sup> Pfanner, 461.

<sup>2</sup> Schiller, 303. Die Bemerkung steht im Zusammenhang der Vorgeschichte des Ulmer Waffenstillstands.

<sup>3</sup> Barthold II, 564.

<sup>4</sup> Paulig, 285.

nimmt eine emotionale Abneigung Maximilians gegen Spanien an; als Beweis gelten ihm die Äußerungen des Kurfürsten zu Marschall Grammont, mit Spanien verbänden ihn „weder Interesse noch Neigung“ und „er kenne diese hochmütige Nation zur Genüge, um dringend zu wünschen, daß er nichts mit ihr zu schaffen habe“<sup>5</sup>. Diese für französische Ohren bestimmte Aussage hält Riezler bedenkenlos für den wahren Ausdruck der Gesinnung Maximilians<sup>6</sup>. Allerdings führt Riezler auch durchaus rationale Argumente für die antispanische Haltung Bayerns an; der Hauptgrund für die bayerische Opposition gegen die kaiserlich-spanische Verbindung sei gewesen, daß das Reich an ihr zugrundegehen drohte. Den spanischen Einfluß in Wien habe man in München freilich überschätzt<sup>7</sup>. Einen Teil der Schuld an dem gespannten Verhältnis schiebt Riezler auf die Gegenseite, indem er angibt, die spanischen Gesandten in München und Wien, Don Diego Saavedra und der Herzog von Terranova, seien Gegner Bayerns gewesen<sup>8</sup>.

In mißverständener Interpretation der Aussagen Riezlers hat Steinberger<sup>9</sup> die These von der emotionalen Antipathie Maximilians gegen Spanien auf die Spitze getrieben, wenn er meint, durch die „so scharf ausgeprägte Abneigung gegen Spanien“ sei das bayerische Verhältnis zu Frankreich größtenteils bedingt gewesen, was ja nichts anderes heißen kann, als daß der Kurfürst gerade deshalb die Annäherung an Frankreich sucht, weil sein Verhältnis zu Spanien so schlecht ist. Auch wenn die bayerisch-spanischen Beziehungen in dieser Zeit noch wenig erforscht sind, so erscheint es doch als sehr wahrscheinlich, daß Steinberger den Kausalzusammenhang gerade verkehrt gesehen hat.

Dickmann hat in seiner Geschichte des Westfälischen Friedens – endlich, möchte man fast sagen – auf die Spekulation über Maximilians Gefühle gegenüber den Spaniern verzichtet und nur auf die doch ganz naheliegenden realpolitischen Gründe hingewiesen: „Was gingen das aufständische Portugal, das die Spanier unbedingt vom Kongreß ausschließen wollten, was Katalonien, was der Frieden zwischen Frankreich und Spanien das Reich an?“<sup>10</sup>. Somit sind seiner Ansicht nach nicht Haß und alte Abneigung, sondern Desinteresse und nüchterne Überlegung die bestimmenden Motive Maximilians bei seiner Politik gegenüber Spanien. Dasselbe scheint Hubensteiner<sup>11</sup> zu meinem, wenn er davon spricht, ab 1640 sei der Kurfürst sich über die „ Hoffnungslosigkeit der Gesamtsituation“ im Klaren gewesen und habe deshalb einen „Kompromiß-, ja Verzichtfrieden“ angestrebt. Einem solchen Frieden stand aber eben Spanien im Wege, auch wenn Hubensteiners Formulierung, in den letzten acht Jahren habe die bayerische Diplomatie kein anderes Ziel gekannt, als Wien von Madrid zu trennen und Spanien aus Deutschland „hinauszumanövrieren“<sup>12</sup>, überspitzt erscheint.

Dennoch ist die Anschauung von der emotionalen Voreingenommenheit Maximilians gegen die Spanier keineswegs aus der Geschichtsschreibung verschwun-

<sup>5</sup> Riezler, *Baiern*, 596.

<sup>6</sup> Daß Mazarin glaubte, zwischen Spanien und Kurfürst Maximilian herrsche Haß, zeigt Chêrueil II, 322. Chêrueil hat freilich nicht danach gefragt, ob diese Ansicht zutrifft oder ob Mazarin hier nicht einem – von Bayern bewußt geförderten – Irrtum unterlag.

<sup>7</sup> Ebd., 543.

<sup>8</sup> Ebd., 593.

<sup>9</sup> Steinberger, 22.

<sup>10</sup> Dickmann, 301.

<sup>11</sup> Hubensteiner, *Bayern und Spanien*, 99.

<sup>12</sup> Hubensteiner, *Geist des Barock*, 119.

den. Schweinesbein sieht in dem schlechten Verhältnis zu Spanien einen „Einbruch des Affekts in die Politik Maximilians“<sup>13</sup>, herrührend aus der Enttäuschung über die Haltung, die Spanien einst gegenüber der Kurübertragung eingenommen hatte. Aus demselben Grunde sei auch ein positives „gefühlsmäßiges Moment“ in die französische Politik des Kurfürsten verwoben gewesen, auch wenn Schweinesbein meint, dies sei nach 1635 zurückgetreten<sup>14</sup>. Zugleich aber hat er übersehen, daß zwischen der Kurübertragung und der von ihm behandelten Zeit 1633/34 eine Phase enger bayerisch-spanischer Zusammenarbeit liegt. Dabei hat gerade Schweinesbein eine große Zahl von ganz rationalen Gründen zusammengetragen, die die zunehmende Abkühlung der bayerisch-spanischen Beziehungen veranlassen konnten. Die spanische Hilfe sei ab 1638 geringer gewesen als die Unterstützung, die Spanien von Kaiser und Reich erwartet habe, bei mangelnder Bereitschaft der spanischen Staatsführung zu politischer und militärischer Kooperation mit den Verbündeten<sup>15</sup>. Zudem scheint gerade eine Kombination aus dem dringenden Wunsch nach Frieden und Mißtrauen in die französische Friedensbereitschaft zeitweilig zu der Entfremdung von Spanien beigetragen zu haben. Im Januar 1643 schrieb Maximilian an den Kurfürsten von Mainz, da Frankreich offensichtlich keinen Universalfrieden wolle und Verhandlungen darüber stets hinauszögere und verschleppe, müsse man einen Frieden mit Frankreich unter Ausschluß Spaniens anstreben<sup>16</sup>. In einem Gutachten des Geheimen Rates aus dem Jahre 1642 heißt es, beim Abschluß eines bayerischen Sonderabkommens mit Frankreich sei ein französisch-spanischer Separatfriede zum Schaden Bayerns zu befürchten<sup>17</sup>. Daraus spricht Mißtrauen gleichermaßen gegen Spanien wie Frankreich.

Ganz auf der alten Linie befindet sich Ruppert, wenn er meint, der Ausgleich des Kaisers mit Frankreich in der Elsaßfrage sei Maximilians größter Erfolg gewesen, „denn“ (!) damit sei der Ausschluß Spaniens vom Frieden präjudiziert gewesen<sup>18</sup>. Als habe der Kurfürst angestrebt, den Kaiser mit Frankreich auszusöhnen, um Spanien zu isolieren, und nicht umgekehrt! Außerdem stimmt die Feststellung nicht, wie die heftigen Kämpfe zeigen, die 1648 noch zwischen dem Kaiser einerseits, Frankreich und den Reichsständen andererseits um den Ausschluß Spaniens ausgefochten wurden. Das Problem „Spanien und das Reich“ sieht Ruppert allzusehr vom kaiserlichen Standpunkt, sonst würde er nicht schreiben, die Stände hätten die Interessen Habsburgs für den Frieden im Reich „opfern“<sup>19</sup> wollen, so als wären sie verpflichtet gewesen, sich für die Interessen des habsburgischen Gesamthauses einzusetzen. Freilich sieht auch Ruppert ein, daß das Festhalten an Spanien bei sinkender spanischer Macht den Reichsständen „immer schwerer verständlich“ zu machen gewesen sei<sup>20</sup>.

Eine ganz andere Variation zum Thema bringt der britische Historiker Maland ins Spiel; nach seiner Ansicht habe Maximilian die spanischen Absichten im Rheinland derart gefürchtet, daß er die französischen darüber nicht wahrnahm<sup>21</sup>.

<sup>13</sup> Schweinesbein, 7.

<sup>14</sup> Ebd.

<sup>15</sup> Ebd., 28.

<sup>16</sup> Ebd., 161.

<sup>17</sup> Ebd., 174.

<sup>18</sup> Ruppert, 361.

<sup>19</sup> Ebd., 351.

<sup>20</sup> Ebd., 20.

<sup>21</sup> Maland, 179.

Auf eine bisher überhaupt nicht bemerkte Tatsache weist Bireley hin: Maximilian mußte seit 1637 wahrnehmen, daß Ferdinand III. die kaiserliche Politik enger an Spanien band, als dies sein Vater getan hatte. Der neue Kaiser schlug einen Kurs ein, der auf einen Ausgleich mit Schweden und den protestantischen Reichsständen und verschärften Kampf gegen Frankreich hinzielte. Das lief der Absicht Maximilians, Paris für die allgemein katholischen und speziell bayerischen Interessen zu gewinnen, entgegen; sein Bestreben, Wien von den beschriebenen Maximilien abzubringen, mußte den Kurfürsten in einen Gegensatz zu Spanien verwickeln<sup>22</sup>.

Lassen wir zuletzt einen spanischen Autor zu Wort kommen. Bei Fraga Iribarne findet sich kein Hinweis auf eine emotional spanienfeindliche Haltung des bayerischen Kurfürsten, nur den Grafen Kurz beschuldigt er – entsprechend der Meinung Saavedras – Spanien feindlich gesinnt gewesen zu sein<sup>23</sup>. Zur bayerischen Ablehnung eines spanischen Bündnisangebots während des Regensburger Reichstags sagt der Autor zwar, die bayerischen Hoffnungen auf Frankreich seien vom spanischen Gesandten mit einer „reducción al absurdo“ abgehandelt und das spanische Angebot gut verteidigt worden, doch dann fährt er ohne einen Vorwurf an die bayerische Seite etwas geheimnisvoll fort: „Pero el Destino estaba escrito en otra dirección y la alianza hispanobávara nunca se llegó a realizar“<sup>24</sup>. Zum bayerischen Verhalten ab 1645 meint Fraga Iribarne, Bayern habe allerdings seit Sommer 1645 die gemeinsame diplomatische Front geschwächt, aber Spanien habe nichts anzubieten gehabt. Der Autor scheint sich auch fast zu wundern, daß Bayern trotz einer Reihe von Gründen, die es dazu hätten veranlassen können, bis zum Ulmer Waffenstillstand nicht aus der gemeinsamen militärischen Front ausgesichert ist<sup>25</sup>. Wenn ein spanischer Geschichtsforscher zumindest beim Kurfürsten selbst keine persönliche Animosität gegen Spanien entdeckt hat, scheint es doch angebracht, die Ansicht von der tiefverwurzelten Abneigung Maximilians gegen Spanien zumindest als eine auf sehr unsicherer Grundlage stehende Vermutung zu charakterisieren; eine Antwort auf das Problem könnte erst eine eingehendere Untersuchung ergeben.

<sup>22</sup> Bireley, 103.

<sup>23</sup> Fraga Iribarne, 367 Anm. 654 und 528 ff. Anm. 985.

<sup>24</sup> Ebd., 375 ff. Dem Autor, der ja eine Biographie schreibt, geht es hier vor allem um die Bewertung der rhetorischen Kunst Saavedras.

<sup>25</sup> Ebd., 528 ff. Anm. 985.

## 9. Im Umkreis des Ulmer Waffenstillstands

### 9. 1. *Der Abschluß des Ulmer Waffenstillstands und die bayerisch-französischen Verhandlungen in Paris*

Der Ulmer Waffenstillstand stellt eine so deutliche Zäsur der bayerischen Politik während des Dreißigjährigen Krieges dar, daß sich das Interesse der Geschichtsschreiber schon früh der Aufklärung seiner Vorgeschichte zugewandt hat. Zunächst konnte es dabei natürlich nur um eine vordergründige Beleuchtung des Verlaufs der Ulmer Verhandlungen gehen. Schon im fünften Band des *Theatrum Europaeum* findet sich die erste, auch noch im Namen des Kaisers abgegebene Proposition der bayerischen Waffenstillstandsunterhändler<sup>1</sup>. Es wird erzählt, wie die Kaiserlichen dagegen protestierten und die Bayern sich darauf auch zu Verhandlungen über einen separaten Waffenstillstand bereitfanden<sup>2</sup>. Der Inhalt der zweiten bayerischen Proposition und des Waffenstillstandsvertrags wird ebenfalls angegeben<sup>3</sup>. Das bayerische Manifest zur Rechtfertigung des Ulmer Vertrags ist abgedruckt<sup>4</sup>. Den Waffenstillstand zu rechtfertigen sucht auch Vervaux in seinen „*Annales Boicae gentis*“. Er schildert, wie der Kurfürst vergeblich den Kaiser zur Mäßigung seiner Bedingungen mahnte, und sagt zum Verhalten der kaiserlichen Bevollmächtigten in Ulm: „*Tandem a Bavaricis apertum fecere divorcium*“<sup>5</sup>. Indem der bayerische Geschichtsschreiber nicht von den militärischen Bündnisstellungen ausgeht, sondern von den gemeinsam in Münster eingeleiteten Bemühungen um einen allgemeinen Waffenstillstand<sup>6</sup>, trifft der Vorwurf der Trennung vom Verbündeten nicht Bayern, sondern die die Verhandlungen blockierenden Kaiserlichen. Dennoch hat auch Vervaux es für nötig gehalten, den Waffenstillstand noch besonders aus der militärisch-politischen Lage zu erklären: Maximilian habe angesichts der großen Kriegsschäden nicht weiterkämpfen wollen „*non Deo, non religioni, non Caesari ac patriae, sed alienis affectibus, nullo fructu publico*“, er habe dem Kaiser geschrieben, ohne den Ulmer Vertrag seien er selbst, die gemeinsame Sache und Österreich in großer Gefahr<sup>7</sup>. Auf die hinter dem Vertragsabschluß stehende politische Konzeption ist Vervaux nicht eingegangen. Eben darüber hat ein zu dieser Zeit von der bayerischen Haltung schon tief enttäuschter Teilnehmer des Friedenskongresses, Adam Adami, seine persönlichen Überlegungen angestellt: „*Elector vero Bavariae, in quem eo tempore universa belli moles devolvenda videbatur . . . , habebat autem & istam a Coronis foederatis promissionem, quod negotium Palatinum ex*

<sup>1</sup> *Theatrum Europaeum* V, <sup>1</sup> 1647, 1247 f.; <sup>2</sup> 1707, 991 f.

<sup>2</sup> Ebd., <sup>1</sup> 1647, 1355; <sup>2</sup> 1707, 1053 f.

<sup>3</sup> Ebd., <sup>1</sup> 1647, 1307 f. und 1334 f.; <sup>2</sup> 1707, 1018 ff. und 1037 f.

<sup>4</sup> Ebd., <sup>1</sup> 1647, 1347–1351; <sup>2</sup> 1707, 1055 f.

<sup>5</sup> Adelszreitter III, 536 f.

<sup>6</sup> Ebd., 521.

<sup>7</sup> Ebd., 537.

ejus voto terminandum per subsequendam pacificationem esset, quamobrem & jam tum existimabat, opportunitatem firmandae pacis adesse“<sup>8</sup>. Bei dieser Ansicht handelt es sich um die bloße Meinung eines Beobachters ohne Einblick in die Verhandlungen der entscheidenden Mächte; so trifft denn auch sein Verdacht nicht zu, Maximilian habe bereits feste Zusagen Frankreichs und Schwedens, das sich den bayerischen Ansprüchen bisher stets widersetzt hatte, gehabt. Dagegen sprechen die in der folgenden Zeit erst mühsam mit französischer Hilfe zu überwindenden Schwierigkeiten, die die Schweden einer Regelung der Pfalzfrage im bayerischen Sinne noch immer in den Weg legten<sup>9</sup>. Dennoch hat Adamis Urteil die Geschichtsschreibung beeinflußt, wenn auch in modifizierter Form, wie noch gezeigt werden wird. Einen anderen Überlieferungsstrang hat Pfanner begründet: Aus der Not seines Staates handelnd, habe Maximilian das Beispiel Brandenburgs und Sachsens nachgeahmt<sup>10</sup>. Somit stehen sich drei Ansichten betreffs der Motive des bayerischen Kurfürsten beim Abschluß des Waffenstillstands gegenüber: Kriegsmüdigkeit in Verbindung mit der Erkenntnis, nur noch für fremde Interessen zu kämpfen (Vervaux), Entgegenkommen gegen Frankreich und Schweden aus Rücksicht auf die Pfalzfrage (Adami), die katastrophale militärische Lage (Pfanner).

Meiern, der ja Adamis Schrift herausgegeben hat, folgt in seinem großen Werk „Acta Pacis Westphalicae publica“ dessen Ansicht. Da die beiden Kronen Maximilian bei der Kurwürde und Oberpfalz, „inngleichen bei seiner, auf das Land ob der Ens, wegen eines gethanen starcken Geld-Vorschusses erlangten Praetension, manutenerien wollten“, zugleich ihm mit einem Einfall in Bayern drohten, habe er den Waffenstillstand abgeschlossen<sup>11</sup>. Allerdings glaubt Meiern, dem Kurfürsten sei es von Anfang an mit dem Ulmer Vertrag nicht ernst gewesen, er habe nur für einige Zeit Disharmonie mit dem Kaiser vortäuschen wollen, um sich die Zustimmung der Franzosen, Schweden und Protestanten zur Behauptung der Kurwürde zu sichern<sup>12</sup>. Meiern ist der erste Geschichtsschreiber, der von der im Sommer 1647 nach Paris entsandten bayerischen Gesandtschaft etwas berichtet; freilich weiß er nur anzugeben, sie habe einem Vorschlag „wegen Quitirung der Württembergischen Garnison“ gedient<sup>13</sup>. Der Franzose Bougeant weiß dazu mehr: ausdrücklich bezeichnet er die bayerisch-französischen Gespräche als Allianzverhandlungen. Er ist der Ansicht, Maximilian habe sie aufrichtig gemeint<sup>14</sup>, doch seien sie durch die ständigen Klagen der bayerischen Gesandten in Münster über das Verhalten der Schweden gestört worden<sup>15</sup>. Im übrigen meint Bougeant, daß nur die durch die verfehlte Kriegführung des Erzherzogs Leopold entstandene mißliche Lage Bayern veranlaßte, sich vom Kaiser zu trennen und französischen Schutz zu suchen<sup>16</sup>.

<sup>8</sup> Adami, 398.

<sup>9</sup> Vgl. die Berichte der französischen Botschafter an ihren Hof (Négotiations secrètes IV, 116 ff., 122, 139 ff., 142 ff., 156 ff.).

<sup>10</sup> Pfanner, 497: „de suis de statu rerum edoctus“.

<sup>11</sup> Meiern V, 3.

<sup>12</sup> Ebd., 24.

<sup>13</sup> Ebd., 35.

<sup>14</sup> Der Satz „... il mettoit dans cette négociation assez de vivacité pour faire croire qu'il agissoit de bonne foi“ ist zweideutig. Rambach übersetzt in dem von mir angegebenen Sinn.

<sup>15</sup> Bougeant V, 350 f. (Bougeant-Rambach III, 341).

<sup>16</sup> Bougeant IV, 348 f. (Bougeant-Rambach II, 635).

In den Werken, die sich im 18. Jahrhundert mit bayerischer Geschichte beschäftigen, wird in der Nachfolge Vervaux' stets angegeben, daß erst das uneinsichtige Verhalten der Kaiserlichen in Ulm den Kurfürsten zwang, vom angestrebten allgemeinen Waffenstillstand abzugehen und einen separaten abzuschließen. Darin stimmen so unterschiedliche Autoren wie Hempel<sup>17</sup>, Falkenstein<sup>18</sup>, Stadler<sup>19</sup> und Westenrieder<sup>20</sup> überein. Die Motivation, überhaupt einen Waffenstillstand anzustreben, wird dabei im einzelnen sehr unterschiedlich gesehen. Nach Hempel war es die Verwüstung des Landes, die Erschöpfung der Kassen und die Kriegsmüdigkeit des Kurfürsten, der einsehen muß, daß das angeblich von ihm verfolgte Kriegsziel, die Rekatholisierung ganz Deutschlands, unerreichbar ist<sup>21</sup>. Falkenstein nimmt dagegen eine positive Zielsetzung an: das Land bis zum von den Vertragspartnern zugesagten baldigen Friedensschluß vor weiteren Kriegsschäden zu bewahren<sup>22</sup>. Bei Stadler findet sich nur die lapidare Angabe, Maximilian sei „an Geld und Leuten erschöpft“<sup>23</sup> gewesen, während Westenrieder die doppelte „Hauptabsicht“ darin sieht, das Land vor Verheerung zu bewahren und den Frieden zu fördern<sup>24</sup>. Westenrieder lobt den Kurfürsten, daß sein Beschluß aus „Liebe für sein Stamm- und Vaterland“ getroffen und „der Menschlichkeit ganz gemäß“ gewesen sei<sup>25</sup>. Der den kaiserlichen Standpunkt vertretende Schmidt deutet dagegen an, der Ulmer Vertrag sei nur ein politisches Manöver gewesen, um Schweden durch die Furcht vor einer Vereinigung der katholischen Reichsstände unter bayerischer Führung mit Frankreich zum Nachgeben in der pfälzischen Frage zu veranlassen. Ohne dies klar auszusprechen, scheint Schmidt der Meinung zu sein, daß der Kurfürst den Waffenstillstand von vornherein nur bis zur Erreichung dieses Zwecks halten wollte<sup>26</sup>. Schmidt hat sich anscheinend ganz auf Meiern verlassen; auf die Verhandlungen in Paris ist er nicht eingegangen.

Beim Protestanten Schiller findet man überraschenderweise eine der Darstellung der bayerischen Geschichtsschreiber folgende Erzählung: Unter dem Eindruck der Verwüstung des Landes wird Maximilian im Herbst 1646 erstmals in seiner kaisertreuen Haltung wankend, zumal ihn an Ferdinand III. weniger bindet als an dessen Vater, nämlich nur das „Staatsinteresse“. Dies nutzt die französische „Arglist“, um ihn gegen das spanische Bündnis des Kaisers aufzubringen. Um Spaniens willen aber will der bayerische Kurfürst nicht Land und Leute aufopfern, sondern ihnen Erholung verschaffen und damit vielleicht die Sache des Friedens fördern. Doch zeigt er den „guten Willen“, den Kaiser in den Waffenstillstand einzuschließen, und erst als dieser Bedingungen stellt, die für Schweden unannehmbar sind, hält der Kurfürst sich für zu separatem Vorgehen berechtigt<sup>27</sup>.

Alle in der bisherigen Literatur genannten Gründe finden sich zusammengefaßt

<sup>17</sup> Finsterwald, 2140 ff.

<sup>18</sup> Falkenstein III, 704.

<sup>19</sup> Stadler, 451.

<sup>20</sup> Westenrieder, Dreyßigjähriger Krieg, 188 f.

<sup>21</sup> Finsterwald, 2140 ff.

<sup>22</sup> Falkenstein III, 705.

<sup>23</sup> Stadler, 450.

<sup>24</sup> Westenrieder, Dreyßigjähriger Krieg, 208.

<sup>25</sup> Ebd., 196.

<sup>26</sup> Schmidt XI, 229.

<sup>27</sup> Schiller, 308 f.

in Mannerts „Bayerischer Geschichte“. Unmut über den Kaiser, die Verheerung des Landes, die Hoffnung auf eine Beschleunigung des Friedens und die Absicht, Schweden für eine Bayern günstige Regelung der pfälzischen Frage zu gewinnen, werden als Motive genannt<sup>28</sup>. Da die beiden letzteren Erwartungen nicht in Erfüllung gingen, erscheint freilich rückblickend der Waffenstillstand als ein wenig überlegter, nur aus der Not des Augenblicks getroffener Schritt<sup>29</sup>. Ausschlaggebend für diese Ansicht ist, daß Mannert Rücksichten auf die bayerischen Interessen in puncto Pfalz zwar als Motiv annimmt, jedoch anders als Meiern und Schmidt verneint, daß diese Absicht in Erfüllung ging, womit die Folgerung aus Dokumenten gezogen ist, die auch schon Meiern und Schmidt hätten bekannt sein können<sup>30</sup>.

Zschokke läßt die Begründung Schillers wieder anklingen, wenn er davon spricht, der Kurfürst habe befürchtet, Spanien werde den Kaiser vom Frieden abspenstig machen; außerdem führt er die militärische Überlegenheit der Gegner und die Not Bayerns an<sup>31</sup>.

Bei dem national und prohabsburgisch orientierten Barthold ist der Ulmer Waffenstillstand unter die Prämisse gestellt, die Kriegsereignisse des Jahres 1646 endeten mit der „beklagenswerthen Abtrünnigkeit auch des letzten fürstlichen Hortes der deutschen Unabhängigkeit“<sup>32</sup>. Wieder sind alle schon bei Mannert genannten Gründe aufgezählt, die Rolle der französischen Diplomatie ist nach Schiller dargestellt<sup>33</sup>. Mit der Beurteilung des Waffenstillstands tut der Autor sich sichtlich schwer: Einerseits heißt es, damit habe die französische Politik ihr Ziel erreicht, auch den „letzten Bundesgenossen Ferdinands bis zum Bundesbruche zu zwingen“<sup>34</sup>, andererseits schreibt er: „Des Kurfürsten Recht lag in der Noth“<sup>35</sup> und „Der Ulmer Vertrag war für die baierischen Lande eine Wohltat, für den Kurfürsten eine verzeihliche Staatsklugheit“<sup>36</sup>, dann spricht er wieder von der „anstößigen Neutralität“<sup>37</sup>. Offensichtlich haben sich die moralischen Ansprüche Bartholds und sein Verständnis für die Lage Maximilians nicht in Übereinstimmung bringen lassen.

Sehr oberflächlich behandelt Ranke den Ulmer Waffenstillstand; er interpretiert ihn als reine Notmaßnahme. Ohne auf die Pariser Bündnisverhandlungen einzugehen, gibt er die während des Sommers kursierenden Gerüchte von einem bevorstehenden „Renversement des alliances“ – Frankreich und Bayern gegen Österreich und Schweden – wieder<sup>38</sup>.

Erstaunlich wenig findet sich zum Ulmer Waffenstillstand auch in der „Geschichte Bayerns“ von Andreas Buchner. Die Fehler der kaiserlichen Heeresführung und die Verwüstung des Landes werden als Motive angeführt, der Brief des

<sup>28</sup> Mannert, 209 f.

<sup>29</sup> Ebd., 212 f.

<sup>30</sup> Berichte der französischen Bevollmächtigten in Münster an ihren Hof, 1647 VIII 5 (Négociations secrètes IV, 142 ff.) und 1647 IX 9 (Ebd., 156 ff.).

<sup>31</sup> Zschokke, 51.

<sup>32</sup> Barthold II, 546 (Sperrung durch den Autor).

<sup>33</sup> Ebd., 556 f. und 563.

<sup>34</sup> Ebd., 557 (Sperrung durch den Autor).

<sup>35</sup> Ebd., 566.

<sup>36</sup> Ebd., 567 (Sperrung durch den Autor).

<sup>37</sup> Ebd., 601 (Sperrung durch den Autor).

<sup>38</sup> Ranke, 30.

Kurfürsten an den Kaiser vom 28. 3. 1647<sup>39</sup> und das bayerische Manifest zum Abschluß des Waffenstillstandsvertrages ausführlich zitiert<sup>40</sup>.

Nach Kochs Ansicht ist Maximilian durch die Notlage seines Landes, der mit Waffengewalt nicht mehr abgeholfen werden konnte<sup>41</sup>, dazu veranlaßt worden, einen Waffenstillstand anzustreben, wobei er von Anfang an auf einen separaten Stillstand hingearbeitet habe<sup>42</sup>. Daß die kaiserlichen Bedingungen einen Erfolg der Ulmer Verhandlungen hätten verhindern müssen, der Kurfürst sich also vor die Alternative gestellt sah, auf den Waffenstillstand zu verzichten oder den Kaiser zu verlassen, hat Koch nicht gesehen oder nicht sehen wollen. Dementsprechend negativ fällt seine Beurteilung des Ulmer Vertrags aus; es handle sich um einen „Neutralitätsvertrag der schädlichsten Art“<sup>43</sup>, Ausfluß einer „kurzsichtigen“<sup>44</sup> Politik und „allzugrosser Selbstliebe“<sup>45</sup>, entschuldbar nur durch die „Liebe, die er (Maximilian, d. V.) zu seinem Lande und Volke trug“<sup>46</sup>, und durch die Einflüsse, denen der Kurfürst ausgesetzt war. Wie schon bei anderen Anlässen, so hält Koch auch hier diesen nicht mehr für den Herrn seiner eigenen Entschlüsse, sondern für ein Opfer französischer Täuschung<sup>47</sup> und der aus eigennützigen Motiven oder Voreingenommenheit handelnden Berater<sup>48</sup>. Daß eine grundsätzliche Neuordnung der bayerischen Politik beabsichtigt war, lehnt Koch ausdrücklich ab<sup>49</sup>, die Gesandtschaft nach Paris hat für ihn nur den Zweck, den der Kurfürst dem Kaiser brieflich angab, nämlich die Franzosen zu verlassen, auf die Haltung der Schweden in den konfessionellen Streitpunkten mäßigend einzuwirken, und die „wirkliche Zustandebringung des Friedens“<sup>50</sup>. Daß der Kaiser das bayerische Heer an sich zu ziehen suchte, hält Koch für berechtigt; er begründet dies damit, daß Kurfürst Maximilian früher selbst seine Truppen als „Reichsheer“ bezeichnet hatte, außerdem hält er dieses Heer im Jahre 1647 immer noch für eines der Liga, ohne Rücksicht darauf, daß diese seit 1635 gar nicht mehr bestand<sup>51</sup>. Gegen Kochs Vorwürfe hat Schreiber in seiner Biographie des Kurfürsten diesen verteidigt. Er meint, Koch hätte auch die innere Schlamperei in Österreich aufdecken sollen, die am Niedergang schuldig gewesen sei; er verweist auf das Vorbild anderer Reichsstände und darauf, daß in den letzten drei Jahren vor dem Waffenstillstand die Armee von Bayern allein unterhalten worden sei. Der Abschluß des Ulmer Vertrags sei erfolgt, weil Maximilian glaubte, damit den allgemeinen Frieden fördern und der katholischen Sache nützen zu können<sup>52</sup>. Unter

<sup>39</sup> Abgedruckt bei Meiern V, 18.

<sup>40</sup> Buchner, 438, 442, 444.

<sup>41</sup> Koch II, 274 f.

<sup>42</sup> Ebd., 282.

<sup>43</sup> Ebd., 283.

<sup>44</sup> Ebd., 291.

<sup>45</sup> Ebd., 286.

<sup>46</sup> Ebd., 287.

<sup>47</sup> Ebd., 308.

<sup>48</sup> Ebd., 285 f.

<sup>49</sup> Ebd., 278: „Der Churfürst hatte sicher nicht die Absicht mit Frankreich einen Bundesvertrag einzugehen noch demselben seine Truppen zu überlassen“.

<sup>50</sup> Ebd., 293 f.

<sup>51</sup> Ebd., 304 f. Koch scheint auch der Urheber der in der Geschichtsschreibung von nun an immer wieder auftauchenden falschen Ansicht zu sein, daß der Ulmer Waffenstillstand von vornherein auf sechs Monate beschränkt war (Vgl. Koch II, 282).

<sup>52</sup> Schreiber, Maximilian, 909 f.

Berufung auf ein Protokoll der Beratung des Kurfürsten mit seiner Gemahlin und den Geheimen Räten zu Wasserburg werden außerdem das hohe Alter des Fürsten und die Jugend seiner Söhne sowie die dadurch für Bayerns Unabhängigkeit von Österreich drohende Gefahr als Motive für den Vertrag genannt<sup>53</sup>. Des weiteren erhebt Schreiber gegen den Kaiser den Vorwurf, zu den Waffenstillstandsverträgen Brandenburgs und Sachsens geschwiegen, den bayerischen Kurfürsten, den „Retter Österreichs“, dagegen mit „glühendem Haß“ angefeindet zu haben<sup>54</sup>. Wie Koch von einem einseitigen Standpunkt aus urteilend, hat Schreiber berechtigterweise dessen Verdikt gegen den Ulmer Vertrag zurückgewiesen, dafür erscheint bei ihm die kaiserliche Politik auch deshalb in einem so ungünstigen Licht, weil er zu den über den Waffenstillstand hinausreichenden Plänen des Kurfürsten völlig geschwiegen hat.

Sehr vereinfacht hat Sattler die Ereignisse dargestellt; für ihn ist ganz einfach der „gräßliche Druck“ der „zügellosten schwedischen Armee“ der Grund für den Abschluß des Waffenstillstands. Seltsam mutet es an, daß er als bayerischer Geschichtsschreiber die Handlungsweise Jan van Werths verteidigt und den loyalen Offizieren der bayerischen Armee Gewinnsucht als Motiv unterstellt. Überhaupt scheinen seine Sympathien mehr dem Kaiser als dem bayerischen Kurfürsten zu gelten<sup>55</sup>.

Auch der französische Historiker Chêrueil hat es sich sehr einfach gemacht, wenn er schreibt: „Maximilien, découragé par la dévastation de ses Etats, se décida à demander la paix“<sup>56</sup>. Wesentlich ausführlicher ist zur selben Zeit von schwedischer Seite Odhner an das Problem herangegangen. Er zählt die zunehmende Ungeduld des Kurfürsten über den langsamen Gang der Friedensverhandlungen, seine Unzufriedenheit mit der kaiserlichen Kriegführung, die Furcht vor einer erneuten Invasion Bayerns und – der national-antifranzösischen Richtung der deutschen Historiographie folgend – die „Verheissungen und Vorspiegelungen der Franzosen“ als Motive auf<sup>57</sup>. Auch die Pfalzfrage spielt bei Odhner eine Rolle, allerdings nur indirekt; daß die kaiserlichen Gesandten in Osnabrück die schwedische Satisfaktion regelten, ohne von Schweden Zusagen in Bezug auf die bayerischen Interessen zu erreichen, habe Maximilian gegen den Kaiser aufgebracht<sup>58</sup>.

Von höherer Warte sucht der englische Historiker Gardiner den Ulmer Vertrag zu beurteilen. Den eigentlichen Grund sieht er in den unterschiedlichen Friedenszielen der bayerischen und der österreichischen Politik; Bayern war bereit, zu bescheideneren Bedingungen abzuschließen, und gerade darin lag für die Feinde die Chance, durch militärischen Druck seine Trennung vom Kaiser herbeizuführen<sup>59</sup>. Damit ist sicher etwas Richtiges ausgesagt, nicht aber erklärt, warum der Kurfürst den Waffenstillstand gerade jetzt schloß – nicht etwa während des Höhepunktes der Auseinandersetzungen um die französische Satisfaktion – und welche Ziele er dabei verfolgte, da die militärische Lage allein es ja nach Gardiners Argumentation nicht gewesen sein kann.

Wie weit die Ansichten auseinandergehen können, zeigen zwei Äußerungen

<sup>53</sup> Ebd., 902 f.

<sup>54</sup> Ebd., 915.

<sup>55</sup> Sattler, 263 ff.

<sup>56</sup> Chêrueil II, 322.

<sup>57</sup> Odhner, 196.

<sup>58</sup> Ebd., 197.

<sup>59</sup> Gardiner, 207.

bayerischer Biographen Maximilians. Während nach Stieve<sup>60</sup> der Ulmer Vertrag den Frieden herbeizwingen sollte, meint Heigel<sup>61</sup> nur wenige Jahre später, die Lage seines Landes habe den Kurfürsten zum Waffenstillstand gezwungen.

Ausführlich auf den Ulmer Waffenstillstand eingegangen ist Egloffstein; seine Schlußfolgerungen sind jedoch ganz unzureichend. In sich widersprüchlich ist seine Schilderung der bayerisch-kaiserlichen Beziehungen im Winter 1646/47: Die Behauptung, Maximilian habe den Kaiser in seiner Abneigung gegen die feindlichen Vorschläge bestärkt, stützt sich nur auf einen Brief des letzteren an ersteren vom 31. 10. 1646<sup>62</sup>, und der Wunsch nach einer energischen Kriegsführung<sup>63</sup> widerspricht keineswegs der Intention, einen Waffenstillstand zu schließen, galt es doch, sich eine günstige Ausgangspolition für die Verhandlungen zu schaffen. Auf der anderen Seite hat Egloffstein gezeigt, daß der Kurfürst mehrmals den Kaiser mahnte, seine Linie bei den Ulmer Verhandlungen zu mäßigen und für den Fall, daß das nicht geschehe, ein eigenständiges Vorgehen androhte<sup>64</sup>. Egloffstein gibt an, die Bestimmungen des Ulmer Vertrags hätten die Hoffnungen Maximilians bei weitem nicht erfüllt, doch wird nicht klar, worin diese Hoffnungen bestanden. Nur „im Drange der Not“ und in Sorge wegen seines hohen Alters und des Fortgangs der Friedensverhandlungen habe er den Vertrag überhaupt angenommen. Er habe versucht, eine unabhängige Stellung zwischen den Mächten einzunehmen, sei aber gerade dadurch Frankreich dienstbar geworden<sup>65</sup>.

Gegen letztere These hat Riezler sehr bald den Einwand geltend gemacht, durch einen Versuch, „eine selbständige und isolierte Stellung“ einzunehmen, hätte der Kurfürst seine größte Tugend, die Vorsicht, verleugnet<sup>66</sup>. Durch die Erforschung der im Sommer 1647 in Paris stattgefundenen bayerisch-französischen Verhandlungen um einen Bündnisvertrag konnte Riezler seine Gegenthese überzeugend begründen, Maximilian habe von vornherein eine Anlehnung an Frankreich als notwendige Folge des separaten Waffenstillstands angesehen, um diesen gegenüber dem Kaiser überhaupt durchhalten zu können<sup>67</sup>. Als Gründe für den Abschluß des Ulmer Vertrages gibt Riezler dementsprechend nicht nur Kriegsmüdigkeit und Erschöpfung der Mittel an; er präzisiert das schon so oft genannte Argument von der Förderung des Friedens dahingehend, daß der Kurfürst in der kaiserlichen Haltung das Haupthindernis des Friedens sah und durch einen Wechsel des politischen Systems schneller zum ersehnten Ziel des Friedens und der Ruhe für Bayern zu kommen hoffte<sup>68</sup>. Durch Benutzung der Instruktion, die den nach Paris entsandten Vertretern Bayerns, Feldmarschall Graf Gronsfeld und Johann Adolf Krebs, mitgegeben wurde, hat Riezler bewiesen, daß die Aufgabe dieser Gesandtschaft weit über das hinausging, was deutsche Historiker bisher

<sup>60</sup> Stieve, 174.

<sup>61</sup> Heigel, 424.

<sup>62</sup> Egloffstein, 137. Es ist möglich, daß der Kaiser einfach dem Kurfürsten seine Ansicht unterstellte. Oder sollte dieser tatsächlich zunächst von einem Waffenstillstand abgeraten haben, wenn auch nur mit Rücksicht darauf, daß der Zeitpunkt dafür sehr ungünstig war, solange noch feindliche Truppen in Bayern standen?

<sup>63</sup> Ebd., 137 f.

<sup>64</sup> Ebd., 153 f. und 168.

<sup>65</sup> Ebd., 176.

<sup>66</sup> Riezler, Bayern und Frankreich, 493.

<sup>67</sup> Ebd., 494.

<sup>68</sup> Ebd.

angenommen hatten, daß sie, wie schon Bougeant festgestellt hatte, auch Verhandlungen über ein Bündnis umschloß. Die Bedingungen sollten im wesentlichen die von 1631 sein, so daß auch eine Klausel enthalten gewesen wäre, in der Bayern sich seine Pflichten gegen Kaiser und Reich vorbehielt<sup>69</sup>. Riezler schildert im folgenden ausführlich den Gang der Verhandlungen und den Briefverkehr zwischen Frankreich und Bayern; welche Absichten jeweils hinter den Anweisungen des Kurfürsten für das taktische Vorgehen der Gesandten und die Formulierung des Bündnisvertrags standen, hat er nicht klären können. Somit aber wird auch nicht ersichtlich, welche Interessen Maximilian als vordringlich erachtete: den Schutz Frankreichs für die deutschen Katholiken<sup>70</sup>, eine französische Garantie der Kurwürde und Oberpfalz, Sicherheit im rein defensiven Sinn oder gar die heimliche Absicht, Frankreich in eine Frontstellung gegen Schweden zu bringen?

Die Darstellung in Riezlers „Geschichte Baierns“ folgt denselben Linien. Entgegen der Ansicht Egloffsteins, daß der Kurfürst die Vorschläge für einen Waffenstillstand zunächst abgelehnt und dann nur aus Not angenommen habe, stellt Riezler fest, daß Maximilian sich „im Grunde seines Herzens“ nach Waffenruhe sehnte und mit der zunächst vorgetäuschten Zurückhaltung nur bessere Bedingungen herauszuschlagen wollte<sup>71</sup>. Riezler legt wert darauf, zu zeigen, daß der Waffenstillstand nicht ein einseitig von egoistischer bayerischer Staatsräson bedingter Schritt war; um den Kurfürsten Maximilian nicht als Verräter an der in den Begriffen des 19. Jahrhunderts gesehenen nationalen Sache erscheinen zu lassen, stellt er die den Frieden wie den allgemeinen Waffenstillstand verhindernde Ausrichtung der kaiserlichen Politik an Spanien als dem deutschen Interesse „höchst nachteilig“ heraus<sup>72</sup>. So trägt nicht der vom Reichsoberhaupt sich trennende Kurfürst, sondern dieses Oberhaupt selbst den Makel, eine antinationale Politik getrieben zu haben. Dennoch erschien es Riezler nötig, zu betonen, daß der Entschluß, dem Ergebnis der Ulmer Verhandlungen zuzustimmen, Maximilian „überaus schwer“ fiel<sup>73</sup>. Freilich sieht der Autor im Ulmer Vertrag auch eine „vollständige Schwenkung der Politik“ Bayerns und in der Klausel „Ohne Präjudiz der Pflichten gegen das Reich und dessen Oberhaupt“ eine „leere Formel“<sup>74</sup>.

Durch Steinberger wissen wir, daß der Kurfürst entgegen den Annahmen Egloffsteins schon im Herbst 1646 den Gedanken eines Waffenstillstandes erwog. Jedenfalls hat Vervaux bereits auf einer Sitzung des Geheimen Rates am 9. Oktober 1646 erklärt, daß guten Gewissens auch eine nur Bayern betreffende Waffenruhe eingegangen werden könne<sup>75</sup>. Diese Äußerung entsprang wohl kaum der eigenen Initiative des Beichtvaters, man hat sie sich als Antwort auf eine Frage des Kurfürsten vorzustellen.

Eine sehr eigenartige Ansicht vertritt Baur, wie schon zur Mission Vervaux', so auch zum Ulmer Waffenstillstand. Er gibt an, diesem sei um die Jahreswende 1646/47 ein Bruch zwischen Bayern und dem Kaiser wegen der Frage der Mili-

<sup>69</sup> Ebd., 502 ff.

<sup>70</sup> Dies wurde dem Kaiser als Zweck der Verhandlungen angegeben (ebd., 505), aber auch den Franzosen gegenüber sollten die bayersichen Angebote damit begründet werden (ebd., 502 ff.).

<sup>71</sup> Riezler, Baiern, 606.

<sup>72</sup> Ebd., 607.

<sup>73</sup> Ebd., 612.

<sup>74</sup> Ebd.

<sup>75</sup> Steinberger, 93.

tärhoheit vorausgegangen<sup>76</sup>. Die Herkunft dieser seltsamen Behauptung ist nicht zu klären.

Doeberl hält sich im wesentlichen an Riezler, freilich betont er die Rolle, die die Absicht, schneller zum Frieden zu kommen, spielte, mehr. Auch stellt er heraus, daß der Landschaftsausschuß, der Geheime Rat, Graf Maximilian Kurz, Vizekanzler Richel, Hofkammerpräsident Mandl, Vervaux und die Hoftheologen sowie die Kurfürstin zum Abschluß des Ulmer Vertrags rieten, ohne allerdings die Selbständigkeit des Willens des Kurfürsten in Zweifel zu ziehen, wie einst Koch das getan hat. Doeberl glaubt, daß der Vertrag nur „in der äußersten Not“ geschlossen wurde, um einerseits Schutz vor Schweden zu erhalten, andererseits den Kaiser und Spanien zum Frieden bzw. zu einer milderer Haltung gegenüber Frankreich zu zwingen<sup>77</sup>.

Auf Riezler hat sich in der Folgezeit auch Platzhoff<sup>78</sup> gestützt. Nur das Motiv, den Frieden zu fördern, wird erwähnt in der kurzen Darstellung bei Pastor<sup>79</sup>. Brandi dagegen stellt seine Ansicht ganz auf den Zwang der Not ab; fälschlich nimmt er an, der schwäbische und fränkische Kreis seien in den Waffenstillstand eingeschlossen gewesen<sup>80</sup>. Wedgwood glaubt, die Ursachen für den Ulmer Waffenstillstand in einer seit dem sächsisch-schwedischen Waffenstillstand von 1645 aufgetretenen Lockerung der Bindung Maximilians an den Kaiser suchen zu müssen, zumal der Kurfürst „ein viel zu nüchtern denkender Mensch war, um lange auf einem sinkenden Schiff zu bleiben“<sup>81</sup>. Eine derart einfache politische Berechnung anzunehmen, ist jedoch nicht haltbar, denn dann hätte ja der Kurfürst im Herbst 1647 die grenzenlose Dummheit begangen, ein sinkendes Schiff, das er schon glücklich verlassen hatte, wieder zu besteigen. Auch hat Maximilian nicht „dringend“ um Waffenstillstand „gebeten“<sup>82</sup>, sondern die Anregung dazu ging vom Friedenskongreß in Münster aus.

Ausführlicher hat sich mit dem Ulmer Waffenstillstand erst wieder Dickmann befaßt. Er hat jedoch auf eine Untersuchung der Motive des Kurfürsten verzichtet und dafür die Vorverhandlungen in Münster erstmals ausführlicher dargestellt. Dies liegt auch in dem von Dickmann herangezogenen Quellenmaterial begründet. Waren die Bemühungen Maximilians, ausgelöst durch die Lage Bayerns im Herbst 1646, anfangs noch auf einen allgemeinen Waffenstillstand gerichtet, so hätten doch bereits im Dezember die bayerischen Gesandten sich nach den Bedingungen eines eventuellen bayerisch-französischen Separatvertrages erkundigt. Darin sieht Dickmann den eigentlichen Ursprung der Ulmer Verhandlungen, auch wenn der Kurfürst in einem zweigleisigen Verfahren das Anliegen einer allgemeinen Waffenruhe zunächst noch weiterverfolgte, das aber an der ablehnenden Haltung Schwedens und des Kaisers scheitern mußte<sup>83</sup>.

Wie die Behandlung des Ulmer Waffenstillstands durch Albrecht im „Hand-

<sup>76</sup> Baur, 125.

<sup>77</sup> Doeberl, Entwicklungsgeschichte, 600 ff. Früher war Doeberl sogar so weit gegangen, den Waffenstillstand als eine „Kapitulation“ zu bezeichnen, durch die Maximilians Politik kurzzeitig „aus dem Geleise“ geriet (Doeberl, Bayern und Frankreich, 28).

<sup>78</sup> Platzhoff, 219.

<sup>79</sup> Pastor, 86.

<sup>80</sup> Brandi, 288.

<sup>81</sup> Wedgwood, 423.

<sup>82</sup> Ebd., 430.

<sup>83</sup> Dickmann, 396 f.

buch der Bayerischen Geschichte“ zeigt, sind die Ergebnisse Riezlers auch heute noch nicht überholt. Auch Ruppert gelangt nicht darüber hinaus. Zwar konnte er zeigen, daß vom Kaiser und seiner desolaten Armee tatsächlich keine Hilfe zu erwarten war; richtig ist auch sein Hinweis, daß es für den Kurfürsten nicht nur auf die Rettung seines Landes, sondern auch seiner Armee ankam, da beides Voraussetzung einer eigenständigen Politik war<sup>84</sup>, aber andere Äußerungen Rupperts gehen in die Irre. So scheint er anzunehmen, daß Maximilian den separaten Waffenstillstand einem möglichen Frieden vorgezogen habe, weil dieser ihn Zugeständnisse in territorialen und religiösen Fragen gekostet hätte<sup>85</sup>. Die von Adami ins Spiel gebrachte pfälzische Frage taucht hier, wenn auch verändert, wieder auf. Wenig später<sup>86</sup> gibt Ruppert an, der Kaiser habe den „militärisch bitter nötigen Waffenstillstand“ abgelehnt, um Spanien nicht im Stich zu lassen und damit sein spanisches Erbe zu gefährden. Die logische Schlußfolgerung, daß das Festhalten Wiens am Bündnis mit Madrid somit einen Frieden erst recht verhindern mußte, scheint Ruppert nicht in den Sinn gekommen zu sein. Ja, für Bayern bedeutete diese kaiserliche Haltung nichts anderes, als daß es für den Kaiser um das spanische Erbe Habsburgs hätte kämpfen sollen. Rupperts Vorwurf, aus eigennützigen Gründen die Trennung vom Bundesgenossen dem Frieden vorgezogen zu haben, kann also auch gegen den Kaiser gerichtet werden, und zwar mit wesentlich besserer Begründung, denn wie die Ereignisse des Jahres 1648 zeigen, war tatsächlich die „Spanische Assistenzfrage“ entscheidend.

Interessant ist ein Vergleich der Beurteilung Rupperts zum sächsischen Waffenstillstand von Kötzensbroda (1645) und dessen Verlängerung im Vertrag von Eulenburg (1646) mit seinem Urteil über den Ulmer Waffenstillstand. Er betont die militärische Notwendigkeit des sächsischen Vorgehens und versucht den Kurfürsten Johann Georg zu entschuldigen, indem er schreibt, er habe die genannten Verträge nur „widerwillig“ geschlossen und sei ihrer „nie recht froh geworden“<sup>87</sup>. Er stellt die Tatsache heraus, daß die verbliebenen drei sächsischen Regimenter unter kaiserliche Fahnen treten durften, und meint, daß die Schweden von ihrer Forderung nach strikter Neutralität bald wieder abrückten. Daß die Sachsen Schweden Kontributionen und Durchmarschrecht gewähren mußten, was mit Neutralität gegenüber dem Kaiser kaum zu vereinbaren ist, ist Ruppert nur einen kleinen Nebensatz wert. Der Ulmer Waffenstillstand wird dagegen als „Abfall“<sup>88</sup> gebrandmarkt, obwohl er den Feinden, anders als der sächsische Vertrag, kaum eine Möglichkeit gab, sich Bayerns als Ausgangsbasis für Angriffe auf die kaiserlichen Erblande zu bedienen.

Daß die Westfälischen Verhandlungen sich in die Länge zogen und damit ein allgemeiner Waffenstillstand im Herbst 1646 nicht zu erhoffen war, lag, wie Kraus<sup>89</sup> feststellt, eben nicht an der Pfalzfrage und damit an Bayern, sondern an schwedischen Forderungen. Kraus meint, daß es Maximilian nicht mehr zugemutet werden konnte, gegen die Großmacht Frankreich weiterzukämpfen, nicht um eigener Ziele willen, sondern aus Rücksicht auf den Kaiser, dazu in einer

<sup>84</sup> Ruppert, 269.

<sup>85</sup> Ruppert, 270: Friedenshindernisse seien damals allein noch die Pfalzfrage und die Gravamina gewesen, zu denen Bayern aber die Antwort schuldig geblieben sei.

<sup>86</sup> Ebd., 271 f.

<sup>87</sup> Ebd., 121 f.

<sup>88</sup> Ebd., 287 et passim.

<sup>89</sup> Kraus, Geschichte Bayerns, 251.

finanziellen Lage, die umfassende neue Rüstungen nicht mehr erlaubte<sup>90</sup>. Allerdings zweifelt Kraus an, ob der Ulmer Waffenstillstand auch politisch klug war<sup>91</sup>.

Eine im Rahmen dieses Werks notwendigerweise nur knappe Berücksichtigung findet der Ulmer Waffenstillstand bei Lutz. Die von ihm angegebenen Motive, der Unwille, um der spanischen Interessen des Kaisers willen weiterzukämpfen, und die Absicht, einen Rest von Bayerns Wohlstand zu retten<sup>92</sup>, entsprechen den schon von Vervaux und Pfanner genannten, jedenfalls in der Grundtendenz.

Ziemlich allein steht unter den Historikern der Gegenwart Bireley, wenn er für den Ulmer Waffenstillstand allein politische Motive anführt: „The armistice ... was an extreme example of his policy to engage French support for his goals, in this case peace in the Empire and his advantage in the Palatinate.“<sup>93</sup> Letztere Einlassung ist völlig singulär – wenn früher im Zusammenhang des Ulmer Vertrags von der Pfalzfrage die Rede war, dann mit Blick auf Schweden! – und läßt sich nicht aufrechterhalten. Daß Frankreich die bayerischen Absichten hinsichtlich der Pfalz unterstützte, stand ja längst fest<sup>94</sup>.

Im Laufe von dreieinhalb Jahrhunderten hat die Geschichtsforschung vieles präzisieren, viele zusätzliche Fakten aufdecken können; was immer noch im Dunkeln liegt, ist, welche Gründe für Kurfürst Maximilian wirklich ausschlaggebend waren, und in Verbindung damit, welche Folgen der Waffenstillstand nach der Ansicht und Berechnung des Fürsten hätte zeitigen sollen.

## 9. 2. *Die Kündigung des Waffenstillstandes und die Rekonjunktion mit dem Kaiser*

Noch vielfältiger und unterschiedlicher als zum Abschluß sind die Ansichten der Historiker zur Kündigung des Ulmer Waffenstillstands. Dies mag daran liegen, daß dieser Schritt selbst für die Zeitgenossen überraschend und unerklärlich war<sup>95</sup>.

Vervaux sieht die Motive für die Kündigung des Waffenstillstands in dem Verhalten Frankreichs und vor allem Schwedens auf dem Westfälischen Friedenskongreß, die statt, wie versprochen, den Frieden schnellstens herbeizuführen, ihn durch neue Forderungen verzögern, sowie in den Bitten der Reichsstände, wobei Vervaux es vermeidet, von „katholischen Reichsständen“ zu sprechen. Aus diesen Bitten und aus den Berichten seiner Gesandten habe der Kurfürst ersehen, daß er sich vom Ulmer Vertrag nicht länger Frieden im Reich und das Heil für Bayern erhoffen könne. Von diesen Motiven unterschieden hat Vervaux die „causae“, die zur Rechtfertigung der Kündigung angeführt werden konnten: Das Verhalten der Schweden, das darauf abziele, die katholischen Stände zu unterdrücken, wie ihre Forderung nach dem bayerischen Sitz im Fürstenrat zeige; ihre Drohung, sich für die bayerischen Beschwerden deswegen mit Feuer und Schwert zu rächen; ihre vertragswidrigen Kriegshandlungen im kurkölnischen Gebiet; die mangelnde

<sup>90</sup> Ebd., 251 f.

<sup>91</sup> Ebd., 252.

<sup>92</sup> Lutz, 449.

<sup>93</sup> Bireley, 105.

<sup>94</sup> Vgl. Kapitel 5 Anm. 37.

<sup>95</sup> Vgl. die Äußerung der französischen Vertreter in Münster (Négociations secrètes IV, 168 ff.).

Ratifikation und die Drohungen der Hessen<sup>96</sup>. Vervaux gibt sicher das als Motiv an, was Maximilian gerne dafür angesehen haben wollte, weil es die Kündigung des Vertrages, die dessen Bestimmung, er solle bis zum Frieden gelten, widersprach, in einem günstigen Licht erscheinen ließ. Die „causae“ entsprechen den Rechtfertigungsgründen, die der Kurfürst in seinem Manifest<sup>97</sup> anführt.

Erstaunlich viel Verständnis für den Schritt des bayerischen Kurfürsten zeigt Pufendorf – veranlaßt durch seine genaue Kenntnis schwedischer Quellen? Jedenfalls war die Verweigerung einer definitiven Ratifikation durch Maximilian seiner Ansicht nach dadurch begründet, daß Bayern bei der engen Zusammenarbeit mit Kurköln nicht einfach über das Ausbleiben der Hessen-Kasselschen Ratifikation und über Königsmarks Einfall in kölnisches Gebiet hinwegsehen konnte<sup>98</sup>. Daß dies als Erklärung für den Wiedereintritt in den Krieg noch nicht ausreicht, ist Pufendorf klar; er kommt noch einmal auf die Kündigung zurück und führt die Meinung einiger Protestanten an, die sie billigten als einzigen Weg, die beiden Kronen zum Frieden zu vermögen. Außerdem zitiert er den braunschweigischen Gesandten Lampadius, der glaubte, der Grund für Maximilians Handeln liege in den Quartierproblemen der bayerischen Armee, die der Kurfürst nicht habe entlassen können, wenn er nicht völlig vom Kaiser abhängig werden wollen; so sei ihm, da eine Ausdehnung der Quartiere von den Kronen verweigert worden sei, nichts anderes übriggeblieben als der Bruch des Waffenstillstands<sup>99</sup>. Diese Angaben, so unzulänglich sie selbstverständlich für eine Einsicht in die bayerische Politik sind, zeigen klar, daß die Mißbilligung der Kündigung des Waffenstillstandes unter den Protestanten keineswegs einhellig war, und daß Schweden wohl kein reines Gewissen hatte.

Wie Adami den Abschluß des Ulmer Vertrages, so hat Pfanner seine Kündigung auf die Pfalzfrage zurückgeführt: Das darüber erreichte Übereinkommen ermöglicht es dem Kurfürsten, von dem Waffenstillstand abzugehen, sei es im allgemeinen Interesse, sei es, weil er sowieso nur vorgehabt hatte, ihn für einige Zeit zu halten<sup>100</sup>. An einer anderen Stelle seines sehr verwickelten und ungeordneten Werkes hat Pfanner dann jedoch die Furcht, nach völliger Niederrichtung des Kaisers den Feinden ausgeliefert zu sein, als Grund der Kündigung angegeben<sup>101</sup>.

Meiern berichtet eifrig aus der Gerüchteküche in den beiden Kongreßstädten. Noch im August habe es geheißt, die Fürstbischöfe von Bamberg, Würzburg, Eichstätt und Konstanz wünschten eine Kündigung des Ulmer Vertrages nicht und hielten sie für ganz unwahrscheinlich, falls man nicht die Frage der Kurwürde und Oberpfalz nochmals aufwerfe<sup>102</sup>. Als die Kündigung dann Tatsache war, habe Servien das Gerücht ausgestreut, der Kurfürst sei senil und werde von einer österreichischen Partei an seinem Hof, bestehend aus der Kurfürstin, den Jesuiten und Graf Kurz, beherrscht<sup>103</sup>. Meierns eigene Ansicht aber ist, daß Maximilian

<sup>96</sup> Adelzreitter III, 546.

<sup>97</sup> Gedruckt bei Meiern V, 48 ff.

<sup>98</sup> Pufendorf, 718.

<sup>99</sup> Ebd., 773.

<sup>100</sup> Pfanner, 494.

<sup>101</sup> Ebd., 505.

<sup>102</sup> Meiern, IV, 692.

<sup>103</sup> Ebd., 989. Höchst widersprüchlich sind übrigens die Ansichten über die Auswirkung der Position der Jesuiten am Münchner Hof. Servien scheint sie für Freunde Österreichs gehalten zu haben, Koch (II, 285 f.) wirft ihnen vor, frankreichfreundlich gewesen zu sein.

von vornherein den Waffenstillstand nur für einige Zeit halten wollte<sup>104</sup> und ihn dann gegenüber Schweden aufkündigte, da die schwedischen Gesandten den Friedensschluß verzögerten. Dieser Schritt sei also nicht in der Absicht geschehen, den Krieg zu verlängern, sondern schneller zum Frieden zu kommen. Daß dies die „redliche Meinung“ des Kurfürsten gewesen sei, gehe aus einem Schreiben hervor, daß dieser an den Kaiser schickte<sup>105</sup>.

Eine ganze Reihe von Gründen für die Kündigung des Ulmer Waffenstillstands führt Bougeant an. Seine Angaben sind natürlich bloße Vermutungen, teils eigene Kombination, teils stützt er sich wohl auf die Mitteilungen und Überlegungen der französischen Gesandten in Münster<sup>106</sup>. Wie diese, die sich dabei auf ein Gespräch mit dem bayerischen Vertreter Krebs beriefen, sieht Bougeant die Schweden als mitschuldig am Scheitern des Ulmer Vertrages an. Er malt sich die Gedankengänge des bayerischen Kurfürsten folgendermaßen aus: Dieser hatte beim Abschluß des Ulmer Vertrages gehofft, Frankreich werde seine Truppen aus Deutschland abziehen und das dann sich einstellende Gleichgewicht zwischen Schweden und Kaiserlichen werde den Frieden herbeiführen. Statt dessen aber verweigern die Schweden eine definitive Regelung der pfälzischen Frage und stellen die Satisfaktion ihrer Armee als neue Forderung auf, die sie zudem allein den Katholiken aufhalsen und durch die Verpfändung von Kirchengut gesichert sehen wollen<sup>107</sup>. Auch Bougeant nimmt an, daß vielfältige Einflüsse auf den Kurfürsten im Sinne einer Kündigung des Waffenstillstandes einwirkten; genannt werden die Mahnungen der katholischen Reichsstände und mehr im Hintergrund wirksame Ratschläge von Seiten des Bischofs Franz Wilhelm von Osnabrück und des Nuntius Chigi, hinter denen die Spanier steckten, sowie der Kurfürstin, des Grafen Maximilian Kurz und des Feldmarschalls Gronsfeld<sup>108</sup>. Auch die französischen Gesandten schienen anzunehmen, daß Hofkreise den Kurfürsten in Richtung auf einen Wiedereintritt in den Krieg beeinflussten<sup>109</sup>; die genaue Spezifizierung dieser Einflüsse ist aber das Werk Bougeants. Dieser gibt weiter an, daß die bayerische Hilfe für den Kaiser beschränkt gehalten wurde, indem nur ein Teil der bayerischen Armee zur kaiserlichen rückte, und auch diesem Teil verboten war, die Schweden bis nach Norddeutschland zu verfolgen. Beides sei aus einem politischen Grund geschehen, nämlich der Furcht, durch einen deutlichen militärischen Erfolg könne der Kaiser ermutigt werden, statt auf den Frieden auf eine Verlängerung des Krieges zu setzen<sup>110</sup>. Bougeants Mitteilung dieser Vorgänge sollte noch mehrmals wiederaufgegriffen werden, ohne daß freilich seine Deutung stets übernommen wurde.

In der bayerischen Landesgeschichtsschreibung findet die Kündigung des Waffenstillstands eine sehr unterschiedliche Bewertung. Der landfremde Protestant Hempel kritisiert den Kurfürsten, daß er den Vertrag nicht „treulich gehalten“,

Vervaux soll der Kündigung des Ulmer Waffenstillstandes widersprochen haben, wie Steinberger (S. 98) unter Berufung auf Bougeant V, 354 (Bougeant-Rambach III, 343) angibt.

<sup>104</sup> Meiern V, 24 und 35.

<sup>105</sup> Ebd., 54 f.

<sup>106</sup> *Négociations secrètes* IV, 168 ff. und 181 ff.

<sup>107</sup> Bougeant V, 352 ff. (Bougeant-Rambach III, 342 f.).

<sup>108</sup> Ebd.

<sup>109</sup> *Négociations secrètes* IV, 168 ff.: Die Gesandten wünschen, Krebs, den sie für einen Anhänger der mit dem Ulmer Vertrag verknüpften Politik halten, solle bald wieder in München sein.

<sup>110</sup> Bougeant V, 357 f. (Bougeant-Rambach III, 349).

auch wenn er ihn gegen den Vorwurf der List in Schutz nimmt<sup>111</sup>. Die im kurfürstlichen Manifest genannten Kündigungsgründe nennt er „allerhand scheinbare Raisons“, was ihn nicht daran hindert, sie aufzuzählen. Abschließend meint er: „Zum wenigsten ist so viel gewiß, daß der Churfürst nicht politisch gehandelt.“<sup>112</sup> Falkenstein folgt in der Tendenz Vervaux<sup>113</sup>, als zum Katholizismus konvertierter Protestant hat er keine Bedenken, die Verantwortung für die Ereignisse bei Schweden zu suchen. Stadler hat sich weitgehend an das abwägende Urteil Bougeants angelehnt, wenn er auch bezeichnenderweise die Frage des Kirchenguts nicht erwähnt<sup>114</sup>. Allerdings schreibt er zum Jahr 1648, daß Maximilian die Kündigung des Ulmer Waffenstillstands wahrscheinlich bereut habe – „Allein auch die weiseste Regenten sind darum noch keine Götter, so alles Zukünftige vorsehen können“<sup>115</sup>. Westenrieder hat in seiner „Geschichte des Dreyßigjährigen Krieges“ sich auf Vervaux gestützt, ohne allerdings wie dieser Motive und „causae“ zu trennen. Daneben führt er, vielleicht nach Pfanner, an, daß Maximilian habe befürchten müssen, Schweden werde nach Niederwerfung des Kaisers trotz des Waffenstillstandes Bayern angreifen<sup>116</sup>. Diese gewissermaßen präventive Motivierung ist in Westenrieders „Geschichte von Baiern“ dann noch mehr herausgestellt<sup>117</sup>. Die stärker patriotische Einstellung des Geschichtsschreibers macht verständlich, warum Westenrieder im Vergleich mit Stadler wieder mehr bemüht ist, den Schritt des Kurfürsten als richtig, ja unausweichlich, darzustellen.

Schmidt, der bei seiner Einstellung an der Kündigung des Ulmer Vertrages natürlich nichts aussetzen findet, glaubt, sie sei dadurch begründet, daß die Pfalzfrage inzwischen in einem für Bayern befriedigenden Sinne gelöst worden sei<sup>118</sup>. Das heißt nichts anderes, als daß Schmidt das, was bei Pfanner nur vage Andeutung gewesen war, nun mit Sicherheit behauptet, nämlich daß der Ulmer Vertrag vom bayerischen Kurfürsten von vornherein nur als vorübergehende Maßnahme gedacht war.

Auf das Problem der zu engen Quartiere hat Schiller seine Argumentation aufgebaut: Da die Friedensverhandlungen sich wider Erwarten lange hinziehen, sieht Maximilian sich der Alternative ausgesetzt, die bayerische Armee das eigene Land aussaugen zu lassen oder sich durch Entlassung der Truppen wehrlos zu machen. Statt eines dieser zwei gewissen Übel wählt er ein drittes ungewisses, die Kündigung des Waffenstillstands. Schiller übernimmt Bougeants Mitteilung über die Beschränkung der militärischen Hilfe für den Kaiser, interpretiert sie freilich etwas abweichend, wenn er sagt, Maximilian habe dadurch erstrebt, „Meister von Österreichs Größe zu bleiben“; neu hinzugekommen ist außerdem die Behauptung, daß das bayerische Verhalten direkt dafür verantwortlich war, daß die Verfolgung der Schweden abgebrochen wurde<sup>119</sup>.

Mannert sieht den Grund für die Kündigung des Ulmer Vertrages darin, daß er die Erwartungen, die der Kurfürst in ihn gesetzt hatte, nicht erfüllte. Dies bezieht sich auf den Abschluß des Friedens, dies bezieht sich aber vor allem auf die

<sup>111</sup> Finsterwald, 1042.

<sup>112</sup> Ebd., 1047.

<sup>113</sup> Falkenstein III, 705.

<sup>114</sup> Stadler, 454 f.

<sup>115</sup> Ebd., 459.

<sup>116</sup> Westenrieder, Dreyßigjähriger Krieg, 208 ff.

<sup>117</sup> Westenrieder, Geschichte von Baiern II, 583.

<sup>118</sup> Schmidt XI, 229.

<sup>119</sup> Schiller, 310.

Pfalzfrage; in diesem Punkt widerspricht der Autor bisher geäußerten Ansichten. Weiter hat er noch die Mahnungen der katholischen Reichsstände und die großzügigen Angebote des Kaisers für ausschlaggebend gehalten<sup>120</sup>. Mannerts Darstellung findet sich in vergrößerter Form auch bei Zschokke<sup>121</sup>, doch wirft dieser Autor in seiner moralisierenden Art dem Kurfürsten „Wankelsinn“ vor<sup>122</sup>.

Denselben Vorwurf hat auch Barthold erhoben<sup>123</sup>. Dennoch macht er sich die Mühe, die Kündigung des Waffenstillstands ausführlich zu begründen; alles, was schon bisher gegen Schweden und Hessen-Kassel angeführt worden war, erscheint auch bei ihm, ebenso die Quartierfrage und die Appelle der katholischen Stände. Neu hinzugekommen ist der Hinweis auf Erfolge der kaiserlichen Heere in Westfalen und Oberschwaben und das Argument, daß der erhoffte französische Schutz ausgeblieben ist<sup>124</sup>. Barthold meint, nur die „undeutsche Partei“ werfe Maximilian vor, er habe den Waffenstillstand nur dazu benutzt, sich zu verstärken<sup>125</sup>. Gleichzeitig aber beschuldigt Barthold selbst den Kurfürsten, einen „höchst verderblichen Staatsfehler“ begangen zu haben, indem er nicht „alle Rücksichten auf die hinterlistigen Franzosen“ ablegte und geglaubt habe, den Kaiser nicht zu mächtig werden lassen zu dürfen; in einer seltsamen Verkennung der militärischen Stärkeverhältnisse meint Barthold, Maximilian hätte sofort auch den Franzosen den Waffenstillstand aufkündigen und – zugleich! – seinen Truppen erlauben sollen, die Schweden bis nach Pommern zu verfolgen<sup>126</sup>. Daß letzteres unterblieb, wird darauf zurückgeführt, daß Maximilian von Frankreich gewarnt worden war, wenn das bayerische Heer über die Weser gehe, würden französische Truppen gegen Bayern in Marsch gesetzt<sup>127</sup>. So habe die „Fehlrechnung einer überfeinen, furchtsamen Politik“ die letzte Chance verstreichen lassen, Deutschland vor dem „Unglücke des westfälischen Friedens“ zu bewahren<sup>128</sup>. Daß eine derartige Beurteilung des Friedens ein Verständnis der auf einen baldigen Friedensschluß angelegten Politik des bayerischen Kurfürsten verstellen muß, ist klar. Daß gerade die Rücksichtnahme auf Frankreich auch nach der Rekonjunktion mit dem Kaiser auf so massive Kritik des Autors stößt, liegt wohl an dessen hitzigem Franzosenhaß.

Buchner folgt im Großen und Ganzen der von Vervaux begründeten Tradition der bayerisch-katholischen Geschichtsschreibung, erwähnt nur die schwedische Hinhalteteknik in der pfälzischen Frage als zusätzliches Motiv und folgert aus den Angaben Bougeants, die Spanier, Chigi, Bischof Franz Wilhelm, Graf Kurz, Gronsfeld sowie bayerische Adelige und Theologen hätten Maximilian „mehr überredet als überzeugt“<sup>129</sup>. Eigene neue Beiträge hat er nicht geleistet.

Keym hat von den angebotenen Lösungen offensichtlich die ausgewählt, die am besten in sein Weltbild paßte; als der Kurfürst feststellen mußte, daß „der Stillstand nicht dem Frieden, sondern gerade den Feinden des Reiches zu Gute käme“

<sup>120</sup> Mannert, 212 f.

<sup>121</sup> Zschokke, 60.

<sup>122</sup> Ebd., 63.

<sup>123</sup> Barthold II, 589.

<sup>124</sup> Ebd., 599 ff.

<sup>125</sup> Ebd., 603 (Sperrung durch den Autor).

<sup>126</sup> Ebd., 604 (Sperrung durch den Autor).

<sup>127</sup> Ebd., 608.

<sup>128</sup> Ebd., 607 (Sperrung durch den Autor).

<sup>129</sup> Buchner, 451 ff.

und die Interessen von Kaiser und Reich beeinträchtigt, kündigte er ihn, was als Zeichen des „aufrichtigen und hochherzigen Charakters dieses Fürsten“ gewertet wird<sup>130</sup>.

Koch ist der Meinung, daß die neuen Forderungen der Schweden und ihre Verletzungen des Ulmer Vertrages sowie die Mahnungen der katholischen Stände Maximilian in seiner Absicht, den Waffenstillstand zu halten, wankend machten, daß aber dann Trauttmansdorffs Drohung, den bayerischen Standpunkt in der Pfalzfrage nicht mehr zu unterstützen, den Ausschlag gab<sup>131</sup>. Erklärungen des Kurfürsten gegenüber dem kaiserlichen Gesandten in München, Baron Khevenhüller, zeigten außerdem, daß auch konfessionspolitische Gründe mit im Spiele waren, was dazu beigetragen habe, den Ulmer Vertrag nur gegen Schweden zu kündigen<sup>132</sup>. Koch, der die bayerische Politik nach dem beurteilt, was er über sie in den kaiserlichen Akten gefunden hat, nennt sowohl den Ulmer Vertrag wie seine Kündigung unbedachte und falsche Schritte; Maximilian habe Wien unterschätzt, dieses zuletzt einen vollen Sieg davongetragen<sup>133</sup>. Daß der bayerische Kurfürst keineswegs klein beigab, hätte Koch aber leicht daran erkennen können, daß der Kaiser im Passauer Rezeß die volle Militärhoheit Maximilians über seine Armee anerkannte. Das Verhalten des Kurfürsten in Bezug auf die Operationen seiner Armee im Herbst 1647 wird von Koch darauf zurückgeführt, daß er sich von den Franzosen täuschen ließ, doch stellt der Autor fest, daß der Entschluß des kaiserlichen Oberbefehlshabers Graf von Holzapfel, nicht die Schweden zu verfolgen, sondern nach Hessen zu ziehen, durch eindeutige kaiserliche Befehle bedingt war<sup>134</sup>. Bartholds Beschuldigung, der bayerische Kurfürst habe einen möglichen Sieg über Schweden verhindert, ist damit gegenstandslos.

Schreiber nennt dieselben Motive wie Koch, doch hat er ihr Verhältnis anders dargestellt. Die „schrankenlose Herrschsucht“ der Schweden und die kaiserlichen Drohungen, ohne Rücksicht auf Bayern auf die schwedischen Forderungen einzugehen, hätten den Kurfürsten veranlaßt, seine Lage zu überdenken, erst eine Denkschrift der katholischen Reichsstände aber habe ihn endgültig für den Anschluß an den Kaiser gewonnen<sup>135</sup>. Wie stets bei diesem Autor werden Hinweise auf religiöse Motivierung für Handlungen Maximilians hervorgehoben<sup>136</sup>. Sattler dagegen macht die Enttäuschung des Kurfürsten über das Ausbleiben des Friedensschlusses für die Kündigung des Ulmer Vertrages verantwortlich und kommentiert offensichtlich befriedigt: „Nun war er wieder, was er 28 Jahre hindurch gewesen, der Hort des deutschen Reiches, die Stütze seines Glaubens und der rechte Arm des deutschen Kaisers“<sup>137</sup>. Denk scheint direkt auf Vervaux zurückgegriffen zu haben, jedenfalls nennt er abweichend von Schreiber nicht Maximilians Bedenken wegen der kaiserlichen Haltung in der Pfalzfrage. Allerdings folgt er seinem üblichen Vorbild insofern, als er die Appelle der katholischen Stände für das ausschlaggebende Motiv hält<sup>138</sup>.

<sup>130</sup> Keym, 669 f.

<sup>131</sup> Koch II, 308 f.

<sup>132</sup> Ebd., 309 f.

<sup>133</sup> Ebd., 318.

<sup>134</sup> Ebd., 330.

<sup>135</sup> Schreiber, Maximilian, 924 f.

<sup>136</sup> Dasselbe geschieht in Schreiber, Bayern, 756 f.

<sup>137</sup> Sattler, 265.

<sup>138</sup> Schaching, 277 f.

Ganz anders sieht Chêruel den Sachverhalt. Offensichtlich ein Argument Bougeants herausgreifend und ausbauend, sieht er die Kündigung des Ulmer Vertrags durch die Spanier veranlaßt, die dem Kurfürsten die Lage in rosigen Farben geschildert hätten, unter Berufung darauf, daß Frankreich durch den Abfall der Generalstaaten und Schweden durch den Verlust seines fähigsten Generals, Torstensons, geschwächt seien<sup>139</sup>. Daß letztere Begründung chronologisch nicht paßt, da Torstenson bereits 1645 sein Amt niederlegte, zeigt schon den rein spekulativen Charakter der Ansicht Chêruels. Zum Vorwand habe Maximilian genommen, daß Schweden die Waffenstillstandsbestimmungen nicht genau ausgeführt habe<sup>140</sup>.

Odhner gesteht zu, daß Schweden die durch den Ulmer Vertrag geschaffene Lage ausbeuten wollte, und meint, durch das allgemeine Gerede über einen von Schweden beabsichtigten Religionskrieg sei der bayerische Kurfürst starkem Druck von seiten des Kaisers und der katholischen Stände ausgesetzt gewesen<sup>141</sup>. Das schwedische Nachgeben in der Pfalzfrage am 11. August habe demgegenüber nichts ausgerichtet<sup>142</sup>. Odhner betrachtet also wie die bayerisch-katholischen Historiker die religiöse Motivierung als die vorherrschende, auch wenn er sie eher einer Art Panikmache zuzuschreiben scheint; er verneint ausdrücklich, daß bayerische Territorialinteressen eine Rolle spielten. Außerdem führt er unter Verweis auf das Manifest Maximilians an, daß die Kündigung des Waffenstillstands der Herstellung des Gleichgewichts und damit der Erleichterung des Friedensschlusses dienen sollte; daß dies kein bloßer Vorwand gewesen sei, habe sich in der bayerischen Strategie während des Herbstfeldzuges 1647 gezeigt, wobei Odhner in der Nachfolge Bartholds – ohne Berücksichtigung der Argumente Kochs – glaubt, Maximilian für den Retter der schwedischen Armee halten zu müssen<sup>143</sup>.

Heigel bringt neben den bereits bekannten Argumenten, daß Maximilian die Aussichten auf Frieden verbessern wollte und in der Pfalzfrage den Zweck des Waffenstillstands als erreicht ansah, eine neue Nuance ins Spiel: die äußerst bedrohliche Lage Österreichs<sup>144</sup>. Ob der Autor hier eher an ein Gefühl der Solidarität mit dem Kaiser denkt oder an eine nüchterne Überlegung, daß eine völlige Niederwerfung der österreichischen Macht durch Schweden auch für Bayern gefährlich werden könnte, wird nicht klar. Zudem war die Lage nicht gefährlicher als in früheren Jahren. Wie Schreiber, so sucht auch sein Gegner Schwann den Grund für die Kündigung des Waffenstillstands in der religiösen Haltung Maximilians, der freilich durch die Aussage, sich vor der Alternative „Politik oder Theologie“ für letztere entschieden zu haben, als schlechter Politiker hingestellt wird<sup>145</sup>.

Einen großen Fortschritt in der Geschichtswissenschaft bedeuten die Einsichten, die Riezler aus seiner Betrachtung der bayerisch-französischen Bündnisverhandlungen vom Sommer 1647 gewinnen konnte. Riezler zeigt, daß Mazarin offensichtlich zu einem Bündnis nicht ohne schwedisches Einverständnis bereit war<sup>146</sup>, was auf bayerischer Seite Mißtrauen hervorrief<sup>147</sup>. Schließlich seien die

<sup>139</sup> Chêruel II, 473.

<sup>140</sup> Ebd.

<sup>141</sup> Odhner, 212 f.

<sup>142</sup> Ebd., 229.

<sup>143</sup> Ebd., 231.

<sup>144</sup> Heigel, 427.

<sup>145</sup> Schwann, 438.

<sup>146</sup> Riezler, Bayern und Frankreich, 512 und 517 f.

<sup>147</sup> Ebd., 514.

Verhandlungen daran gescheitert, daß Bayern sich seine Pflichten gegen Kaiser und Reich vorbehalten, Frankreich aber sich nicht gegen Schweden verpflichten wollte; dies sei der Hauptgrund für die Kündigung des Ulmer Waffenstillstands. Der Vorwurf, Maximilian habe von Anfang an den Stillstand nur für einige Zeit halten wollen, und die Ansicht, der Kurfürst sei willensschwach, wankelmütig oder seiner Umgebung ausgeliefert gewesen, werden von Riezler zurückgewiesen; die „zwingende Macht der politischen Verhältnisse“ habe den Schritt unvermeidlich gemacht<sup>148</sup>. In seiner „Geschichte Baierns“ zählt Riezler daneben noch die Besorgnis wegen der kaiserlichen Haltung in der Pfalzfrage, das Quartierproblem, die religiösen Streitfragen und die Ermutigung durch Erfolge der kaiserlichen Truppen in Böhmen auf<sup>149</sup>. Er betont, daß Maximilian die Aufrechterhaltung der Neutralität zwischen Bayern und Frankreich als wichtiges Element seiner Politik ansah und die französische Kampfansage als schweren Schlag empfand<sup>150</sup>.

Den Ausführungen Riezlers haben sich – unter Weglassung der konfessionellen Komponente – Doeberl<sup>151</sup> und Platzhoff<sup>152</sup> angeschlossen.

Pastor geht auf die Motive der Kündigung des Ulmer Vertrages nicht ein. Doch er teilt mit, daß man in Rom auch nach diesem Ereignis geklagt habe, „daß Bayern mehr seine Privatinteressen als die Religion verfolge“, sonst müsse es doch gemeinsam mit dem Kaiser in der Lage sein, die Schweden aus Deutschland zu verjagen<sup>153</sup>.

Aus französischer Sicht sieht Pagés die Kündigung des Waffenstillstandes bedingt durch die militärischen Mißerfolge Frankreichs in Katalonien und Italien und durch die Meuterei der „Weimarer“ im Heer Turennes<sup>154</sup>. Obwohl nicht auszuschließen ist, daß der bayerische Kurfürst diese Vorgänge in sein Kalkül einbezog – eine offensive Kriegführung in Deutschland war den Franzosen damit im Augenblick verwehrt – so erklären sie doch keinesfalls, warum er den Ulmer Vertrag kündigte, und zwar gegenüber Schweden, nicht aber gegenüber Frankreich.

Dickmann weicht in seiner Darstellung in einigen Punkten von der Riezlers ab. So glaubt Dickmann, nicht an der französischen Rücksichtnahme auf Schweden, sondern an dem Anspruch Maximilians, in eine gegenseitige Garantie der Besitzungen müßten auch die in bayerischer Hand befindlichen ehemals pfälzischen Gebiete eingeschlossen werden, sei der Abschluß eines Bündnisses gescheitert<sup>155</sup>. Man mag einwenden, daß der vordergründige Unterschied sich aufhebe, da hinter beiden Argumenten derselbe Sachverhalt stecke, die Weigerung Schwedens, ein definitives Übereinkommen über die Pfalzfrage einzugehen. Gerade dies aber hat Dickmann anders dargestellt, er deutet die Kündigung des Ulmer Vertrages als Folge der Zufriedenstellung Bayerns in der pfälzischen Frage. Kurfürst Maximilian habe seine Kriegsziele als erreicht ansehen können; der schwedische Widerspruch sei ohne Bedeutung gewesen<sup>156</sup>. Warum dann Maximilian den Einschluß

<sup>148</sup> Ebd., 523 ff.

<sup>149</sup> Riezler, Baiern, 628.

<sup>150</sup> Ebd., 630 ff.

<sup>151</sup> Doeberl, Entwicklungsgeschichte, 602.

<sup>152</sup> Platzhoff, 220.

<sup>153</sup> Pastor, 92 nach Briefen des Kardinal-Staatssekretärs Panciroli an Nuntius Chigi vom 22. 11. und 14. 12. 1647 und vom 28. 3. 1648.

<sup>154</sup> Pagés, 237.

<sup>155</sup> Dickmann, 398.

<sup>156</sup> Ebd., 424 f.

der Oberpfalz in eine französische Garantieverpflichtung so wichtig nahm, daß er die Bündnisverhandlungen an dieser Frage scheitern ließ, diesen Widerspruch vermag Dickmann nicht zu erklären<sup>157</sup>. In einer wichtigen Frage hat Dickmann allerdings einen wesentlichen Fortschritt erzielt; er hat klar erkannt, daß durch den Passauer Rezeß der alte Konflikt um die Militärhoheit zu Gunsten der Fürsten entschieden wurde, daß dieser Vertrag somit keineswegs, wie Koch gemeint hatte, ein Sieg des Kaisers war, vielmehr die alte Lage nur scheinbar wiederhergestellt wurde, in Wirklichkeit aber der Einfluß des Kaisers auf die katholische Partei gesunken und der Bayerns gestiegen war<sup>158</sup>.

Ganz unrichtig ist Steinbergs Darstellung der Vorgänge, meint der Autor doch tatsächlich, der Kurfürst von Bayern sei durch kaiserliche Truppen zur Rekonjunktion gezwungen worden<sup>159</sup>. Auch die alte Legende vom greisen Kurfürsten, der das Heft nicht mehr sicher in der Hand hatte, belebt er neu<sup>160</sup>.

An Albrechts Darstellung im „Handbuch der Bayerischen Geschichte“ ist bemerkenswert, daß abweichend von Riezler behauptet wird, daß Maximilian bereit gewesen wäre, sich auch gegen den Kaiser zu verpflichten; die Rolle der pfälzischen Frage wird nach Dickmann dargestellt<sup>161</sup>. In der neuesten Gesamtdarstellung der bayerischen Geschichte durch Kraus jedoch findet sich die Ansicht Riezlers bestätigt; bezüglich der Pfalzfrage stellt Kraus fest, daß sie eben noch nicht endgültig entschieden war, und Maximilian gerade deshalb wieder Anlehnung beim Kaiser suchte<sup>162</sup>.

Einen neuen Gesichtspunkt führt Ruppert in die Diskussion ein, wenn er aus dem Wortlaut der kaiserlich-bayerischen Vereinbarungen des Herbst 1647 schließt, Maximilian müsse offensichtlich eingesehen haben, daß ein Friede im Reich ohne den Kaiser unmöglich sei; wenn er aber in Wien zugunsten des Friedens entscheidenden Einfluß ausüben wollte, war die Waffenbrüderschaft mit den österreichischen Heeren Voraussetzung<sup>163</sup>. Unhaltbar erscheint dagegen die Ansicht desselben Historikers, daß der Passauer Rezeß die gegenseitigen Rechtsstandpunkte in der Frage der Militärhoheit auf sich beruhen ließ<sup>164</sup>. Hier ist klar Dickmann Recht zu geben, wie schon die Tatsache der gegenseitigen vertraglichen Bindung zeigt.

<sup>157</sup> Vgl. die Argumentation bei Kraus, Neues Bild, 523.

<sup>158</sup> Ebd., 425 f.

<sup>159</sup> Steinberg, 90.

<sup>160</sup> Ebd., 94.

<sup>161</sup> Albrecht, 407.

<sup>162</sup> Kraus, Geschichte Bayerns, 252.

<sup>163</sup> Ruppert, 313.

<sup>164</sup> Ebd., 314 f.

## 10. Schluß: Zusammenfassung der Ergebnisse

Wenn wir nun die Masse der erwähnten Ereignisse und Ansichten noch einmal kurz Revue passieren lassen, so soll dies vor allem zu dem Zweck geschehen, auf offene Fragen hinzuweisen.

Die Einsiedelner Konferenz ist, nachdem sie über zwei Jahrhunderte völlig unbekannt war, heute in ihrem Verlauf gut erforscht, die Instruktion des bayerischen Unterhändlers Tanner ist bekannt. Umstritten ist jedoch die Frage nach den Zielen auf beiden Seiten: Wollte Richelieu die Möglichkeiten eines langdauernden Waffenstillstandes mit dem Reich sondieren oder wollte er nur Bayern aus der feindlichen Koalition heraussprengen? Stand für den bayerischen Kurfürsten die Friedensvermittlung oder die Pfalzfrage im Vordergrund? Während für Frankreich wenigstens das übergeordnete Interesse, die Konzentration der Kräfte auf die Auseinandersetzung mit Spanien, klar scheint, ist für Bayern, soweit man die Pfalzfrage als bestimmendes Faktum ansieht, auch die Frage nach der Einordnung der Konferenz in eine politische Gesamtkonzeption zu stellen. Leichter läßt sich eine durchgehende Linie von Einsiedeln über den Nürnberger Kurfürstentag zum Regensburger Reichstag erkennen, wenn man den Wunsch nach Frieden für das entscheidende Motiv der bayerischen Politik hält. Eine reichsständische Vermittlung zwischen dem Kaiser und Frankreich unter Führung Bayerns erscheint als plausible Lösung der Frage nach der Gesamtkonzeption; Riezler, Dickmann und Repgen haben das denn auch so gesehen. Dem widersprechen freilich die Ansichten, die Bierther zur Politik Maximilians auf dem Regensburger Reichstag geäußert hat. Sie werden sich freilich, wie dargelegt, nicht in der Einseitigkeit, mit der Bierther sie vorträgt, halten lassen, übrigens auch deshalb nicht, weil gerade dynastische Interessen den bayerischen Kurfürsten zur Schonung des verwandten Pfälzer Hauses hätten veranlassen müssen; wenn sich hier die kirchenpolitische Ideale als vorherrschend erweisen, so ist damit auf ein Motiv verwiesen, das Bierther völlig vernachlässigt hat. Trotz der Klärung vieler Einzelheiten hat also ihr Buch eher Verwirrung als Klarheit gestiftet, wenn es um die Frage nach den Intentionen Maximilians am Beginn seiner schließlich in den Westfälischen Frieden mündenden diplomatischen Aktivitäten geht.

Schon den Zeitgenossen bekannt war die Entsendung des Paters Vervaux nach Paris im Frühjahr 1645; doch rätselte man über die Hintergründe. In der Folgezeit wurde die Angelegenheit nur von französischen und bayerischen Geschichtsschreibern noch für erwähnenswert gehalten, bis Koch sie im 19. Jahrhundert wieder aufgriff. Auf diesen geht die Theorie zurück, Maximilian habe vor allem die Friedensverhandlungen beschleunigen wollen, wozu Schreiber dann noch die Förderung des kirchlichen Interesses hinzufügte. Die Gegenthese begründete Jacob, der, wie Koch auf kaiserliche, sich allein auf französische Akten stützte: Maximilian habe über die wechselseitige Unterstützung der bayerischen und französischen Territorialinteressen verhandeln lassen. Egloffstein schließlich

hat, wenn auch in Kombination mit der ersten, dem noch eine dritte Variante hinzugefügt, indem er einen Waffenstillstand für das Hauptziel Maximilians hält. In verschiedener Zusammensetzung und Gewichtung treten diese drei Positionen bei den späteren Historikern auf. Ritter hatte die Ernsthaftigkeit der bayerischen Offerten jedoch bereits mit einem Fragezeichen versehen; wollte Maximilian nur Frankreich verlockende Angebote hinhalten, um es von Schweden zu trennen? Schweinesbein konnte darlegen, daß unter dem Eindruck der Niederlage von Jankau sich offensichtlich der Akzent der Verhandlungen von recht allgemein gehaltenen Sondierungen in Sachen Friedensverhandlungen und Pfalzfrage auf recht weitreichende Anträge, die der sofortigen Erleichterung der militärischen Situation gedient hätten, verlagerte. Es bleibt jedoch auch hier die Frage, wie weit diese ernstgemeint waren, eine Frage, die vielleicht nie beantwortet werden wird. Vielleicht wußte der Kurfürst selbst in dem Augenblick, als Vervaux Mazarin die Protektion vorschlug, noch nicht, ob er mit diesem Angebot wirklich ernstmachen würde, falls die Franzosen darauf eingingen. Die besonderen Zeitverhältnisse lassen ein relativ hohes Maß an Improvisation durchaus möglich erscheinen. Leichter zu beantworten sein dürfte die andere jetzt noch offene Frage, die nach der Einschätzung der Mission als Erfolg oder Mißerfolg durch den bayerischen Hof.

Die Frankreichpolitik Maximilians und besonders seine Haltung in der Elsaßfrage ist in der Geschichte höchst unterschiedlich bewertet worden, vor allem in ihrem Zusammenhang mit der Pfalzfrage. Die Zeitgenossen, und ihnen folgend die protestantischen Geschichtsschreiber Deutschlands haben sie sehr negativ bewertet und hinter ihr nichts als konfessionellen und territorialpolitischen Egoismus gesehen. Auf katholischer Seite folgte man – von dem Sonderfall der zwispältigen Haltung Schmidts abgesehen – der Sicht Bougeants, der aufgrund der ihm zur Verfügung stehenden Quellen zu einer wesentlich günstigeren Bewertung kam: Nur unter dem Druck der militärischen Lage gehen die Bayern zögernd auf die französische Konzeption ein. Die Gegenbewegung geht von den verspäteten Anhängern des pfälzischen Hauses, von Söttl und Häusser aus, die natürlich im geistigen Klima des 19. Jahrhunderts mit ihren nationalistisch angehauchten Ansichten viel eher durchdrangen als der „Partikularist“ Buchner oder der großdeutsche Koch, die noch der von Bougeant gewiesenen Richtung folgten; außerdem wurden die dem Ansehen des Kurfürsten Maximilian so nachteiligen Theorien vom Prestige Rankes gestützt, auch wenn dieser aus ganz anderen Gründen, solchen der Auswahl und – recht gewagten – Interpretation der Quellen, zu einem ähnlichen Ergebnis wie Söttl und Häusser gekommen war. Losgelöst von den Überlegungen Rankes hält das Ergebnis dieser Überlegungen sich den Rest des 19. Jahrhunderts hindurch, während die Urteile immer schärfer werden. Erst die Forschungen Egloffsteins und Riezlers haben wieder zu einer abgewogenen Beurteilung der Frankreichspolitik Maximilians geführt, die jedoch, wie die Äußerungen Steinbergs und Pagés' zeigen, noch immer nicht überall durchgedrungen sind. Auch unter deutschen Historikern sind viele der alten Beschuldigungen gegen Bayern noch weit verbreitet, wie Rupperts kritiklose Übernahme der Verratslegende zeigt. Natürlich hat auch Bougeant die bayerische Politik nach den Meinungen Dritter, der französischen Gesandten, beschrieben; Egloffstein und Riezler haben nur einen Teil der Quellen ausgewertet. Es bleibt also auch hier ein weites Feld für neue Entdeckungen, durch die vielleicht auch die Motive der Handlungsweise Maximilians besser geklärt werden könnten.

Lange gehalten hat sich in der Geschichtsschreibung auch die ebenfalls schon

während des Friedenskongresses verbreitete Legende, die bayerische Haltung in der Pfalzfrage sei die Ursache der langen Verzögerung des Friedensschlusses. Als sie ab dem Ende des 18. Jahrhunderts an Bedeutung zu verlieren schien, haben auch hier Sötl und Häusser diese Legende noch einmal zur Wirksamkeit gebracht, verbunden mit einer einseitigen und rechtlich nicht begründeten Stellungnahme für den pfälzischen Standpunkt. Der Erfolg war in diesem Falle allerdings gering. Daß Dickmann sie wiederbelebt, ist befremdlich.

Wie mit der Frankreichpolitik, so wurde die Pfalzfrage von Zeitgenossen wie Historikern auch mit der bayerischen Religionspolitik in Zusammenhang gebracht. Auf diesem Gebiet scheint heute unumstritten zu sein, daß die bayerische Politik der Behauptung des faktischen status quo, wie eigennützig sie auch immer gewesen sein mag, den Interessen des deutschen Katholizismus besser diene als die kanonistische Prinzipienpolitik der Kurie und der kleineren geistlichen Reichsstände. Wie eigennützig oder uneigennützig sie dem Kurfürsten selbst erschien, das heißt, wie weit er sich 1639 bis 1648 noch für die Kirche auch außerhalb seines eigenen Landes verantwortlich fühlte, ist damit noch nicht gesagt.

Auf wie unsicheren Grundlagen die Behauptung von der emotionalen Abneigung Maximilians gegen Spanien ruht und wie sehr gerade die bayerisch-spanischen Beziehungen ab 1635 ein Feld der Hypothesen und teils recht abstrusen Spekulationen sind, darauf wurde bereits im entsprechenden Abschnitt hingewiesen.

Der Ulmer Waffenstillstand bot, was den äußeren Verlauf der Verhandlungen betrifft, den Historikern von vornherein keine Schwierigkeiten. Über die Gründe, die Maximilian veranlaßten, ihn einzugehen, ist jedoch viel gerätselt worden. Am weitesten ging Meiern, der dem Kurfürsten unterstellt, er habe von vornherein vorgehabt, den Vertrag nach einiger Zeit zu brechen. Im allgemeinen bewegen sich die Ansichten der Geschichtsschreiber um drei Alternativen: Kriegsmüdigkeit des Kurfürsten mit der Hoffnung, den Frieden zu fördern, der Zwang der militärischen Lage und Rücksichten auf die Pfalzfrage werden als Beweggründe Maximilians angenommen. Unabhängig davon ist, wie das Beispiel Kochs besonders eindringlich zeigt, die Bewertung des Ulmer Vertrages, politisch als weise oder kurzichtig und ethisch als menschenfreundlich – wie bei Westenrieder – oder verwerflich. Daß vor allem dem habsburgischen Standpunkt zugeneigte Historiker den Vertrag als unverantwortlich oder zumindest unüberlegt verurteilen, ist nicht verwunderlich. Die an den Waffenstillstand sich anschließenden Bündnisverhandlungen zu Paris hat, nachdem es bis dahin nur unklare Andeutungen gegeben hatte, erstmals Riezler genau erforscht; von daher hat derselbe Historiker postuliert, daß Maximilian eine grundsätzliche Neuorientierung seiner Politik plante, freilich ohne die tieferen Beweggründe dafür aufdecken zu können. Über Riezler ist die Geschichtswissenschaft im Grunde bis heute nicht hinausgekommen. Die Kündigung des Ulmer Waffenstillstandes wurde lange von katholischen und protestantischen Autoren sehr unterschiedlich gesehen; während erstere die Schuld bei den Schweden suchten, glaubten letztere entweder wie Pufendorf und später Schiller, der Grund liege in den Quartierproblemen der bayerischen Armee, oder sie hielten den Ulmer Vertrag für ein Täuschungsmanöver des schlaun Kurfürsten, der damit die schwedische Zustimmung zur Lösung der Pfalzfrage erreichen will. Schmidt ist der erste Katholik, der diese Deutung übernimmt und damit die konfessionelle Grenzziehung durchbricht. Im 19. Jahrhun-

dert ist im Chor der verschiedenen Stimmen dann keine Ordnung mehr zu erkennen. Auch hier hat Riezler einen großen Fortschritt erzielt. Neue Argumente brachten in jüngster Zeit Kraus und Ruppert ins Spiel: die Tatsache, daß die Pfalzfrage eben immer noch nicht definitiv entschieden war, und die Überlegung, durch erneute Waffenbruderschaft die kaiserliche Politik besser beeinflussen zu können.

Diese zusammenfassenden Überlegungen sollten zur Genüge gezeigt haben, daß noch viele Fragen offen sind, was die Politik des Kurfürsten Maximilian von Bayern während der letzten Jahre des Dreißigjährigen Krieges betrifft. Für die historische Forschung ist hier ein weites Feld offen. Daß es bald bearbeitet wird, ist zu hoffen.

## 11. Quellen und Literaturverzeichnis

Die übliche Trennung in ein Quellen- und ein Literaturverzeichnis unterbleibt, da in dieser Arbeit weithin Literatur als Quelle benutzt wurde. Dagegen erscheinen biographische und bibliographische Hilfsmittel gesondert.

### *a) Quellen und Literatur*

- Acta Pacis Westphalicae, Serie I: Instruktionen. Bd. 1: Frankreich-Schweden-Kaiser. Bearbeitet v. Fritz Dickmann u. a., Münster 1962.
- Acta Pacis Westphalicae, Serie II: Korrespondenzen. Abt. A: Die kaiserlichen Korrespondenzen. Bd. 2: 1644–1645. Bearbeitet v. Wilhelm Engels, Münster 1976.
- Acta Pacis Westphalicae, Serie II: Korrespondenzen. Abt. B: Die französischen Korrespondenzen. Bd. 2: 1645. Bearbeitet v. Franz Bosbach, Münster 1986.
- Adami, Adam, Relatio historica de pacificatione Osnabrugo-Monasteriensi, hrsg. v. Johann Gottfried von Meiern, Leipzig 1737.
- Adelzreiter von Tettenweis, Johann (tatsächl. Johannes Vervaux), Annales Boicae gentis, 3 Bde., München 1662.
- Albrecht, Dieter, Die Kriegs- und Friedensziele der deutschen Reichsstände, in: Krieg und Politik 1618–1648. Europäische Probleme und Perspektiven, hrsg. v. Konrad Repgen (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 8), München 1988, S. 241–274.
- Albrecht, Dieter, Das Konfessionelle Zeitalter II: Die Herzöge Wilhelm V. und Maximilian I., in: Handbuch der bayerischen Geschichte II: Das Alte Bayern. Der Territorialstaat, begründet v. Max Spindler hrsg. v. Andreas Kraus, München<sup>2</sup> 1988, S. 393–458.
- Arcana Bavarica ab Austriaco quodam detecta scripto, quo rationes reddit, cur Domus Bavarica non consultum sit, ut Alsatia et Brisacum Gallis cedat, o. O. 1646.
- Aretin, Carl Maria von, Geschichte des bayerischen Herzogs und Kurfürsten Maximilian des Ersten, Passau 1842.
- Barthold, Friedrich Wilhelm, Geschichte des großen deutschen Krieges vom Tode Gustav Adolfs ab mit besonderer Rücksicht auf Frankreich II: Von der Wahl Ferdinands III. bis zum Schluß des Westfälischen Friedens, Stuttgart 1843.
- Baur, J., Philipp von Sötern, geistlicher Kurfürst von Trier, und seine Politik während des dreißigjährigen Krieges II, Speyer 1915.
- Becker, Winfried, Der Kurfürstenrat. Grundzüge seiner Entwicklung in der Reichsverfassung und seine Stellung auf dem Westfälischen Friedenskongreß (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte 5), Münster 1979.
- Bireley, Robert, The Thirty Years' War as Germany's Religious War, in: Krieg und Politik 1618–1648. Europäische Probleme und Perspektiven, hrsg. v. Konrad Repgen (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 8), München 1988, S. 85–106.
- Bierther, Kathrin, Der Regensburger Reichstag 1640/41 (Regensburger Historische Forschungen 1), Kallmünz 1971.
- Bougeant, Guillaume Hyacinthe, Histoire du traité de Westphalie . . . , 6 Bde., Paris<sup>3</sup> 1751.
- Bougeant, Wilhelm Hyacinthe, Historia des dreißigjährigen Krieges und darauf erfolgten Westfälischen Friedens, übersetzt v. Friedrich Eberhard Rambach, 4 Bde., Halle 1758.

- Brandi, Karl, Gegenreformation und Religionskriege (Deutsche Geschichte Bd. II/2, hrsg. v. Erich Marcks), Leipzig 1930.
- Braubach, Max, Der Westfälische Friede, Münster, 1948.
- Brockhaus, Heinrich, Der Kurfürstentag zu Nürnberg im Jahre 1640, Leipzig 1833.
- Buchner, Andreas, Geschichte Bayerns VIII: Geschichte von Bayern während des dreißigjährigen Krieges, München 1851.
- Chêrue!, Adolphe, Histoire de France pendant la minorité de Louis XIV, 3 Bde., Paris 1878/79.
- (Contarini, Aluise). Relazione de S. Aluise Contarini ritornato dall' Ambasceria di Munster, in: J. Fiedler, Die Relationen der Botschafter Venedigs über Deutschland und Österreich im 17. Jahrhundert I (Fontes rerum Austriacarum Abt. II, Bd. 26), Wien 1866, S. 293–366.
- Dickmann, Fritz, Der Westfälische Frieden, Münster <sup>5</sup> 1985.
- Doeberl, Michael, Bayern und Frankreich. Vornehmlich unter Kurfürst Ferdinand Maria, München 1900.
- Doeberl, Michael, Entwicklungsgeschichte Bayerns I, München <sup>3</sup> 1916.
- Egloffstein, Hermann Freiherr von, Baierns Friedenspolitik von 1645 bis 1647, Leipzig 1898.
- Falkenstein, Johann Heinrich von, Vollständige Geschichten der alten, mittleren und neuern Zeiten des grossen Herzogthums und ehemaligen Königreiches Baiern, 3 Bde., München/Ingolstadt/Augsburg 1763.
- Feßmaier, Johann Georg, Geschichte von Baiern, 2 Bde., Landshut 1804.
- Finsterwald, H. von (Hempel, Christian Friedrich), Des Buchs vom ganzen Bayerischen Hause und dessen sämtlichen Staaten Dritte Abteilung: Hertzogs Stephani Fibulati Nachkommen, bis und mit dem grossen Maximilian, ersten Churfürsten in Bayern (Ludwig, Johann Peter von, Erläuterte Germania Princeps ..., ohne Bandzählung), Frankfurt/Leipzig 1749.
- (Forstner, Christoph), Epistolae negotium pacis Osnabrugo-Monasteriensis concernentes, Mömpelgard 1656.
- Fraga Iribarne, Manuel, Don Diego de Saavedra y Fajardo y la diplomacia de su época, Madrid 1956.
- Gärtner, Carl Wilhelm, Westphälische Friedenskanzlei, 9 Bde., Leipzig 1731–37.
- Gardiner, S. R., The Thirty Years' War, London <sup>2</sup> 1874.
- Häusser, Ludwig, Geschichte der Rheinischen Pfalz nach ihren politischen, kirchlichen und literarischen Verhältnissen II, Heidelberg <sup>2</sup> 1856.
- Heigel, Karl Theodor, Das westfälische Friedenswerk von 1643–1648, Zeitschrift für allgemeine Geschichte, Kultur-, Literatur- und Kunstgeschichte 5 (1888), S. 411–428.
- Hubensteiner, Benno, Bayerische Geschichte. Staat und Volk, Kunst und Kultur, München <sup>6</sup> 1977.
- Hubensteiner, Benno, Bayern und Spanien, in: Gemeinsames Erbe. Perspektiven europäischer Geschichte III, hrsg. v. Karl Rüdinger, München 1959, S. 89–104.
- Hubensteiner, Benno, Vom Geist des Barock. Kultur und Frömmigkeit im alten Bayern, München <sup>2</sup> 1978.
- Israel, Friedrich, Adam Adami und seine Arcana Pacis Westphalicae (Historische Studien 69), Berlin 1909.
- Jacob, Karl, Die Erwerbung des Elsaß durch Frankreich im Westfälischen Frieden, Straßburg 1897.

- Keym, Franz, Geschichte des Dreißigjährigen Krieges II: 1630–1648, Freiburg 1864.
- Koch, Matthias, Geschichte des Deutschen Reiches unter der Regierung Ferdinands III., 2 Bde., Wien 1865/66.
- Kraus, Andreas, Die Acta Pacis Westphalicae. Rang und geisteswissenschaftliche Bedeutung eines Editionsunternehmens unserer Zeit, untersucht an Hand der Elsaß-Frage (1640–1646) (Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften: Geisteswissenschaften. Vorträge G 269), Opladen 1984.
- Kraus, Andreas, Geschichte Bayerns. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1983.
- Kraus, Andreas, Kurfürst Maximilian I. von Bayern. Das neue Bild eines großen Fürsten, Historisches Jahrbuch 97/98 (1978), S. 505–526.
- Kraus, Andreas, Kurfürst Maximilian I. von Bayern und die französische Satisfaktion (1644–1646). Neue Quellen zu einem alten Problem, in: Land und Reich. Stamm und Nation. Probleme und Perspektiven bayerischer Geschichte. Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag II: Frühe Neuzeit, hrsg. v. Andreas Kraus, München 1984, S. 21–50.
- Lutz, Heinrich, Das Ringen um deutsche Einheit und kirchliche Erneuerung. Von Maximilian I. bis zum Westfälischen Frieden 1490 bis 1648 (Propyläen Geschichte Deutschlands IV), Berlin 1983.
- Maland, David, Europe at War 1600–1650, London 1980.
- Mannert, Konrad, Bayerische Geschichte, 2 Bde., Leipzig 1826.
- Meiern, Johann Gottfried von, Acta Pacis Westphalicae publica oder Westphälische Friedens-Handlungen und Geschichte ..., 6 Bde., Hannover 1734–36.
- Négociations secrètes touchant la paix de Munster et d'Osnabrug ..., 4 Bde., Den Haag 1724–26.
- Odhner, Clas Theodor, Die Politik Schwedens im Westphälischen Friedenscongreß und die Gründung der schwedischen Herrschaft in Deutschland, übersetzt v. Emil Peterson, Gotha 1877.
- Pagès, Georges, La guerre de trente ans 1613–1648 (Bibliothèque Historique 260), Paris 1949.
- Pastor, Ludwig Freiherr von, Geschichte der Päpste seit dem Ausgang des Mittelalters XIV: Geschichte der Päpste im Zeitalter des fürstlichen Absolutismus von der Wahl Innozenz X. bis zum Tode Innozenz XII. (1644–1670), Freiburg 1929.
- Paulig, F. R., Geschichte des dreißigjährigen Krieges. Ein Beitrag zur Geschichte der Jahre 1600–1650, Frankfurt 1885.
- Pfanner, Tobias, Historia pacis Westphalicae, Gotha <sup>3</sup> 1967.
- Pfister, Kurt, Kurfürst Maximilian I. von Bayern und sein Jahrhundert, München <sup>2</sup> 1980.
- Platzhoff, Walter, Geschichte des europäischen Staatensystems 1559–1660, München/Berlin 1928.
- Pufendorf, Samuel, Commentariorum de rebus Suecicis libri XXVI ab expeditione Gustavi Adolphi regis in Germaniam ad abdicationem usque Christinae, Frankfurt <sup>2</sup> 1705.
- Ranke, Leopold von, Französische Geschichte, vornehmlich im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert III, Leipzig <sup>4</sup> 1877 (= 10. Band der 1. Gesamtausgabe).
- Rast, Rudolf, Die bayerische Politik in den Jahren 1640–45, München 1902.
- Reppen, Konrad, Die römische Kurie und der Westfälische Friede I: Papst, Kaiser und Reich 1521–1644, 1. Teilbd. (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom 24), Tübingen 1962.

- Reppen, Konrad, Über den Zusammenhang von Verhandlungstechnik und Vertragsbegriffen. Die kaiserlichen Elsaß-Angebote vom 28. März und 14. April 1646 an Frankreich, in: Reppen, Konrad, Historische Klopfsignale für die Gegenwart, Münster 1974, S. 64–96.
- Riezler, Sigmund, Bayern und Frankreich während des Waffenstillstandes von 1647, in: Sitzungsberichte der philosophisch-philologischen und der historischen Classe der k. b. Akademie der Wissenschaften zu München 1898/II, München 1899, S. 493–541.
- Riezler, Sigmund, Geschichte Baierns V, Gotha 1903.
- Ritter, Moritz, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und Geschichte des Dreißigjährigen Krieges 1555–1648 III: Geschichte des Dreißigjährigen Krieges, Stuttgart/Berlin 1908.
- Rocholl, Heinrich, Zur Geschichte der Annexion des Elsaß durch die Krone Frankreich, Gotha 1888.
- Ruppert, Karsten, Die kaiserliche Politik auf dem Westfälischen Friedenskongreß (1643–1648) (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte 10), Münster 1979.
- Sattler, M., Lehrbuch der bayerischen Geschichte für Gymnasien und zum Selbstunterrichte bearbeitet, München 1868.
- Schaching, Otto von (Denk, Otto), Maximilian I., der Große, Freiburg 1876.
- Schiller, Friedrich, Der Dreißigjährige Krieg. Mit einem einleitenden Essay hrsg. v. Golo Mann, München 1975.
- Schmidt, Michael Ignaz, Neuere Geschichte der Deutschen XI: Von den Westphälischen Friedensverhandlungen zum Tod des Römischen Kaisers Ferdinands III. Vom Jahr 1643 bis 1648, Frankenthal <sup>2</sup> 1794.
- Schmidt, Michael Ignaz, Neuere Geschichte der Deutschen XII: Von den Westphälischen Friedensverhandlungen zum Tode des Römischen Kaisers Ferdinands III. Vom Jahr 1648 bis 1657, Frankenthal <sup>2</sup> 1802.
- Schreiber, Fr. A. Wilhelm, Geschichte Bayerns in Verbindung mit der deutschen Geschichte I: Von den Agilolfingern bis zum Ausgang des Spanischen Erbfolgekrieges, Freiburg 1889.
- Schreiber, Fr. A. Wilhelm, Maximilian I., der Katholische Kurfürst von Bayern und der Dreißigjährige Krieg, München 1868.
- Schwann, Matthias, Illustrierte Geschichte von Bayern III: 1509 bis zur Neuzeit, Stuttgart 1894.
- Schweinesbein, Karl, Die Frankreichpolitik Kurfürst Maximilians I. von Bayern 1639–1645, München 1967.
- Sölzl, Johann Michael, Der Religionskrieg in Deutschland, 3 Bde., Hamburg 1840–42.
- Stadler, Daniel, Bayerische Geschichte zu bequemen Gebrauch verfaßt und an das Licht gestellt, München 1762.
- Steinberg, Sigmund Henry, Der Dreißigjährige Krieg und der Kampf um die Vorherrschaft in Europa 1600–1660, Göttingen 1967.
- Steinberger, Ludwig, Die Jesuiten und die Friedensfrage in der Zeit vom Prager Frieden bis zum Nürnberger Friedensexekutionshaupttrezeß 1635–50 (Studien und Darstellungen aus dem Gebiet der Geschichte V/2, 3), Freiburg 1906.
- Stieve, Felix, Kurfürst Maximilian I. von Bayern, in: Stieve, Felix, Abhandlungen, Vorträge und Reden, Leipzig 1900, S. 155–180.
- [Lotichius, Johann Peter], Theatrum europaeum V: Das ist: Außführliche Beschreibung Aller Denckwürdigen Geschichten Die sich in Europa ... Vom Jahre 1643 bis ins 1647. Jahr ... begeben und verlaufen, Frankfurt <sup>1</sup> 1647, <sup>2</sup> 1707.

- Wedgwood, Cicely V., *Der Dreißigjährige Krieg*, übersetzt v. A. G. Girschick, München 1976.
- Westenrieder, Lorenz, *Betrachtungen über einige Helden des dreißigjährigen Krieges*, in: *Beiträge zur vaterländischen Historie, Geographie, Staatistik ec.*, hrsg. v. L. Westenrieder, 8 (1806), S. 209–256.
- Westenrieder, Lorenz, *Geschichte des dreißigjährigen Krieges III*, München 1806.
- Westenrieder, Lorenz, *Geschichte von Baiern für die Jugend und das Volk II*, München 1785.
- Wolf, Peter Philipp, *Geschichte Maximilians I. und seiner Zeit*, 4 Bde., München 807–1811.
- Wolff, Fritz, *Corpus Evangelicorum und Corpus Catholicorum auf dem Westfälischen Friedenskongreß. Die Einfügung der konfessionellen Ständeverbindungen in die Reichsverfassung (Schriftenreihe der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte 2)*, Münster 1966.
- Zschokke, Heinrich, *Der Baierschen Geschichten Fünftes Buch*, Aarau 3 1828.

#### *b) Hilfsmittel*

- Allgemeine Deutsche Biographie XXXIV, hrsg. v. der Historischen Commission bei der Königl. Akademie der Wissenschaften, Leipzig, 1892.
- Baader, Alois Clemens, *Lexikon verstorbener Baierscher Schriftsteller des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts*, 2 Bde., in 4 Teilen, Augsburg/Leipzig 1824/25 (Neudruck in 2 Bden. Hildesheim/New York 1971).
- Bosls Bayerische Biographie. 8000 Persönlichkeiten aus 15 Jahrhunderten, hrsg. v. Karl Bosl, Regensburg 1983.
- Dotterweich, Helmut, *Der junge Maximilian. Biographie eines bayerischen Prinzen*, München 2 1980.
- Erdmannsdörffer, Bernhard, *Zur Geschichte und Geschichtsschreibung des dreißigjährigen Krieges*, *Historische Zeitschrift* 14 (1865), S. 1–14.
- Kraus, Andreas, *Die bayerische Historiographie zur Zeit der Gründung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1759*, in: Kraus, Andreas, *Bayerische Geschichtswissenschaft in drei Jahrhunderten. Gesammelte Aufsätze*, München 1979, S. 149–184.
- Kraus, Andreas, *Ein großes Jahrhundert bayerischer Geschichtsschreibung. Sigmund von Riezler und Michael Doeberl zum Gedächtnis*, in: Kraus, Andreas, *Bayerische Geschichtswissenschaft in drei Jahrhunderten. Gesammelte Aufsätze*, München 1979, S. 243–259.
- Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, hrsg. v. der Österreichischer Akademie der Wissenschaften unter der Leitung von Leo Santifaller, bearbeitet v. Eva Obermayer-Marnach, IV, Wien/Köln/Graz 1963.
- Raumer, Kurt von, *Der Westfälische Friede*, *Historische Zeitschrift* 195 (1962), S. 596–613.
- Spindler, Max, *Von der bayerischen Geschichte, ihrer Erforschung, Darstellung und Pflege seit dem Anfang des neunzehnten Jahrhunderts*, in: *Unser Geschichtsbild. Der Sinn der Geschichte*, hrsg. v. Karl Rüdiger, München 1955, S. 81–98.
- Thiekötter, H., *Pacis Westfalicae Bibliotheca Germanica 1648–1948*, in: *Pax optima rerum*, hrsg. v. E. Hövel, Münster 1948, S. 197–281.

## 12. Personenregister

### Abkürzungen

am.	amerikanisch	ksl.	kaiserlich
bayer.	bayerisch	österr.	österreichisch
dt.	deutsch	schwed.	schwedisch
engl.	englisch	span.	spanisch
franz.	französisch	venez.	venezianisch
ital.	italienisch	württ.	württembergisch

- Adami, Adam OSB, dt. Diplomat und Geschichtsschreiber 8, 10f., 26, 34, 38, 43, 48, 50, 67f., 76, 78
- Adelzreiter von Tettenweis, Johann, bayer. Kanzler und Geschichtsschreiber 3f., 26
- Albrecht, Dieter, bayer. Historiker 6, 13, 32, 45ff., 55, 62, 75, 85
- Amalie Elisabeth, Landgräfin von Hessen-Kassel 54
- Anna d'Austria, Königin-Witwe und Regentin von Frankreich 29
- Anselm Casimir Wamboldt von Umbstadt, Kurfürst von Mainz 65
- Arétin, Carl Maria von, bayer. Historiker 7
- Barberini, Francesco, Kardinalnepot Urbans VIII. 18
- Barthold, Friedrich Wilhelm, dt. Historiker 9, 36, 51, 63, 70, 81ff.
- Baur, J., dt. Historiker 11, 29, 74f.
- Becker, Winfried, dt. Historiker 12, 21
- Bernhard von Sachsen-Weimar, schwed. und franz. General 50
- Bichi, Alessandro, Kardinal 17f.
- Bierther, Kathrin, bayer. Historikerin 13, 20, 22ff., 54, 86
- Bireley, Robert SJ, am. Historiker 13, 32, 62, 66, 77
- Bosl, Karl, bayer. Historiker 7
- Bougeant, Guillaume Hyacinthe SJ, franz. Historiker 3ff., 13f., 26f., 34f., 37, 50, 68, 74, 79ff., 83, 87
- Brandi, Karl, dt. Historiker 11, 44
- Braubach, Max, dt. Historiker, 11, 44
- Brockhaus, Heinrich, dt. Historiker 20
- Buchner, Andreas, bayer. Historiker 5, 27, 36f., 70f., 81, 87
- Chêrueil, Adolphe, franz. Historiker 13ff., 40, 64, 72, 83
- Chigi, Fabio, päpstl. Nuntius 79, 81, 84
- Christine, Königin von Schweden 8
- Contarini, Alvise, venez. Diplomat 10, 33f., 37, 39, 41, 45
- d'Avaux, Claude de Mesmes, Graf, franz. Diplomat 13
- d'Oissonville, franz. Diplomat 17
- Denk, Otto, bayer. Journalist 7, 17, 28, 57, 82
- Dickmann, Fritz, dt. Historiker 8, 11f., 13, 20f., 29f., 44ff., 53f., 59f., 64, 75, 84–87
- Doeberl, Michael, bayer. Historiker 6, 17, 22, 43, 53f., 58, 62, 75, 84
- Dotterweich, Helmut, bayer. Historiker 7
- Egloffstein, Hermann Freiherr von, bayer. Historiker 6, 28–32, 42f., 45, 53, 58, 73f., 86f.
- Enghien, Louis de Bourbon, Herzog von 35
- Erdmannsdörffer, Bernhard, dt. Historiker 1, 9f.
- Falkenstein, Johann Heinrich von, dt. Historiker 4, 50, 69, 80
- Ferdinand II., Röm.-dt. Kaiser 59, 66
- Ferdinand III., Röm.-dt. Kaiser 10f., 16–23, 25, 27–31, 34–43, 45ff., 49, 52–56, 58, 61, 63, 65–76, 78–86
- Ferdinand von Bayern, Kurfürst von Köln 26, 29, 31, 45, 78
- Ferdinand Maria, Kurfürst von Bayern 72
- Feßmeier, Johann Georg, bayer. Historiker 5, 7, 51

- Forstner, Christoph, württ. Diplomat 33  
 Fraga Iribarne, Manuel, span. Historiker,  
 Diplomat und Politiker 15, 66  
 Franz Johann Vogt von Summerau zu Pras-  
 berg, Fürstbischof von Konstanz 78  
 Franz Wilhelm von Wartenburg, Fürst-  
 bischof von Osnabrück und Regens-  
 burg 45, 79, 81  
 Friedrich V., Kurfürst von der Pfalz 48
- Gärtner, Carl Wilhelm, dt. Publizist 12, 38  
 Gardiner, S. R., engl. Historiker 1, 14, 40,  
 72  
 Grammont, Antoine Herzog von, franz.  
 Marschall, 36, 52, 64  
 Grimaldi, Girolamo, päpstl. Nuntius  
 und Kardinal 27  
 Gronsfeld, Jost Maximilian Graf von,  
 bayer. Feldmarschall 73, 79, 81  
 Gustav II. Adolf, König von Schweden 8 f.
- Häusser, Ludwig, dt. Historiker 9, 52 f.,  
 87 f.  
 Heigel, Karl Theodor von, bayer. Histori-  
 ker 10, 40, 53, 57 f., 73, 83  
 Heinrich von Knöringen, Fürstbischof von  
 Augsburg 28  
 Hempel, Christian Friedrich, dt. Histori-  
 ker 4, 50, 69, 79  
 Hubensteiner, Benno, bayer. Historiker  
 und Kirchenhistoriker 6, 60, 62, 64
- Israel, Friedrich, dt. Historiker 11, 43
- Jacob, Karl, dt. Historiker 10, 28, 32,  
 41 ff., 45, 53, 86  
 Johann Georg, Kurfürst von Sachsen 76  
 Johann Philipp von Schönborn, Kurfürst  
 von Mainz, Fürstbischof von Würzburg  
 und Worms 27 f., 78  
 Joseph II., Röm.-dt. Kaiser 9
- Karl Ludwig, Kurfürst von der Pfalz 49  
 Keym, Franz, dt. Historiker 10, 38, 52, 60,  
 81  
 Khevenhüller, Franz Christoph Graf von,  
 ksl. Diplomat und Geheimer Rat 82  
 Koch, Matthias, österr. Historiker 10, 13,  
 16 f., 20, 27, 29 f., 38 f., 46, 52, 71 f.,  
 75, 78, 82 f., 85–88  
 Königsmark, Hans Christoph Graf von,  
 schwed. General 78
- Kraus, Andreas, bayer. Historiker 2 f., 6 f.,  
 10, 13, 22, 32, 42, 44, 47, 54 f., 62,  
 76 f., 85, 89  
 Krebs, Johann Adolf, bayer. Diplomat 56,  
 73, 79  
 Kurz, Maximilian Graf von, bayer. Gehei-  
 mer Rat 16, 66, 75, 78 f., 81
- Lampadius, Jakob, braunschweig-lüne-  
 burgischer Gesandter 78  
 Leopold von Österreich, Fürstbischof von  
 Passau und Straßburg, ksl. General-  
 leutnant 68  
 Longueville, Henri d'Orleans, Herzog von  
 franz. Diplomat 12  
 Lotichius, Johann Peter, dt. Publizist 8  
 Ludwig XIV., König von Frankreich 13, 30  
 Lutz, Heinrich, österr. Historiker 13, 77
- Maland, David, engl. Historiker 14, 65  
 Mandl von Deutenhofen, Johann, bayer.  
 Hofkammerpräsident 43, 75  
 Mannert, Konrad, bayer. Historiker 5, 70,  
 80 f.  
 Maria Anna, Kurfürstin von Bayern 72, 75,  
 78 f.  
 Marquard Schenk von Castell, Fürst-  
 bischof von Eichstätt 28, 78  
 Mattei, Gasparo, päpstl. Nuntius 22  
 Maximilian III. Joseph, Kurfürst von Bay-  
 ern 4  
 Maximilian Philipp von Bayern, Sohn Kur-  
 fürst Maximilians I. 72  
 Mazarin, Jules, franz. Kardinal und Staats-  
 mann 11, 13 f., 26, 28–32, 34, 36, 38,  
 40, 43, 46, 52, 64, 83, 86  
 Meiern, Johann Gottfried von, dt. Publi-  
 zist und Historiker 3, 8, 25, 33 f., 45,  
 48, 56, 68–71, 78 f., 88  
 Melander, Peter, Graf von Holzapfel, ksl.  
 Feldmarschall 7, 82  
 Melchior Otto von Salzburg, Fürstbischof  
 von Bamberg 28, 78  
 Montgelas, Maximilian Graf von, bayer.  
 Staatsmann 5
- Odhner, Clas Theodor, schwed. Historiker  
 15, 34, 40, 53 f., 72, 83
- Pagés, Georges, franz. Historiker 14, 44,  
 84, 87

- Pancirolli, Giovanni Giacomo, Kardinal-Staatssekretär 84
- Pastor, Ludwig Freiherr von, Kirchenhistoriker 4, 15, 75, 84
- Paulig, F.R., dt. Historiker 10, 38, 63
- Pfanner, Tobias, dt. Geschichtsschreiber 8, 33f., 37, 56, 61, 63, 67, 77f., 80
- Pfister, Kurt, bayer. Autor 7
- Philipp Christoph von Sötern, Kurfürst von Trier, Fürstbischof von Speyer 11, 29, 36
- Piccolomini, Octavio, Herzog von Amalfi, ksl. Generalleutnant, Oberbefehlshaber in den Span. Niederlanden 17
- Platzhoff, Walter, dt. Historiker 11, 29, 53, 75, 84
- Pufendorf, Samuel, dt. Philosoph und Staatsrechtslehrer, schwed. Reichshistoriograph. 8, 26, 33, 37, 39, 42, 49, 78, 88
- Rambach, Friedrich Eberhard, dt. Übersetzer der Werke Bougeants 13, 68
- Ranke, Leopold von, dt. Historiker 9ff., 37f., 40, 42f., 45, 57f., 60, 70, 87
- Rast, Rudolf, bayer. Historiker 6, 17–20, 57f.
- Raumer, Kurt von, dt. Historiker 12
- Reppen, Konrad, dt. Historiker 13, 20, 22, 45, 86
- Richel, Bartholomäus, bayer. Geheimer Ratskanzler 17, 20, 24, 75
- Richelieu, Armand Jean du Plessis, Herzog von, franz. Kardinal und Staatsmann 17f., 53, 86
- Riezler, Sigmund von, bayer. Historiker 6, 18, 20, 28, 31, 42ff., 48, 53, 58, 63f., 73–76, 83–89
- Ritter, Moritz, dt. Historiker 11, 29, 43, 45, 58, 87
- Rocholl, Heinrich, dt. Historiker 10, 38
- Rosenhane, Schering, schwed. Diplomat 33
- Ruppert, Karsten, dt. Historiker 12f., 21, 32, 46, 61f., 65, 76, 85, 87, 89
- Saavedra y Fajardo, Don Diego, span. Diplomat 15, 64, 66
- Sattler, M., bayer. Schulbuchautor 5, 72, 82
- Schiller, Friedrich von, dt. Dichter 8f., 21f., 50f., 56f., 63, 79f., 80, 88
- Schmidt, Michael Ignaz, ksl. Archivar und Historiker 9, 13, 35f., 47, 51, 57, 69f., 80, 87f.
- Schreiber, Wilhelm, bayer. Hofkaplan und Autor 5, 7, 17ff., 21, 27f., 30, 39f., 57, 71f., 82f., 86
- Schwann, Matthieu, dt. Autor 5, 21, 83
- Schweinesbein, Karl, bayer. Historiker 6, 17–21, 29–32, 54f., 60, 65, 86
- Servien, Abel Graf, franz. Diplomat 78
- Siri, Vittorio, ital. Publizist 48
- Söttl, Johann Michael, bayer. Historiker 9, 51f., 57, 87f.
- Spindler, Max, bayer. Historiker 9, 51f., 57, 87f.
- Stadler, Daniel SJ, bayer. Historiker 4, 16, 26, 35, 50, 69, 80
- Steinberg, Sigmund Henry, am. Historiker 14, 45, 60, 85, 87
- Steinberger, Ludwig, dt. Historiker 11, 18, 25f., 28ff., 48, 58f., 64, 74, 79
- Stieve, Felix, bayer. Historiker 7, 40, 73
- Tanner, Hans Christoph, bayer. Hofratsvizepräsident 18f., 86
- Terranova, Diego de Aragón y Mendoza, Herzog von, span. Diplomat 64
- Torstenson, Lennart, schwed. General 83
- Trauttmansdorff, Maximilian Graf von, ksl. Diplomat 12, 33, 41, 44–47, 53, 53, 59–62, 82
- Turenne, Henri de la Tour d'Auvergne, Vicomte de 34, 43, 84
- Urban VIII., Papst 16ff.
- Vervaux, Johannes SJ, Beichtvater des Kurfürsten Maximilian I. und Geschichtsschreiber 3f., 16–19, 25–32, 41, 46, 48f., 51, 67ff., 74f., 77–81, 86f.
- Volmar, Isaac von, ksl. Diplomat 25, 39f., 50
- Wallenstein, Albrecht Eusebius von, Herzog von Friedland, ksl. Generalissimus 9
- Wagner, Hans, dt. Historiker 30, 43, 54
- Wegdwood, Cicely, engl. Historikerin 14, 43f., 75
- Werth, Jan van, bayer. General der Kavallerie 72
- Westenrieder, Lorenz, bayer. Aufklärer und Historiker 4f., 7, 19, 57, 69, 80, 87
- Wilhelm II., Dt. Kaiser 11, 43
- Wolf, Peter Philipp, bayer. Historiker 7
- Wolff, Fritz, dt. Historiker 12, 61
- Zschokke, Heinrich, Schweizer Historiker 5, 70, 81